Neofaschismus in Lüneburg – Teil I

" Die Republikaner "

Neofaschismus in Lüneburg

Teil I : " Die Republikaner "

Herausgeber : Allgemeiner Studentenausschuß der Fachhochschule NON- Lüneburg
Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Lüneburg
Geschichtswerkstatt Lüneburg
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Lüneburg
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschisten/-innen

Realisation : Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschisten/-innen
Kreisverband Lüneburg
Postfach 2901
21339 Lüneburg

Lüneburg, im März 1995

Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Mit der vorliegenden Schrift greifen wir ein Bemühen antifaschistischer Gruppen Lüneburgs aus den Jahren 1985 - 1990 auf, das Wissen über neofaschistische Aktivitäten am Ort - wie lückenhaft es auch immer noch sein mag - durch die Veröffentlichung einer Dokumentation einem interessiertem Publikum weiterzugeben.
Während es allerdings in der Vergangenheit möglich war, die gesamte Bandbreite neofaschistischer Aktivitäten in Lüneburg in einer überschaubaren Form auf etwa 30 - 60 Seiten zu dokumentieren, müssen wir nun der Tatsache Rechnung tragen, daß sich diese politischen Strömungen am Ort sowohl qualitativ verändert ("Radikalisierung der Mitte"/ Militanz) als auch quantitativ einen Umfang angenommen haben, der es unmöglich macht, diese Vorgänge in einer einzigen Schrift darzustellen. Entwickelt wurde deshalb eine Dokumentationsreihe, deren erster Teil hier vorliegt und dem weitere in den nächsten Monaten folgen sollen. Wer ein Interesse an einer Mitarbeit (inhaltlicher oder technischer Art) hat, ist gern zum Mittun eingeladen.
Die Verantwortlichkeit und Realisation dieser Broschüre liegt bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - BdA; dem Herausgeberkreis danken wir für die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit.

Im vorliegenden Text- und auch Dokumententeil dieser Broschüre wurde auf die Beschreibung bundesweiter Tendenzen und Vorgänge und auf die Dokumentation zentraler Parteiprogramme und offizieller Erklärungen der Republikaner nur insoweit Bezug genommen, wie es für die Beschreibung der örtlichen Verhältnisse, die den primären Bezugspunkt dieser Arbeit darstellen, notwendig war. Zur weiteren Information sei auf die in dieser Broschüre genannten Periodika verwiesen.

Die vorliegende Broschüre versteht sich nicht als "Anti- Antiantifa"-Aufruf. Es ist nicht das Ziel dieser Schrift, einen individuellen Terror nach Art des neofaschistischen " Der Einblick " zu initiieren. Ziel ist es vielmehr, (partei-) politische und ideologische Zusammenhänge in einem Überblick nachzuzeichnen und zu dokumentieren. Allerdings sind es keine anonymen "Strukturen", die eine Rechtsaußenpolitik definieren, sondern es sind immer auch konkrete politische Personen, welche als Träger dieser Politik auftreten. Insofern werden hier natürlich auch personenbezogene Angaben gemacht, die aber oftmals an anderer Stelle bereits veröffentlicht wurden.
Der Dokumentationsteil dieser Schrift konnte im wesentlichen mit Hilfe des Archivs der Geschichtswerstatt Lüneburg zusammengestellt werden; ein kleinerer Teil stammt aus dem örtlichen Archiv der VVN- BdA.

Ein Wort zum Titelfoto: Aus juristischen Gründen ist es sinnvoll darauf hinzuweisen, daß nicht alle Aktiven der Lüneburger Vereinigung " Lützower Jäger " auch zugleich Mitglieder der Partei " Die Republikaner " sind. Entsprechend verhält es sich bei den abgebildeten Personen jener Vereinigung, die hier auf dem Foto durch ein militärisches Spektakel die Eröffnung des Lüneburger Schützenfestes im Jahre 1992 vornimmt.

Der Lüneburger Ableger der Partei "Die Republikaner" wurde 1989 gegründet von sog. "CDU-Enttäuschten", jener CDU- Mitgliedschaft und Wählergruppe, denen die CDU-Politik insbesondere im Bereich der Asyl- und Deutschland- Politik nicht radikal genug war und die sich von der Wendepolitik Kohls Mitte der 80er Jahre mehr versprach, als von dieser dann aufgrund von außen- und innenpolitischen Rücksichtnahmen tatsächlich eingelöst werden konnte - und die schließlich selbst politisch aktiv wurde. Ebenfalls am Taufakt in Lüneburg beteiligt - die NPD.

Nach dem parteipolitischen Einstand der REPs in die Landespolitik durch ihren Wahlsieg in Bayern im Jahre 1986 (hier erzielten sie auf Anhieb 3 % der Stimmen) und in den Senat von Westberlin 1989 (7,1 %) und dem im Zuge dieser Entwicklung einsetzenden Bröckeln am rechten Rand der Union, was sich u.a. am Überwechseln einer Reihe von Kommunal- und Landespolitikern von der CDU zu den REPs ausdrückte und sogar mit dem Überwechseln des niedersächsischen CDU- Landtagsabgeordneten Vajen zum Verlust der Regierungsmehrheit und zu vorgezogenen Neuwahlen führte, kam es in einer Reihe von Ortschaften zum parteipolitischen Zusammenschluß ehemaliger Unions - Wähler- und Mitgliedergruppen und zur Gründung der REPs unter vielfacher Schützenhilfe verschiedenster Sorten der traditionellen Neofaschisten.
So gab auch der 2. Vorsitzende der Lüneburger REPs , Markus Schröder, - gewählt Anfang September 1989 und bereits ein Jahr zuvor, als 18jähriger, Mitglied der REPs und deren "Kreisbeauftrager für Lüneburg" - in einem Interview mit dem damaligen Lüneburger Alternativblatt " Moin " zu verstehen, daß ihn das für die REPs so gute Ergebnis bei den vorangegangenen Landtagswahlen motiviert habe, in Lüneburg " den Sprung zu wagen ", sich nach Mitläufern umzusehen und einen eigenen Kreisverband aufzumachen, von dem er sich einen rasanten Aufschwung in der Mitgliederentwicklung und zunehmenden po-

Kreisverband der Republikaner

LZ 8.9.89

nh **Lüneburg. Einen Kreisverband haben die „Republikaner" jetzt im Landkreis Lüneburg gegründet. An der Gründungsversammlung nahm auch der Landesvorsitzende Norbert Margraf aus Hannover teil.**

Margraf nahm auf der Versammlung in Lüneburg auch zu den Differenzen im Landesverband Niedersachsen und dem „Fall Vajen" Stellung. Der erste Vorstand wurde für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Erster Vorsitzender ist Claus Räke, seine Stellvertreter sind Adolf Sierig und Markus Schröder. Schriftführer ist Karsten Böde, Schatzmeisterin F. Rosendahl, zu Beisitzern wurden F. Soyka, F. Rosendahl und Hans Godau gewählt. Satzung und Parteiprogramm wurden von der Versammlung einstimmig gebilligt.

REP-Vorständler Markus Schröder

[redacted]

litischen Einfluß am Ort versprach.

[redacted]

Franz Schönhuber
Ich war dabei

Schönhuber-Bekenntnisbuch

Waffen-SS-Freiwilliger Schönhuber

Freiheitlich, patriotisch, gesetzestreu. Die Republikaner, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2628, Lüneburg

Republikaner

ah **Lüneburg**. Die Republikaner haben in Winsen aus Vertretern der Landkreise ihren Bezirksverband Lüneburg gegründet. So solle die politische Arbeit in der Region effektiver und die Landeszentrale entlastet werden, heißt es in einer Pressemitteilung.

Für ein freies, modernes und sozial gerechtes Deutschland auf bewährten konservativen und sozialen Grundlagen.

DIE REPUBLIKANER
Kreis Lüneburg
Postfach 1122
2127 Scharnebeck

Ihre Parole [redacted] richte sich - so erklären sie in ihrem elitären Größenwahn weiter - vor allem an Hauptschüler, denen man keine dif-

ferenzierte Sprachbetrachtung zumuten könne. Ansonsten seien sie stolz darauf, deutsche Patrioten zu sein, wobei die Deutschen endlich aus dem Schatten Hitlers hervortreten müßten.
Mit einem Wort: Die Lüneburger REP-Gründer präsentieren ein ideologisches Konglomerat aus Wohlstandschauvinismus, Herrenmenschentum und modernisiertem Rassismus sowie Vergangenheitsverdrängung, anzutreffen sowohl auf der Seite der Modernisierungsgewinner als auch bei jener Bevölkerungsgruppe, die sich - zumeist relativ qualifiziert - in ihrer Wohlstandsentwicklung verunsichert fühlt, obwohl sie nach ihrem Verständnis zu den Gewinnern der gesellschaftlichen Krise zählen müßte.

Nach ihren Äußerungen ist es zunächst eine Hauptaufgabe von Schröder und Bode, die Lüneburger Neu-Mitgliedschaft zu untersuchen, denn ab und zu "versuchen Nazis die REPs zu unterwandern", was beide allerdings nicht davon abhält, den bekannten NPD-Aktivisten Adolf Sierig aus Embsen zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden des REP- Kreisverbandes Lüneburg von ihrer damals 10köpfigen Mitgliedschaft wählen zu lassen (Nazi- sein beginnt für Schröder und Bode wohl erst bei der NSDAP), noch nicht einmal eine Wahlperiode war es her, daß sich Sierig als "Besitzer eines großen Gaststättenbetriebes, Soldat des II. Weltkrieges mit hohen Auszeichnungen"(Eigenwerbung in NPD-Publikation) für die "Förderung der bäuerlichen bodengebundenen Landwirtschaft zur ...Erhaltung der Kulturlandschaft und Pflege bäuerlichen Brauchtums" (dto) stark machte und sich als Kreistagsabgeodneter in spe den Wählern/-innen für die NPD - später dann für die NPD—Tarnorganisation UWL - empfahl genauso wie in zahlreichen veröffentlichten Leserzuschriften der Landeszeitung. Vielleicht war es auch die 1989 erfolgversprechend angelaufene Aktion Sierigs, einen eigenen Lüneburger Militaristenverein ("Lützower Jäger") aufzumachen, um damit zur Anbindung an und schließlich zum Einfluß auf das offizielle Lüneburg zu gelangen (Schützenverein, Bundeswehr etc.), was Sierig für die REPs unverzichtbar machte und ihm sogleich den Vorstandsposten sicherte.

Wurfsendung

Der Stachel

Die Stimme der Stadt NPD

Mitteilungsblatt der Nationaldemokraten in Lüneburg Stadt und Land

Am 5. Oktober 1986 sind KOMMUNALWAHLEN

Sie stehen vor einer wichtigen kommunalpolitischen Entscheidung für die nächsten fünf Jahre!

Wir NATIONALDEMOKRATEN werden Ihnen nicht das berühmte "Blaue vom Himmel" vor der Wahl versprechen, um Sie nachher, so wie es andere zur genüge tun, zu enttäuschen. Wir sind vielmehr Bürgerinnen und Bürger, die direkt aus dem Volke kommen und wissen was machbar ist wenn man mit Vernunft und gesundem Menschenverstand ans Werk geht.

Adolf Sierig, 1915 in Mecklenburg geboren - 3 erwachsene Kinder; erlernter Beruf: Landwirtschaft, jetzt Besitzer eines großen Gaststättenbetriebes, Soldat des II. Weltkrieges mit hohen Auszeichnungen. Hobbys: Reitsport, Fußball und politische Literatur.

Unerläßliche Vorbedingung für die Sicherung des Lebens ist der Kampf gegen die Zerstörung und Vergiftung der Umwelt. Nationaldemokraten fordern: * Erziehung zu umweltfreundlicher, natürlicher Lebensführung, * keine umweltbelastenden Industrieanlagen, * Förderung der bäuerlich bodengebundenen Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährung, Erhaltung der Kulturlandschaft und Pflege bäuerlichen Brauchtums.

Kandidaten für die NPD bei den Lüneburger Kommunalwahlen '86 waren für den Kreistag:

1. Karl-Heinz Ebert, Jg.1928, Buchdrucker, Am Schierbrunnen 19
2. Wolfgang Nolte, Jg.1962, Gas- u. Wasserinstallateur, Graf-v.-Moltke-Str.2
3. Walter Dietrich, Jg.1904, Rentner, Stöteroggestr. 29
4. Lothar Ponge, Jg.1942, Kaufmann, OT Garze 1, 2122 Bleckede
5. Michael Wittkuhn, Auszubildender, Jg.1967, Ritterstr. 53
6. Hildegard Schreier, Jg.1907, Rentnerin, Am Berge 8
7. Claus Fetchenheuer, Jg.1934, Musikerzieher, Im Sandfeld 14
8. Johannes Rodatz, Jg.1905, Techn. Kaufmann, Wilschenbrucher Weg 31
9. Willi Rollert, Jg.1901, Polizeiinspektor i.R., Barckhausenstr. 61
10. Horst Nolte, Jg.1932, Klempner u. Installateur, Graf-v.-Moltke-Str.2
11. Gerhard Arnold, Jg.1923, Rentner, Soltauer Allee 6
12. Heidemarie Woltmann, Jg.1956, Hausfrau, OT Göddingen 68, 2122 Bleckede
13. Heinrich Förster, Jg.1927, Restaurantfachm., Westerheide 6, 2121 Embsen-Öe
14. Malte Holzer, Jg.1965, Auszubildender, Finkenweg 6, 2124 Amelinghausen
15. Gerhard Nolte, Jg.1963, Heizungsbauer, Graf-v.-Moltke-Str. 2
16. Adolf Sierig, Jg.1915, Rentner, Schwarzer Kamp 36, 2121 Embsen
17. Klaus-Dieter Kulik, Jg.1958, Maschinenfüher, Dahlenburger Landstr. 132d
18. Horst-Gerhard Rung, Jg.1933, Journalist, OT Karze 33, 2122 Bleckede
19. Reinhard Müller, Jg.1956, Kaufm. Angestellter, Jüttkenmoor 10
20. Georg Jagemann, Jg.1912, Am Deich 10
21. Klaus Handrow, Jg.1957, Kaufm. Angestellter, Dietr.-Bonhoeffer-Str. 5
22. Henry Meyermann, Jg.1966, Arbeiter, Gärtnerweg 6, 2124 Amelinghausen
23. Horst Böhnke, Jg.1958, Kfz-Schlosser, Gerh.-Hauptmann-Str. 51
24. Adolf Wegner, Jg.1920, Rentner, Mühlentwiete 2, 2059 Hittbergen

UWL UWL aktuell UWL

17 UWL-Kandidaten stellen sich Ihrer Wahl – Dies sind unsere Spitzenkandidaten:

Wahlbereich 1: **Peter Frommhagen,** Dreher, Lüneburg
Wahlbereich 2: **Andreas Drawe,** Kellner, Lüneburg
Wahlbereich 3: **Claus Fetchenheuer,** Musikerzieher, Lüneburg
Wahlbereich 4: **Heinrich Förster,** Gastronom, Lüneburg
Wahlbereich 5: **Malte Holzer,** Großhandelskaufmann, Amelinghausen
Wahlbereich 6: **Hans Gade,** Landwirt, Bardowick
Wahlbereich 7: **Adolf Sierig,** Landwirt, Embsen
Wahlbereich 8: **Werner Meyer,** Elektriker, Bleckede

Gehen Sie bitte am 6. Oktober zur Wahl und wählen Sie bei der Kreistags- und Stadtratswahl Lüneburg die

UWL

Unabhängige Wählerliste Lüneburg (UWL)

LZ 5.10.81

UWL UWL aktuell UWL

Das **Asylantenproblem** verschärft sich drastisch!

Viele Bürger machen sich berechtigte Sorgen. Wir meinen:

- politisch wirklich Verfolgte sollen Asyl erhalten.
- 95% aller Asylanten mißbrauchen aber unser Asylgesetz – so kann es nicht weitergehen!
- Diese Wirtschaftsasylanten kosten den Gemeinden jährlich Millionen!
- Wir brauchen dieses Geld für unsere Kinder und Alten, für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

Wählen Sie bei der **Stadt- und Kreistagswahl** die

UWL

Unabhängige Wählerliste Lüneburg (UWL). Nur die UWL ist als Wählergemeinschaft in allen Wahlbereichen wählbar.

LZ 5.10.81

Nationaldemokratin im Fernsehen (Lesen sie die letzte Seite)

DEUTSCHE STIMME

Einzelpreis 2.80 DM 20.- ÖS
Jahresabo: 36.- DM
Ausgabe E 8027 E

16. Jahrg. Nr. 11-12/91 Nationaldemokratische Zeitung Nov./Dez.

Asylbetrug, Ausländerkriminalität, Überfremdung ohne Ende?

Die Nationaldemokraten (NPD)

Aus den Verbänden

Deutsche Stimme

KOMMUNALWAHL Niedersachsen 11 Mandate wurden errungen!

Bei den niedersächsischen in de Kommunalwahlen konnten diese Nationaldemokraten 11 werde Mandate errungen, fast halter überall dort, wo angetreten teiw wurde. Die Entscheidung in weite den Kreisverbänden über ung die Wahlteilnahme mußte das

Zahlreiche Kreisverbände Mandate ein noch größeres Wahlteilnahme Gewicht.

Landkreis Lüneburg: Malte Holzer – Kreistag Lüneburg und Peter Frommhagen – Stadtrat Lüneburg

NPD - Der Zukunft eine Chance geben!

Preuß – Samtgemeinderat Nordelm und Gemeinderat Süpplingen
Kreisverband Diepholz: Fritz Plate – Gemeinderat Scholen (bisheriger Bürgermeister)
Kreisverband Stade: Marion Dankers – Gemeinderat Harsefeld
Landkreis Lüneburg: Malte Holzer – Kreistag Lüneburg und Peter Frommhagen – Stadtrat Lüneburg

LZ 15.2.88

Stelldichein der Lützower Jäger

lz **Lüneburg.** Seit einem Jahr besteht die Kameradschaft Lüneburg der Lützower Jäger, kürzlich fand im Schützenhaus die erste Jahresversammlung der Gemeinschaft statt. In feierlicher Form wurde dabei durch den Bundesvorsitzenden Albrecht Schilder die von den Mitgliedern gestiftete neue Fahne geweiht.

Im Jahresbericht blickte Erster Vorsitzender Adolf Sierig auf eine erfreuliche Entwicklung der Kameradschaft zurück, die erstmals beim Lüneburger Schützenumzug im vergangenen August stark vertreten war. Besondere Unterstützung erfuhr der „junge" Verein durch die Allgemeine Schützengesellschaft (ASL), die ihre Kleinkaliber-Schießstände zur Verfügung stellte.

Für die kommenden vier Jahre wählten die Mitglieder folgenden Vorstand: Adolf Sierig (1. Vorsitzender), Walter Lodders (Stellvertreter), Brigitte Kamentz (Schrift- und Protokollführerin), Oliver Böttcher (Schatzmeister), Herbert Johns (Schieß- und Sportwart), Klaus-Dieter Christgau (Stellvertreter).

Zudem wurden fünf Mitglieder für die Delegiertenversammlungen des Bundes gewählt.

Diätenerhöhung

...sollten die Bundestagspräsidentin als Sprecherin der „Volksvertreter" und auch der Bundespräsident als einer der wenigen Politiker, denen man abnimmt, ihr Amt prinzipiell als Ehrenamt zu betrachten, endlich den ständigen Diätenerhöhungen Einhalt gebieten.

Die Kommunen müssen sparen und sich einschränken, hier kommen noch hinzu die Mehrkosten für die Unterbringung der Asylanten. Die mitteldeutschen Bundesländer werden nur engherzig unterstützt und von gleichberechtigter sozialer Gerechtigkeit sind unsere dortigen Mitbürger noch weit entfernt. Kein Wunder, daß die Jugend dort aufbegehrt.

Eine offene Frage an „unsere drei Männer in Bonn": Gehören Sie zu den 20 Abgeordneten, die diese unverantwortliche Diätenerhöhung mit abgelehnt haben? Ihre Wähler erwarten Ihre Stellungnahme.

Adolf Sierig,
Schwarzer Kamp 38,
2121 Embsen

LZ 26.10.81

Lützower Jäger

lz **Lüneburg.** In den Bundesvorstand der Lützower Jäger wurde jetzt der Vorsitzende der Kameradschaft Lüneburg, Adolf Sierig, berufen. Er fungiert als Schriftführer.

LZ 30.8.81

LZ 5.6.92

LOKALES

Lüneburger Freundeskreis des Lützow'schen Freikorps gegründet

Erinnern an napoleonische Ära

lz **Lüneburg.** Die Kameradschaft Lüneburg des Freundeskreises „Lützow'sches Freikorps von 1813" hat sich jetzt als eigenständige Einheit gegründet. Die Lüneburger wollen sich der Bewahrung überlieferungswerter Tradition und der Pflege der deutsch-preußischen Geschichte in der europäischen

Foto: nh

Ein originalgetreues Biwak des Lüneburger Freundeskreises.

Besonders aktiv für die neofaschistische Sache der REPS - die Frauen des Kreisverbandes, besonders Mutter und Tochter Rosendahl (beide im Vorstand) und die Ehefrau des Vorsitzenden Claus, Marlene Raeke. In entlarvender Offenheit äußern sie sich in einer Reportage von Florentine Hoffmann (in: Brigitte 5/90) über "Neger", Euthanasie, deutsche Tugenden wie Pünktlichkeit, Disziplin, Treue und die "Hitler- Schiene":

„Die holen die ganzen Neger rein", unterstellt Carmen Rosendahl (27) den „Altparteien". Mutter Ingrid (52) fühlt sich „als Deutsche nur noch wie ein Mensch zweiter Klasse".

Ein Bericht von Florentine Hoffmann mit Fotos von Udo Thomas/Garp

DIE BRIGITTE-REPORTAGE

„Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen"

Die Republikaner gehen mit Fremdenhaß und Mutterkult auf Stimmenfang – jetzt sogar in der DDR. Was suchen Frauen in dieser Partei, in der sie selbst als Menschen zweiter Klasse gelten?

Ingrid Rosendahl hat immer SPD gewählt – bis vor einem Jahr. Seitdem sieht sie die Republik von Ausländern, Aussiedlern, Asylanten und DDR-Übersiedlern bedroht, die alle nur eines wollen: Geld und Privilegien. „Da bist du als Deutsche hier nur noch ein Mensch zweiter Klasse." Deshalb ist die 52jährige bei den Reps eingetreten. „Ich dachte, der Kohl, der schafft es nicht mehr. Da kommen die Grünen und die SPD. Und die Grünen, die wollen ja alle Ausländer reinlassen. Die sollen nur noch beim Sozialamt das Geld abholen. Was wird da aus meinen Kindern? Die Kleine kommt in zwei Jahren aus der Schule, wo kriegt sie dann Arbeit? Und die Ältere, was wird mit der?"

Die Ältere, das ist Carmen, 27 Jahre alt, eine brave, junge Frau, resolut und nicht auf den Mund gefallen. Wohnt noch bei den Eltern, verbringt die Abende daheim. Und die Tage auch. Denn aus ihrem Berufswunsch – Busfahrerin – ist beim ersten Anlauf nichts geworden; da hat sie aufgegeben.

„DER SCHÖNHUBER GEFÄLLT MIR – DER IST GEGEN AUSLÄNDER"

Auch sie ist Mitglied bei den Reps: „Der Schönhuber gefällt mir. Der ist für uns Arbeiter, für uns Deutsche. Und gegen Ausländer." Sie selbst hat eine türkische Freundin. Aber sie ist trotzdem gegen das, was sie angeblich in der Politik beobachtet: „Da fährt der Blüm nach Südafrika und macht Propaganda. Und wir kriegen die ganzen Schwarzen."

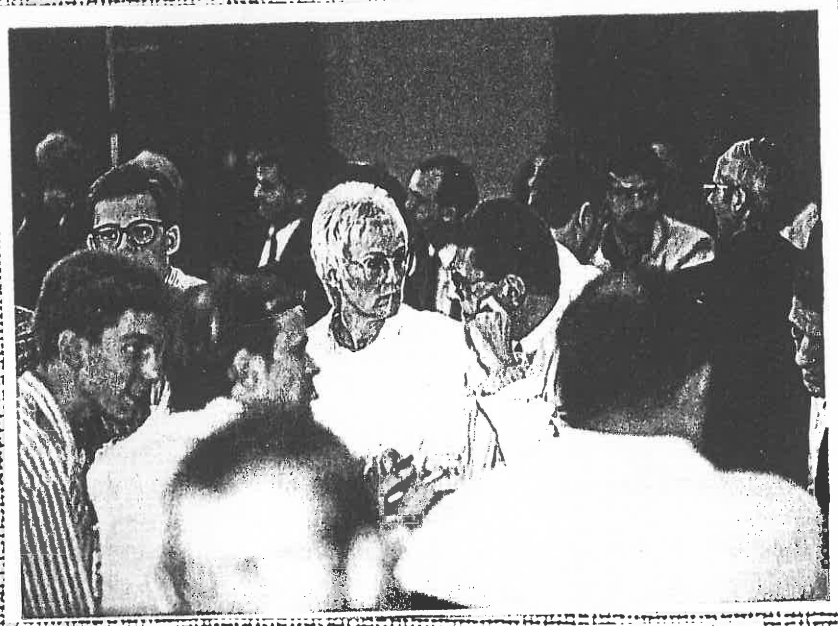
Elke, die kleine Schwester, ist erst 16 und darf noch nicht wählen. Aber rechts fühlt sie, ganz rechts. „Man kann ja nachts nicht mehr auf die Straße gehen." Die Kinderstimme ist vor Empörung ganz hoch und das kleine Gesicht voll tiefer Sorgenfurchen. „Wenn man die Wohnungstür aufmacht, wird man überfallen." Deshalb müsse eine starke Kraft her, die Ordnung schafft: „Wir müssen aufräumen."

Nur, daß sich der Vater, wenn er mal in Hamburg ist, vors Kaufhaus Hertie stellt und voller Ingrimm zählt, wie viele der Vorübergehenden in fremden Zungen reden. Und daß die Familie hier selbstverständlich keinen Fuß in ein ausländisches Restaurant setzen würde, „weil die einen ja nur schlecht bedienen".

„WER VERGEWALTIGT WIRD, HAT DOCH SELBST SCHULD"

Rep-Frauen achten auf Zucht und weibliche Tugend

Im selben Rep-Kreisverband wie die Rosendahls ist Marlene Raeke, 48 Jahre alt, von Beruf Drogistin. Aber seit es fast nur noch Dro-Märkte gibt mit fertig verpackten Waren und kaum Bedarf an ausgebildeten Fachkräften, da ist sie „degradiert" und muß als Verkäuferin an einem Zeitschriften- und Lotto-Stand im Supermarkt arbeiten. Ihr Mann ist Kreisvorsitzender in Lüneburg. Ihr selbst hat es die Deutschtümelei der neuen Rechten angetan. Da hält sie mit aus voller deutscher Brust: „Alles, was deutsch ist, das bin ich. Alles, was ich bin, ist deutsch." Auch sie sieht ihr Vaterland, die stolze Nation, in Bedrängnis. „Das läuft Gefahr zu verwischen. Das wird ein Kessel Buntes."



„Neugeborenes, nicht Lebenstüchtiges sollte man gleich . . ." Marlene Raeke (48) findet an Hitler gut, daß er „reine deutsche Menschen züchten" wollte. „Geisteskranke" würde sie zwangssterilisieren lassen.

Rep-Frauen achten im allgemeinen streng auf weibliche Zucht und Tugend. Marlene Raeke beispielsweise, in zweiter Ehe verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen, ist generell und „ohne jede Ausnahme" gegen Abtreibung. Vergewaltigungen gibt es für sie nicht, denn „man braucht sich als Frau nicht in eine solche Situation zu begeben". Ihre Vorstellungen von Erziehung: Jungen sollen mehr sexuelle Freiheiten haben als Mädchen. Am besten sei's, „wenn sie bei einer Älteren lernen, wie's geht". Die hochherrschaftlichen Häuser früher, die hätten dafür ihre Dienstmädchen gehabt.

Für die adrette Blondine – „Ich bin sehr gerne Frau" – ist das weibliche Geschlecht zweite Garnitur, das zurückzustecken hat, es sei dafür da, „dem Mann das Leben schön zu machen".

Sie selbst geht ohne den Herrn Gemahl in der Freizeit keinen Schritt aus dem Haus. Als ich mich mit ihr in einer Kneipe verabreden will, sagt sie: „Das erlaubt mein Mann nicht." Beim Interview sitzt er dabei, läßt das Band mitlaufen, damit ich nichts Falsches schreibe, und steckt ihr gelegentlich Zettel zu. Dann muckt sie allerdings auf: sie wisse schon selber, was sie sagen wolle.

„ICH VERSTEHE GAR NICHT, DASS WIR WIEDERGUTMACHUNG ZAHLEN"

Den letzten Sommer haben die Raekes nahe dem romantischen Lüneburger Kloster verbracht. In ihrem Schrebergarten mit Laube und Goldfischteich – ein Prunkstück, das ich auf Farbfotos im Album bewundern darf: Rabatten wie mit dem Lineal gezogen, der Rasen muß mit dem Staubsauger gepflegt worden sein. Ein Stück typisch deutsche Naherholung.

Das Deutsche, ach ja. Marlene Raeke hätte es gern blutrein. Daß die Nazis „reine deutsche Menschen züchten" wollten, mit den „deutschen" Tugenden „Pünktlichkeit, Disziplin, Treue – und nicht mit dieser Schmutzigkeit, immer nur an sich selber zu denken", das findet sie „gar nicht mal so verkehrt. Da geh' ich auf Hitler-Schiene". Geistig Behinderte, sagt sie, sollten unbedingt zwangssterilisiert werden. Und schreckt auch vor Euthanasie nicht zurück: „Neugeborenes, nicht Lebenstüchtiges sollte man gleich . . ." Sie läßt den Satz offen. Ganz ruhig sitzt sie auf dem Sofa in ihrem vollgestopften, superakkuraten, supersauberen Wohnzimmer und sagt dann mit ungerührtem Blick aus hellen, blau-grauen Augen, daß der Judenmord zwar „nicht in Ordnung" gewesen sei, aber „was ich nicht verstehe, sind die Wiedergutmachungszahlungen, die wir heute noch zu leisten haben". Um die Leute, „die in der Folter der Ostfront" gewesen seien, „macht man auch nicht so einen großen Wind drum".

Interessant ist bei soviel Eindeutigkeit natürlich die Frage, wie die örtlichen "großen demokratischen Parteien " auf diesen unverholenen Neu- und Altfaschismus reagieren: Müssen nicht die Lüneburger demokratischen Parteien - auch eingedenk der hier und anderswo dokumentierten Positionen der REPs - alles tun, um die Republikaner zu isolieren ? Können die örtlichen REPs als "normale" Gesprächspartner/-innen im Rahmen eines demokratisch-politischen Konsens akzeptiert werden ? Welche Möglichkeiten gibt es zu dokumentieren, daß die Lüneburger Republikaner nicht als zum demokratischen Parteienspektrum des Ortes zugehörig betrachtet werden ?

Eine Initiative der Partei " Die Grünen " im Jahre 1990 - gerichtet an alle anderen Parteien am Ort -, diese Fragen gemeinsam auf einem Treffen zu beraten (und z. B. Wahlversammlungen zu boykottieren, wenn dieREPs gleichrangig auftreten sollten), wurde von der CDU und der FDP grundsätzlich abgelehnt.
Lüneburgs CDU- Kreisvorsitzender und MdB Klaus Harries teilte den Initiatoren lediglich schriftlich mit, daß er "...es schon etwas voreilig (finde), die Republikaner als verfassungsfeindlich abzustempeln. Diese Frage scheint mir schwierig und noch offen zu sein ", um im weiteren Anschreiben eine Verfassungsfeindlichkeit von einem Großteil der Parteimitgliedschaft der Grünen zu monieren und somit die politischen Koordinaten zurechtzurücken: Der Feind steht links.
Auch die Lüneburger FDP konnte sich zu einem Gespräch über eine gemeinsame Strategie gegen die Republikaner nicht aufraffen - im Gegenteil: In ihrem Schreiben erläutert die Kreisvorsitzende B. Schellmann nicht nur eine grundsätzliche Ablehnung jeglicher "vorsorgliche(r) Politabsprachen " (und das als ausgewiesene Kungel-Partei), sondern warnt zugleich die Grünen (nach dem Motto: " Nur wenn die Nazis dabeisind, gehts demokratisch zu ") vor einem Boykott von REP- Veranstaltungen:" Wenn die von

Grüne: Kein Wahlkampf mit Reps

nh **Lüneburg.** Die Republikaner gehörten nicht zum Spektrum der demokratischen Parteien — darüber waren sich die Mitglieder des Kreisverbandes Lüneburg der Grünen bei ihrer letzten Versammlung einig.

Das Verhalten gegenüber rechtsextremen Parteien im Wahlkampf wär das zentrale Thema der Grünen. Die Mitglieder kritisieren, daß die Republikaner in ihrem Wahlprogramm Grundrechte verletzen oder beschneiden wollten.

Die Grünen, Kreisverband Lüneburg, schlagen allen anderen Parteien und Verbänden vor, keine Vertreter zu Veranstaltungen zu schicken, wenn Republikaner und DVU auch auf dem Podium sitzen.

6.2.90

KLAUS HARRIES
Mitglied des Deutschen Bundestages

05.02.1990
5300 Bonn/ms 441
Bundeshaus NH 1413
Fernruf (0228) 163627
Telefax (0228) 167526
Die Wahl dieser Rufnummer verursacht den gewöhnlichen Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundesfernsprechverzeichnis) anrufen.

CDU-Kreisverband Lüneburg
Bürgergarten 4
2120 Lüneburg
Fernruf (04131) 51166
Telefax (04131) 50605

Privat:
Schillerstr. 35
2120 Lüneburg
Fernruf (04131) 44521

An den
Kreisverband "Die Grünen"
Herrn Geschäftsführer
Bergmann
Stresemannstr. 12

2120 Lüneburg

EINGEGANGEN 8. Feb. 1990 Kr.

Sehr geehrter Herr Bergmann,

für Ihre Einladung zu einem Gespräch betreffend Republikaner im zukünftigen Wahlkampf danke ich Ihnen. Die CDU wird an diesem Gespräch nicht teilnehmen. Wir halten es nicht für erforderlich. Ich finde es schon etwas voreilig, die Republikaner als verfassungsfeindlich abzustempeln. Diese Frage scheint mir schwierig und noch offen zu sein.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich lehne die republikanische Partei ab und werde im Wahlkampf jeden warnen, diese Partei mit falschen Thesen und falschen Antworten auf aktuelle Fragen zu wählen.

Verwundert über Ihre Einladung bin ich schon deshalb, weil ja die Grünen in ihren Reihen immer noch Fundamentalisten haben, die keinerlei Beziehung zu unserer Demokratie haben. Ich nenne nur beispielhaft (- die Liste könnte beliebig erweitert werden -) die Namen Jutta Ditfurth und den früheren Bundestagsabgeordneten Thomas Ebermann.

Mit freundlichen Grüßen

F.D.P.
Die Liberalen

EINGEGANGEN 20. Feb. 1990 Kr.

An
DIE GRÜNEN
Stresemannstraße 12

2120 Lüneburg

Lüneburg, 18.02.1990

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben vom 01.02.1990 danken wir Ihnen !

Ihren Vorschlag, Veranstaltungen, zu denen Republikaner eingeladen sind zu boykottieren, haben wir auf unserem a.o. Kreisparteitag am 15.2.1990 in Dahlenburg lebhaft diskutiert.

Wir sind dabei mehrheitlich zu dem Schluß gekommen, Ihre Einladung nicht anzunehmen, weil wir vorsorgliche Politabsprachen, ganz gleich gegen\ oder für welche Gruppierung, ablehnen.

Die F.D.P. wird in allen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen und bei allen sich sonst bietenden Gelegenheiten gegen die inhaltlichen politischen Ziele der Republikaner kämpfen.

Wenn die von den Grünen apostrophierte Situation tatsächlich eintreten sollte, sollte der einschlägige Veranstalter auf seine "scheindemokratische" Einladung hingewiesen werden.

Mit liberalem Gruß

Birte Schellmann
Kreisvorsitzende

RPJ **Ring Politischer Jugend**
Kreisverband Lüneburg

Geschäftsführer: Sven Reusche Ochtmisser Kirchsteig 2 2120 Lüneburg Telefon: 04131/62332

An die
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Lüneburg
c/o Peter Ammussen
Barckhausenstraße 26
2120 Lüneburg

Lüneburg, den 28.08.1991

Betrift: Antrag für die Unterstützung des Theaterprojektes

Lieber Kollege

Bedingt durch die Sommerpause [illegible]

Da jedoch das Budget des Ringes Politischer Jugend in diesem Jahr wegen anderer Veranstaltungen schon sehr belastet ist, stimmten die Vertreter der Jungen Union und der Jungen Liberalen gegen den Zuschuß von 500,- DM.

Mit solidarischem Gruß
Sven Reusche

Die Republikaner (REP), Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, Lüneburg. — Ohne deutsche Einheit hat Europa keine Zukunft! —

Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepaßt werden.
Immanuel Kant

REP **DIE REPUBLIKANER** Postfach 25 28 2120 Lüneburg

LZ 3.4.90

Bekanntmachungen

Bekanntmachung

des Kreiswahlleiters des Bundestagswahlkreises 31 Lüneburg — Lüchow-Dannenberg zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

Gem. § 26 Abs. 3 Bundeswahlgesetz (BWG) in Verbindung mit § 38 Bundeswahlordnung (BWO) gebe ich folgendes bekannt:
Der Kreiswahlausschuß hat in seiner Sitzung am 2. 11. 1990 die folgenden Kreiswahlvorschläge zugelassen:

8 REP DIE REPUBLIKANER von Gottberg,
Friedrich-Karl,
Dipl.-Ing.
geb. 1943 in Woopen/Ostpr.
An der Bundesstr. 11
3139 Karwitz

den Grünen apostrophierte Situation tatsächlich eintreten sollte, sollte der einschlägige Veranstalter auf seine "scheindemokratische" Einladung hingewiesen werden."

Trotz aller veröffentlichten rassistischen Sprüche und derartiger "Schützen-"Hilfe seitens der örtlichen christ- und freidemokratischen Parteien konnte es sich der Kreisverband Lüneburg der REPs aber in der Folgezeit nicht leisten, am Ort über Info-Veranstaltungen etc. aufzutreten und somit ein argumentatives Angriffsziel zu bieten, was sicher zum einen daran lag, daß ein antifaschistischer Protest zu erwarten war, der in den Jahren ab 1989 keine neofaschistische Veranstaltung mehr zuließ, zum anderen aber an der nicht vorhandenen Professionalität (sieht man von Sierig ab, den die REPs öffentlich wohl nicht so sehr in den Vordergrund stellen wollten, war er doch für andere Aufgaben vorgesehen) der örtlichen Führungsriege, die sich ein öffentliches Auftreten nicht zutraute. Für eine Mitgliedschaft bei den REPs wurde deshalb in der örtlichen Presse mit irgendeinem Neonazi-Spruch und der Angabe einer Postfachadresse (zunächst in Scharnebeck, später in Lüneburg) geworben und vor allem in der persönlichen Agitation im Freundes- und Bekanntenkreis.

Den Wahlkampf für die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag im Mai, zum Europaparlament im Juni und zum Bundestag im Dezember 1990 bestritten sie ausschließlich über eine massive Werbekampagne in der örtlichen Presse, die der LZ und der Lünepost Anzeigengelder in Höhe von etwa 10.000.- DM einbrachten (evtl. räumte man ihnen dort auch einen Quantitätsrabatt ein), was nicht nur ein Hinweis darauf ist, warum diese Blätter keinen Skrupel besitzen, den Rassismus der REPs zu transportieren, sondern auch daraufhin deutet, daß bei den REPs finanzstarke Hinterleute vorhanden sein müssen.
Zielgruppen der REPs waren in diesen Wahlanzeigen jene Wähler/-innengruppen, von denen sie annnahmen, daß

Laßt uns endlich mal Deutsch reden!

- Wir steuern, wenn es so weiter geht, schon im kommenden Jahr auf 3,4 Millionen Arbeitslose zu!*
- Ende dieses Jahres erreichen wir den Negativrekord von 200.000 Asylbewerbern. Aber nur zwei Prozent sind tatsächlich politisch verfolgt. So wird unser großzügiges Asylrecht weiterhin schamlos mißbraucht!
- Die Ministerpräsidenten Späth und Biedenkopf haben sich verplappert. In der Union wird offenbar heimlich über Steuererhöhungen nachgedacht. Uns droht die größte Steuerlüge aller Zeiten. Wir wollen die ganze Wahrheit wissen, vor der Wahl. Damit die Wähler wählen können!
- Welches Regierungsmitglied in Bonn hat nicht eine Zweit- oder Drittwohnung? Doch wo bleibt die Erstwohnung für junge Familien zu erschwinglichen Mietpreisen?

*Diese Angabe stammt von den fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten.

- Die Vertriebenen sind von Bonn betrogen worden. Deutschland ist größer als Westplus Mitteldeutschland. War der weltbekannte schlesische Schriftsteller und Humanist Gerhart Hauptmann etwa ein Ausländer? Das Völkerrecht haben wir auf unserer Seite!
- Anschläge auf Lafontaine, Schäuble und Lummer. Nackte Gewalt gegen Andersdenkende. Das Recht auf Versammlungsfreiheit steht nur noch auf dem Papier, weil unsere Polizei Demokraten nicht mehr gegen vermummte linksextreme Gewalttäter schützen kann!
- Herr Kohl und Herr Genscher haben ihre Leibwache. Doch wer schützt den Bürger? Die Kriminalität kommt inzwischen in die Wohnung.

Ziehen Sie mit uns auf gut Deutsch die Notbremse.

Mindestens Ihre Zweitstimme für die Republikaner.
Wir sind Deutschlands Sozial-Patrioten.

REP

DIE REPUBLIKANER
5300 Bonn, Plittersdorfer Str. 91
Telefon: 02 28/35 80 17

LZ 19.11.90

Die hier und auf den folgenden Seiten abgebildeten Wahlanzeigen der Republikaner wurden für diese Broschüre sehr stark verkleinert. Sie erschienen z.T. mehrfach in der Landeszeitung und in der Lünepost.

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Bevor Sie am 2. Dezember zur Bundestagswahl Ihre Stimme abgeben, sollten Sie über folgende Themen noch einmal gründlich nachdenken:

- West- und Mitteldeutschland (ehem. DDR) sind glücklich vereinigt. Und was ist mit den von Polen und Russen völkerrechtswidrig besetzten und verwalteten Gebieten östlich von Oder und Neiße? Wird die Regierung Kohl/Genscher weiterhin Verrats- und Verzichtspolitik betreiben? Wir fordern: Rückkehrrecht der Vertriebenen!
- Mehr als 200 000 Asylanten in diesem Jahr, die dem Steuerzahler jährlich je 14 000 DM kosten — knapp 3 % werden nur anerkannt. Soll das so weitergehen? Hierfür beschlagnahmter Wohnraum wäre z. B. notwendiger für Berufstätige, junge Familien und Studenten.
- Kriminelle Terrorbanden liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei. Das „reformierte Strafrecht" und der „lockere Strafvollzug" behindern ein härteres Durchgreifen. Und dann heißt es: „... nach Feststellung der Personalien — wieder auf freien Fuß gesetzt."
- Was haben wir mit der Golfkrise zu tun? Haben wir uns nicht in und an 2 Weltkriegen genug die Finger verbrannt? Unsere Soldaten sollen lt. Grundgesetz die **deutschen** Grenzen verteidigen!
- Sind wir tatsächlich schon ein vollsouveräner Staat? Wozu haben wir dann aber noch weitere 4 Jahre auf unsere Kosten Besatzungstruppen im Land?
- Der Bauer ist der Prügelknabe der Nation. Er versorgt — besonders in Krisenzeiten — das Volk mit wichtigen Nahrungsmitteln. Derzeitige Überschüsse sollte man den Hungernden in der Welt zur Verfügung stellen.

So kann und darf es nicht weitergehen! Zeigen Sie den Bonner Parteien am 2. Dezember **die rote Karte** und wählen Sie diesmal

REP

DIE REPUBLIKANER (REP)!
REP-Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528
Spendenkonto: PSchA Hamburg Nr. 588 99-207 (BLZ 200 100 20)

Unser **Direktkandidat** im Bundestagswahlkreis 31 Lüneburg—Lüchow-Dannenberg: Friedrich-Karl von Gottberg, Dipl.-Ing., wohnhaft in Karwitz, geb. 1943 in Woopen/Ostpr., verh., 4 Kinder.

LP 28.11.90

Wenn man schon uns Deutschen die Alleinschuld an beiden Weltkriegen aufbürdet, dann sollten doch die Bonner Politiker die logische Konsequenz ziehen und fordern:
Ein blockfreies, neutrales und unabhängiges Deutschland!
„Durch die Besetzung deutschen Gebietes, auch solches östlich der **Oder-Neiße-Linie,** ist die staatsrechtliche Zugehörigkeit zum Deutschen Reich nicht geändert worden." (Der Bundesgerichtshof in der Grundsatzentscheidung vom 14. 11. 56)
Nach 45 Jahren Besatzung ist der **Abzug aller Besatzungstruppen** in Ost und West zwingend. Dadurch könnten freiwerdende militärische Einrichtungen von deutschen Stellen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Und das **Lüneburg-Soltau-Abkommen** wäre auch überflüssig.

LISTE 12

Am 13. Mai: DIE REPUBLIKANER
Kreisverband Lüneburg · Postfach 2528
Spendenkonto: Postgiroamt Hamburg Nr. 588 99-207

LP 9.5.90

Norbert Margraf
Landesvorsitzender
Postfach 51 06 62
3000 Hannover 51

LZ 9.6.89

Niedersachsen

DIE REPUBLIKANER

Liebe Mitbürger,
so kann es nicht weitergehen!
Was wurde uns von den „Alt-Parteien" in den letzten Jahren alles zugemutet: Skandale, Unwahrheiten, Katastrophale Staatsverschuldung, Quellensteuer hin + her, verkorkste Gesundheitsreform, Ausländer- und Drogenprobleme, steigende Kriminalität, stetig ausufernder Bürokratismus u.s.w.
Wir haben es satt! – Wir REPUBLIKANER sind Bürger aus allen Schichten und allen politischen Richtungen mit dem festen Vorsatz: „Wir wollen einen neuen Anfang".
Ich wende mich mit diesem Brief an Sie, weil wir von vielen Seiten diffamiert und zu Unrecht ausgegrenzt werden! Wir sind Menschen mit einer bejahenden Lebenseinstellung, eine gesunde Umwelt und unser Vaterland liebend. Helfen Sie uns, einer jungen Partei mit Zukunft, die mit beiden Beinen auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung steht, unsere Zukunft zu gestalten. Wählen Sie am 18. Juni uns, DIE REPUBLIKANER – Liste 15
Ihr Norbert Margraf

Bitte helfen Sie uns;
wir als junge Partei sind
auf jeden Betrag
(gegen Spendenbescheinigung)
angewiesen.
Deutsche Bank Hannover
BLZ 250 700 70 Kto. Nr. 0504241
Gern senden wir Ihnen Informationsmaterial.

WIR SAGEN JA ZU EUROPA
ABER NEIN
ZU DIESER EG!

Werner Haase, 43 Jahre
Jurist und Unternehmer
Landesvorsitzender
Platz 1 der Landesliste

Wir Republikaner in Niedersachsen sind

für

... ein souveränes, selbstbewußtes Deutschland in friedensvertraglich festzulegenden Grenzen
... ein Europa der freien Völker
... die Familie; 500 Mark monatlich für jedes unserer Kinder
... ausreichend Wohnraum für jung und alt und eine gesunde Umwelt
... die Stärkung des deutschen Mittelstandes und der Landwirtschaft - damit Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze
... eine gerechte Ordnung; Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft für alle Bürger
... eine gute Erziehung und Ausbildung frei von Ideologien

gegen

... die Scheinasylantenflut und Überfremdung durch unkontrollierten Zuzug von Ausländern
... die ausufernde Gewalt- und Rauschgiftkriminalität
... die Verschleuderung von Steuergeldern und gegen die übertriebenen Zahlungen "an alle Welt"
... den drohenden Staatsbankrott und eine Währungsreform (bereits über eine Billion Staatsschulden)

Wir Republikaner sind die (r)echte Alternative - die neue Kraft

Niedersachsen

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

L 12.5.90

DIE REPUBLIKANER
Kreisverband Lüneburg — Postfach 25 28 Lüneburg
„Ohne deutsche Einheit hat Europa keine Zukunft!"
(Aus der Präambel des neuen REP-Programms.)
Fordern Sie Informationsmaterial an
und setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

21.10.89 LP

Massiver Stimmungsumschwung zugunsten der REPUBLIKANER:
DIE REPUBLIKANER bei über sieben Prozent

An alle Schlesier, Pommern und Ostpreußen

Heimatvertriebene!

*Alle Bonner Parteien haben Euch - **nun auch offenkundig** - im Stich gelassen.*
Wir REPUBLIKANER dagegen wissen:

Aus Anerkennung des Unrechts entsteht kein Recht.
Daher fordern wir REPUBLIKANER die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts auch für das deutsche Volk. Für eine gerechte Friedensordnung in ganz Europa.

Wir halten Wort!

Heimatvertriebene, wählt!
Zeigt Schröder und Albrecht die rote Karte!

Jede Zweitstimme für

DIE REPUBLIKANER
REP LISTE 12

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51, Bankverbindung: Kreissparkasse Hannover, (BLZ 250 502 99) Konto-Nr. 101 8324

L 8.2.90

Sonnabend Sonntag 12 13 Mai 1990 · Nr. 110 LZ ANZ

REP LISTE 12

Massiver Stimmungsumschwung zugunsten der REPUBLIKANER: DIE REPUBLIKANER bei über sieben Prozent

Wir schaffen es - wir halten Wort.

Herz, Hand und Verstand für unser Niedersachsen-Land.

Zeigt Schröder und Albrecht die rote Karte.

Jede Zweitstimme für

DIE REPUBLIKANER
REP LISTE 12

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

Freiheitlich, patriotisch, gesetzestreu. Die Republikaner, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, Lüneburg

---

★ Eine Meinungsumfrage des Allensbach-Instituts ergab: 82 Prozent der Bundesbürger sind überzeugt, daß zu viele Ausländer in der Bundesrepublik leben. Der Ruf nach Abwehrmaßnahmen wird immer lauter. Doch die verantwortlichen Politiker reagieren nicht.

DIE REPUBLIKANER
Postfach 25 28
2120 Lüneburg

18.4.90

Der ⊙ zum Erfolg = Ihre Tageszeitung LZ

Kleine Anzeigen — große Wirkung
lünepost Klein-Anzeigen

sie mit der herrschenden CDU-dominierten Politik in Bonn und Hannover unzufrieden waren: deutsche Umsiedler und Flüchtlinge von 1945 ("Heimatvertriebene"), Bauern, Rassisten aller Schattierungen, wobei das Bodenständige (gemäß der Niedersachsen- Hymne "Sturmfest und erdverwachsen...") und der Reim in der allerlächerlichsten Weise dominierte:"Herz, Hand und Verstand für unser Niedersachsen-Land " oder " Bauern wehrt Euch ! Das ehrt Euch! Wir stehen zu Euch!". Der größere Teil dieser Zeitungsanzeigen wurde von Hannover aus, vom Landesvorstand der REPs, geschaltet.

Nachdem es den REPs nicht gelang, im erheblichen Maße den rechten Rand der CDU bei der Niedersachsen-Wahl für sich zu gewinnen (die Stahlhelm-Fraktion der CDU um Hasselmann in Hannover, Harries u.a. in Lüneburg konnte diese Wähler/-innengruppen durch eine starke Ansprache dieser Teile, insbesondere durch nationalistische und ausländerfeindliche Töne weiter an sich binden) war ein wesentliches, stabilisierendes Ziel der REPs nicht erreicht (hinzu kamen noch personelle Querelen am Ort) mit der Folge, daß der Laden zunächst auseinanderbrach und keine weiteren Aktivitäten mehr entwickelt wurden, zumal die Konkurrenz, die NPD, es durch eine geschickte Bündnispolitik geschafft hatte, bei den Kommunalwahlen 1991 mit einem Vertreter sowohl in das Lüneburger Rathaus als auch in den Kreistag einzuziehen und es von daher zunehmend schwieriger wurde, sich als rechte CDU- Alternative darzustellen - war dieses Feld doch kommunalpolitisch bereits auch über Mandate besetzt und hatten doch die örtlichen REPs keine kommunalpolitischen Erfahrungen, um der UWL auf diesem Gebiet politisch etwas entgegenzusetzen.

Einen ersten Versuch, wieder von sich hören zu lassen, starteten die REPs im August/September 1992, indem sie versuchten, die rassistisch argumentierende Abwehrfront gegen die Einrichtung einer ZAST (Zentrale Anlaufstelle für

Umfrage zu Liste 12

Die Republikaner bei sieben Prozent

Massiver Stimmungsumschwung zugunsten der Republikaner:

Niedersachsens Wähler gegen Umtauschwahnsinn von 1:1, Staatsverschuldung und Asylmißbrauch.

Niedersachsens Wähler gegen den Ruin der bäuerlichen Familien.

Niedersachsens Wähler gegen Straßenterror, Drogenmafia und Gewalt.

Zeigt Schröder und Albrecht die rote Karte!

Wir schaffen den Durchbruch!

DIE REPUBLIKANER (REP) LISTE 12

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

*Jede Zweitstimme für **REP**, Liste 12*

Bauern wehrt Euch! Das ehrt Euch! Wir stehen zu Euch!

LISTE 12

DIE REPUBLIKANER

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

Heimatvertriebene!

*Alle Bonner Parteien haben Euch - **nun auch offenkundig** - im Stich gelassen. Deshalb:*

Jede Zweitstimme für DIE REPUBLIKANER REP LISTE 12

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

Gegen Asylmißbrauch!

Jede Zweitstimme für DIE REPUBLIKANER REP LISTE 12

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Republikaner-Geschäftsstelle, Postfach 51 06 62, 3000 Hannover 51

Das Deutsche Reich besteht nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter, es hat z. Zt. nur keine Organe.

DIE REPUBLIKANER Postfach 25 28 2120 Lüneburg

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER – DIE ALTERNATIVE

1. Wir wollen einen menschlichen, bürgernahen, aber wehrhaften Staat. Wir wollen keinen Nachtwächterstaat, der sich nur noch vom Winde des Zeitgeistes treiben läßt.

2. Wir wollen, daß unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht um die Früchte ihres arbeitssamen Lebens geprellt werden und die härteste Währung der Welt, die DM, auf dem Altar der Euro-Bürokratie geopfert wird.

3. Wir wollen verhindern, daß Deutschland zum Einwanderungsland erklärt wird, Scheinasylanten weiter ungehindert in unser Land strömen können, unsere nationale Identität verloren geht und Milliarden von Steuergeldern zweckentfremdet werden.

4. Wir wollen die Einführung des Ausländerwahlrechts verhindern. Das Wahlrecht muß an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden bleiben.

5. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau vorrangig fördern, wobei zuerst der Wohnbedarf der deutschen Bevölkerung gedeckt werden muß.

6. Wir wollen, daß Deutschland nicht weiter als Melkkuh für die EG mißbraucht wird. Wir haben genug für andere Länder getan und brauchen unser Geld zum Aufbau der neuen Bundesländer.

7. Wir wollen in Lüneburg keine Massenquartiere für Asylanten. Wir würden dadurch nur sozialen Sprengstoff in unserer Stadt mit Steuergeldern finanzieren, der sich eines Tages so entladen könnte, wie in der multikulturellen Gesellschaft der USA vor kurzem geschehen.

Ich wende mich gegen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in der BGS-Kaserne.

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

senden an DIE REPUBLIKANER, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, 2120 Lüneburg

v.i.S.d.P. DIE REPUBLIKANER, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, 2120 Lüneburg

Asylbewerber) in der ehemaligen BGS-Kaserne zu verbreitern: Nicht der entwürdigenden Situation der Menschen in diesen Aufnahmelagern galt ihr Interesse, sondern der "Verschwendung von Milliarden an deutschen Steuergelder", und der Befürchtung, die "nationale Identität" gehe verloren, "wenn Deutschland zum Einwandererland erklärt wird".
Zwei in diesem Zeitraum vor allem in der weiträumigen Umgebung der künftigen ZAST heimlich in Briefkästen verteilte Flugblätter machen in Form und Inhalt deutlich, daß sich bei den Lüneburger REPs auch personell einiges getan hat: Die bekannten Neonazi- Parolen und Forderungen (vom starken Staat, gegen die multikulturelle Gesellschaft, Deutschland den Deutschen, Wohnungen für Deutsche! Deutsche zuerst!) werden hier erstmals von den REPs aktiv in eine Auseinandersetzung am Ort eingebracht und in Formulierungen gehüllt, die am rechten CDU- Rand (und sicher nicht nur dort) Zuspruch finden und zudem das politische Klima, den offiziellen Rassismus - kurz vor den Rostocker Pogromen - weiter völkisch aufheizen. Durch eine Art Petition gegen die ZAST, die als Flugblattabschnitt vorgestellt wird und die man - mit Namen und Adresse versehen - an die REPs senden soll, wird nicht nur den Absendern Gelegenheit geboten, aktiv gegen die "Asylantenschwemme" als Einzelne/r tätig zu werden und somit eine direkte Übereinstimmung mit den Zielen der REPs auszudrücken, sondern diese Adressen boten in der Folgezeit den REPs die jederzeitige Zugriffsmöglichkeit auf einen Teil ihrer Klientel, auf etwa 120 Personen - mit der Möglichkeit einer stärkeren Anbindung an die Parteiorganisation.

Voraussetzung für diese Professionalisierung des Rassismus in Form der REP- Parteiarbeit war ein Umstrukturierungsprozeß im Kreisverband: Nicht mehr der ängstliche und farblose Claus Raeke, sondern Uwe-Rüdiger Pilz - Berufssoldat in Munster mit Wohnsitz in Scharnebeck - führt jetzt die Geschäfte. Jederzeit erreichbar in Sachen Neofaschismus - auch

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER – Die Alternative

Die Quittung

Die Landtagswahlen vom 5. April haben gezeigt, daß sich eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wählern von den etablierten Parteien abwendet. Zu groß ist die Diskrepanz zwischen deren Verlautbarungen in den Massenmedien und der Realität. 11 Prozent der Stimmen in Baden-Württemberg für DIE REPUBLIKANER sind daher kein Zufall, sondern eine logische Konsequenz verfehlter, gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichteter Politik.

Alles schlucken?

Horrende Staatsschulden, Opferung der DM auf dem Altar Europas, steigende Kriminalität und der ständige Zustrom von Ausländern werden auch in Lüneburg nicht länger kritiklos hingenommen.

Da die nächsten Wahlen erst 1994 stattfinden, meinen die Etablierten, sie könnten jetzt gefahrlos für die eigenen Privilegien eine Politik betreiben, die von der Bevölkerung vollends abgelehnt wird. Wie anders ist es zu erklären, daß SPD und GRÜNE beschließen, die BGS-Kaserne in ein Asylantenlager umzuwandeln? Auch die CDU sagt dazu ja. Die Bevölkerung wurde nicht gefragt.

Warten bis zur nächsten Wahl?

Dann ist es wahrscheinlich zu spät. Steht das Lager erst einmal, bekommt man es nicht mehr weg. Die Anlieger müssen sich jetzt wehren. Wir wollen dabei helfen. Wer sich alles gefallen läßt, auf den warten bereits neue Bürden!

Ich wende mich gegen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in der BGS-Kaserne.

Name: .....
Straße: .....
Wohnort: .....
Telefon: .....

senden an DIE REPUBLIKANER, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, 2120 Lüneburg

v.i.S.d.P. DIE REPUBLIKANER, Kreisverband Lüneburg, Postfach 2528, 2120 Lüneburg

Neonazi- Werbung per Anschlagsäule in der Uelzener Straße, 1991

DIE REPUBLIKANER

Kreisverband Lüneburg
Postfach 2528
2120 Lüneburg

1993

Herrn

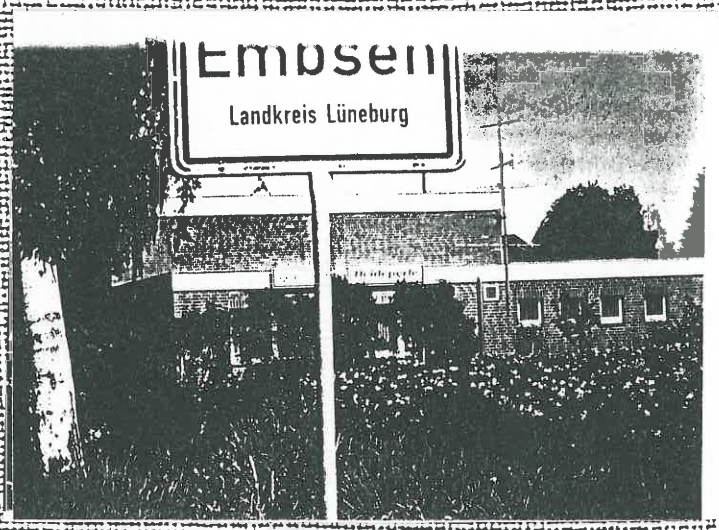
21

Sehr geehrt

ich freue mich, daß Sie sich ...
Ich möchte Sie außerdem auf unsere Zeitung "DER REPUBLIKANER" hinweisen, die monatlich erscheint und an den Kiosken "Am Stern" gegenüber der Hauptpost und in der Altenbrückertorstraße erhältlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Pilz
Kreisvorsitzender



REP- Tagungslokal " Heideperle "
und
REP- Propaganda in Lüneburg

tagsüber telefonisch bei seinem militärischen Dienstherren unter der Rufnummer 05192/122414 - macht er sich erhebliche Mühe, neue Mitglieder zu gewinnen :
Ist erstmal ein Interessent bekannt, so erhält dieser ein persönliches Anschreiben auf farbigem REP- Briefpapier, auf dem in der Regel der aktuelle Stand der Programmdiskussion vorgestellt und ein persönliches Gespräch unter vier Augen vorgeschlagen wird. Natürlich fehlt auch nicht der wichtige Hinweis auf den Kiosk Altenbrückertorstraße und Am Stern, wo - zwecks einschlägiger Weiterbildung - die REP- Bundeszeitung " Der Republikaner " zu erwerben ist (diese wird - nebenbei bemerkt - dorthin nicht etwa durch einen Grossisten, sondern von der örtlichen REP- Führung höchstpersonlich zum eindeutigen Zwecke angeliefert). Ganz managerisch schließen diese persönlichen Anschreiben dann auch mit einer unleserlichen Unterschrift, dafür aber der gedruckten Namensnennung und ohne die Funktion des Kreisvorsitzenden zu vergessen.

Zwar werden nun in der Regel bis zur Einladung zu einer Mitgliederversammlung noch einige Kontrollinstanzen zwischengeschaltet, aber trotzdem gelang es im Frühjahr 1993 einigen Nicht- REPs, an einer internen Versammlung teilzunehmen mit dem Ergebnis, daß die Lüneburger Yuppie-Zeitung 2120 im Augustheft einen Artikel darüber - angereichert mit weiteren REP- Interna über Verbindungen zur NPD und deren Wirken aus anderer Quelle - brachte, die Lüneburger REPs sich geoutet fühlten und sich der Landesvorstand in der Weise einschaltete, daß er alle Inserenten dieser "Jugend- Lünepost" (und das sind eine ganze Menge) in einem Schreiben vor einem weiteren Werbe-Engagement bei dieser Zeitung warnte - natürlich erfolglos.

Sein Ziel, eine Reihe von seriösen und erfolgversprechenden örtlichen Kandidaten für die bevorstehende Kommunalwahl und die Landtagswahl am 12. März 1994 aufzubauen, konnte REP-Vorsitzender Pilz trotz aller Bemühun-

2120, August 1993

GANZ RECHTSAUßEN

Bei den letzten Landtagswahlen konnten die Republikaner so manche Stimme kassieren. In Lüneburg und Uelzen jedoch plätschert ihre Arbeit trotz massiver Werbeaktionen vor sich hin, einmal im Monat treffen sie sich in einer Landkneipe, um platte Parolen auszutauschen. Ist die Lage also ruhig? Keineswegs - denn die Republikaner, die stets jeglichen Kontakt zu ultrarechten Parteien verneinen, sind dick befreundet mit der örtlichen NPD. Und deren Kontakte lassen sich bis hin zu den Mölln-Attentätern verfolgen..... 21zwanzig ging bei den „Reps" auf Tauchstation und bekam Einblicke in die lokalen Verstrickungen rechter Parteien. Von Thorsten Lustmann.

Die bundesdeutsche Politik ist rundum überfordert. Tauziehen in der Asylgesetzgebung, Brandanschläge gegen Asylbewerberheime, Morde an ausländischen Mitbürgern - eine Entwicklung, die auch auf das Konto rechter Parteien geht. Vor allem gemeint: Die Republikaner. Flugblattaktionen etwa, die gegen die Einrichtung einer ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) wettern, schütten Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Asylanten ohnehin als Unerwünschte betrachten.

7. Mai dieses Jahres, 20 Uhr, Gasthof „Heideperle" in Embsen. Uwe-Rüdiger Pilz, Kreisvorsitzender der Republikaner, hatte eingeladen. Erschienen waren sieben Mitglieder und einer, der vorgab, es werden zu wollen - ein 21zwanzig-Mitarbeiter hatte auf eine mysteriöse Flugblattaktion (als Adresse wurde nur ein Postfach angegeben) der „Reps" geantwortet und vorgegeben, auch gegen die Einrichtung der ZAST zu sein. Prompt wurde er in die Wohnung von Uwe-Rüdiger Pilz zu einem persönlichen Gespräch gebeten. „Sie wissen ja", so der Vorsitzende, der in Munster für den Bundesverteidigungsminister Soldat spielt, „es gab schon genug Versuche, sich bei uns einzuschleichen. Deswegen schauen wir uns die Leute erst einmal an." Können wir verstehen. Unser Mitarbeiter wurde als „unbedenklich" eingestuft und zum „Heideperle"-Treffen eingeladen. Neben ihm und den Mitgliedern war an diesem Abend noch eine andere Person anwesend: Malte Holzer, Jahrgang 1965, der bei den Kommunalwahlen 1986 als Kandidat der NPD auftrat und derzeit als Kreisgeschäftsführer der NPD manchen rechten Faden zusammenhält.

Republikaner und NPD an einem Tisch? Seltsam, wo doch der Bundesvorsitzende Schönhuber immer jeglichen Kontakt zu ultrarechten Gruppen verneint und angeblich die Unterwanderung durch Nazis verhindern will..... In Lüneburg wird dieser Forderung nur halbherzig entsprochen.

Kanaken 'raus aus Sozialwohnungen" oder „Wir sind gegen eine multikulturelle Gesellschaft" - das waren die Parolen, die an diesem Abend über den Stammtisch gereicht wurden. Denn meistdiskutiertes Thema war - wie konnte es anders sein - das „Asylantenproblem". Und erschienen die Anwesenden anfangs noch als Leute wie du und ich, mit denen man durchaus auch mal ein Bier hätte trinken können, so änderte sich diese Hoffnung schlagartig, als sie den Mund aufmachten. Allen voran der stellvertretende Landesvorsitzende der „Reps", Gerhard Tempel. „Die Asylanten müssen raus aus Deutschland, wir haben keinen Platz mehr - und nicht nur die - auch die anderen Ausländer, die schon lange hier wohnen, müssen 'zurückgeführt' werden!" Dieser Satz war einer der „rhetorischen Höhepunkte" dieses Abends. Außerdem, was solle das ganze Gerede um die Einheit? Die sei doch längst nicht abgeschlossen, wenn man da nur einmal an Schlesien denke.....

Aufruhr beim Lüneburger NPD-Treffen im September 1989

Aggressive fremdenfeindliche Äußerungen mit deutlich rassistischen Ansätzen sind aus dem Lager der „Reps" nichts neues. Das nahm denn auch der Bundesinnenminister zum Anlaß, die Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit beobachten zu lassen. Das Innenministerium Niedersachsen folgte diesem Entschluß - und bekam prompt eine Klage der „Republikaner" auf den Tisch. Die hatten nämlich eine einstweilige Anordnung vor dem Verwaltunggericht Hannover erwirkt, wonach der Verfassungsschutz seine beobachtende Tätigkeit bis auf weiteres einstellen müsse. Begründung: Das vom Verfassungsschutz vorgelegte Beweismaterial reiche nicht aus, um weiterhin eine Observation zuzulassen.

Und so drehte sich das Karussel weiter: Der Innenminister des Landes Niedersachsen legte gegen diesen Beschluß beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Beschwerde ein. Derzeit läuft das Verfahren. Und so könnten die Republikaner ihre etwaigen verfassungswidrigen Bestrebungen ungestört fortsetzen.

Wir sind eine Partei wie jede andere auch", verteidigt sich Uwe-Rüdiger Pilz beim häuslichen Beschnupper-Termin. „Wir bieten den Bürgern die Möglichkeit, sich bei uns zu organisieren, wenn sie sich von den anderen Parteien nicht genug vertreten fühlen." Das aber scheint in Lüneburg und Uelzen nicht so gut zu klappen: Runde 15 Mitglieder und noch mal so viele aktive Sympathisanten zählen im Landkreis zu den Republikanern. Und auf eine flächendeckende Wurfzettel-Aktion konnten sich die Republikaner auch nicht an reger Mitarbeit ihrer Mitbürger erfreuen: Gerade einmal 120 Zuschriften flatterten in ihr Postfach. Immer

noch zuviel, meinen wir. Uwe-Rüdiger Pilz sieht das anders: Er ist auch traurig darüber, daß er sogar noch privat Geld hinzuschießen muß, um die Existenz des Kreisverbandes zu sichern. Ansichtssache.

Aber vielleicht liegt gerade hier der Grund für die Anwesenheit des NPD-Mannes Malte Holzer beim Rep-Treffen - suchen die Republikaner Unterstützung? Denn sicher nicht von ungefähr wurde die „Heideperle" zum Tagungsort auserkoren: Ihr Besitzer heißt Adolf Sierig, ein „waschechter" NPD-Mann - seine Laufbahn ist eindeutig: Kandidat der NPD bei den Kommunalwahlen 1986, bis 1988 Pressereferent des NPD-Kreisvorsitzenden, ab 1989 dann stellvertretender Kreisvorsitzender der Republikaner. Na prima. Und als Vorsitzender der „Lützower Schützen", einer Schützengilde mit mehreren NPD-Mitgliedern, wird er sicher auch heute noch Kontakt zu seinen ehemaligen Parteigenossen haben.

Aber um noch deutlicher zu machen, welche Kreise diese Verstrickung der zwei rechten Parteien zieht, sei hier noch einmal erinnert an die traurige „Karriere" Heino Försters, des ehemaligen Kreisvorsitzenden der Lüneburger NPD: Er wurde jüngst wegen versuchten Mordes an Asylbewerbern und Volksverhetzung in Schwerin festgenommen. Heino Förster soll mit NPD-Kreischef Rüdiger Klasen etwa 30 junge Leute zum Überfall auf das Asylbewerberheim Boizenburg-Bahlen angestiftet haben. Und - schlimmer kann es nicht mehr kommen - er soll Kontakt zum Mölln-Attentäter Michael Peters gehabt haben. Förster konnte nichts nachgewiesen werden, er wurde vor kurzem freigesprochen. Jetzt wohnt er in Mölln und ist Landesbeauftragter der NPD in Mecklenburg-Vorpommern - fehlt nur noch, daß auch er beim nächsten Lüneburger Rep-Treffen auftaucht. Oder gar in Uelzen. Denn auch hier formieren sich die Republikaner.

Die Vorbereitungen in Uelzen laufen an", berichtet stolz der 53jährige gelernte Maschinenschlosser Benno Bernt aus Uelzen, der an diesem Abend extra aus der „Uhlenköperstadt" in die „Heideperle" gekommen war. Er wirbt derzeit in Uelzen für die Republikaner, wohnt selbst in Bad Bevensen. „Demnächst werden wir dort einen Kreisverband gründen, genügend Personal für die Vorstandsposten ist vorhanden", kündigt der 53jährige an. Er hatte in der Uelzener „Allgemeinen Zeitung" inseriert und versprochen, daß die Republikaner „in schwieriger Zeit" Antworten für alle Bürger hätten. Womit er wohl kaum die ansässigen Ausländer meinte. Er rechne mit 20 Prozent der Stimmen bei der nächsten Landtagswahl - wer's glaubt, wird selig.

So fühlt man sich am 7. März in der Heideperle unter seinesgleichen. Über die Möglichkeit, neue Mitglieder zu werben, wird nur wenig gesprochen. Lieber postuliert der stellvertretende Landesvorsitzende Gerhard Tempel, „daß man zwar für die EG ist, aber anders als jetzt. Völker müssen nun einmal Völker bleiben!" So gibt er eine platte, unfundierte These nach der anderen von sich und nippt an seinem Bier. Zustimmendes Nicken in der Runde. Daß ihre Parolen Gewalttätigkeit schüren könnten, darauf kommt an diesem Abend niemand - will aber auch niemand darüber nachdenken. Doch fest steht nun einmal: Der Landkreis Lüneburg hat sich mit 174 rechtsradikalen Straftaten im Jahr 1992 an die traurige Spitze Nordeutschlands gehievt. Dr. Hans-Jürgen Knoche, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, vermutet etwa 450 bis 500 gewaltbereite Rechtsextremisten und Skinheads in Niedersachsen; 60 von ihnen seien im Lüneburger Landkreis ansässig (Gesamtzahl im Bundesgebiet: 4200). Und seine Einschätzung angesichts dieser großen Zahl: „Der Landkreis Lüneburg ist das Zentrum der faschistischen Skinhead-Szene in Norddeutschland!" Trübe Aussichten.

Und die Skinheads selbst? Sie sind direkt in Lüneburg kaum aktiv, eine Verbindung zwischen ihnen und den „Reps" konnte bislang nicht hergestellt werden. Ab und an sollen sie zwar schon den Saalschutz für diverse Veranstaltungen rechter Parteien gestellt haben, bei den Lüneburger und Uelzener Republikanern haben sie aber bislang noch nicht „Aufpasser" gespielt. Kenner der Szene (die namentlich nicht genannt werden wollten) vermuten, daß der kurzgeschorene Nachwuchs zwar von der Heidemetropole aus operiert, das „eigene Nest aber nicht beschmutzen will".

Wir werden weiterhin für uns werben", kündigt der Kreisvorsitzende Uwe-Rüdiger Pilzs an. „Ich denke, wir haben gute Chancen, den Bürgern klar zu machen, daß wir eine echte Alternative sind." So geht die Handvoll „Reps" am Abend des 7. März wieder auseinander. Und so zeigt sich, daß die Lüneburger Republikaner mitnichten eine Partei ist, die mit Neonazis nichts zu tun haben will - der Kontakt zur NPD läßt keinen anderen Schluß zu.

Kurzum: Eine Partei, die ständig mit chauvinistischem Schaum vor dem Mund ihre geistige Atemnot verbreitet, muß als nicht regierungsfähig angesehen werden. Doch sie „rechts liegen zu lassen", wäre verhängnisvoll. Denn wer mit Parteien wie der NPD gemeinsame Sache machen will, handelt nicht nur politisch kurzsichtig, sondern gefährdet die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens. ■

DIE REPUBLIKANER

Schreiben an alle Anzeigeninserenten der Monatszeitung 21.zwanzig

Richtigstellung zu dem gehässigen Artikel „ganz rechtsaußen" (über die REPUBLIKANER) in der August-Ausgabe 1993

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bitte werfen Sie dieses Schreiben nicht fort, weil Ihnen vielleicht die tatsächlichen politischen Aussagen unserer Partei nicht bekannt sind. Wir glauben aber, daß Sie als Mitfinanzierer über die tendenziöse Berichterstattung dieser „Zeitung" auf Hochglanzpapier informiert sein sollten. Wir können uns kaum vorstellen, daß der deutsche Mittelstand bei vollem Bewußtsein Anzeigen bei denen aufgibt, die nichts anderes im Sinn haben, als diese Gesellschaft negativ zu verändern und getreu dem Ausspruch Lenins auch ihn als nützlichen Helfer dafür zu benutzen. Sie alle sind sicherlich politisch interessiert und kennen aus vergangenen Tagen „Sudel-Ede" vom „Schwarzen Kanal". Seine Schüler folgen auf seinen Wegen, haben aber seine Perfektion nicht erreicht, wie wir Ihnen im folgenden belegen werden. (Eine presserechtliche Richtigstellung haben wir verlangt und werden notfalls gerichtlich gegen die „sauberen" Journalisten vorgehen):

1. Gemäß Beschluß unserer Bundespartei gibt es keine Kontakte zur NPD, DVU oder anderen extremen Parteien oder Gruppierungen.
2. An dem Informationsabend unserer Partei war Herr Malte Holzer weder eingeladen noch anwesend.
3. Das frühere Mitglied unserer Partei, Herr Adolf Sierig, bestätigte uns auf Nachfrage, daß er nicht Besitzer irgendeiner Gaststätte oder eines Hotels, also auch nicht der Heideperle sei. (Diese komplexe Antwort war uns wichtig, da wir uns in verschiedenen Restaurationsbetrieben treffen.!)
4. Die Methode, politische Aussagen aus dem Zusammenhang zu reißen, damit entstellend wiederzugeben und mit unbewiesenen Vermutungen zu garnieren, ist nicht neu. Wir gehen darauf nicht weiter ein.
5. Wir sind immer offen für jedes Pressegespräch. Die unlautere Methode, sich nach Stasi-Manier einzuschleichen, läßt tiefe Rückschlüsse auf den Charakter des „V-Mannes" zu. Wir hätten auch einem ehrlichen Journalisten gegenüber uns nicht anders dargestellt, als wir es bei diesem Mitgliedertreffen gemacht haben.
6. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Hannover hat noch Bestand. Die Republikaner geben keinen Anlaß in Wort und Schrift, sie nachrichtendienstlich zu beobachten.

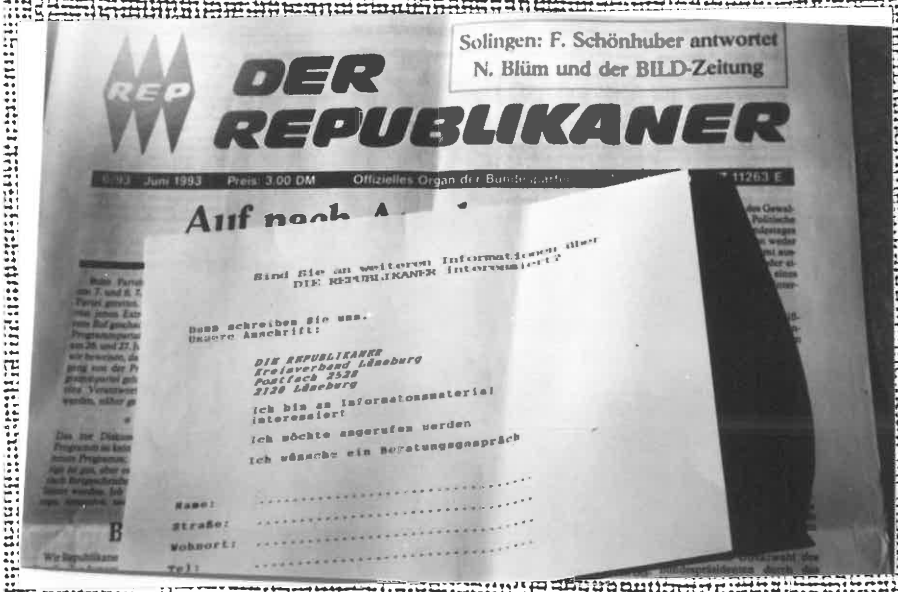
Das journalistische Gebräu aus Namen, Falschmeldungen, Totschlageetiketten, Wunschdenken und krankhafter Ideologie spricht für sich selbst. Wir bedauern, daß die Presselandschaft mit solchen Produkten belastet wird. Als Ökologen im Sinne Herbert Gruhls bedauern wir, daß ein solches Erzeugnis auf so anspruchsvollem, schwer wiederzuverwertendem Papier gedruckt wird. Dem Inhalt entsprechend empfehlen wir eine ganz andere Papiersorte.

In der Hoffnung, Sie nachdenklich gemacht zu haben, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

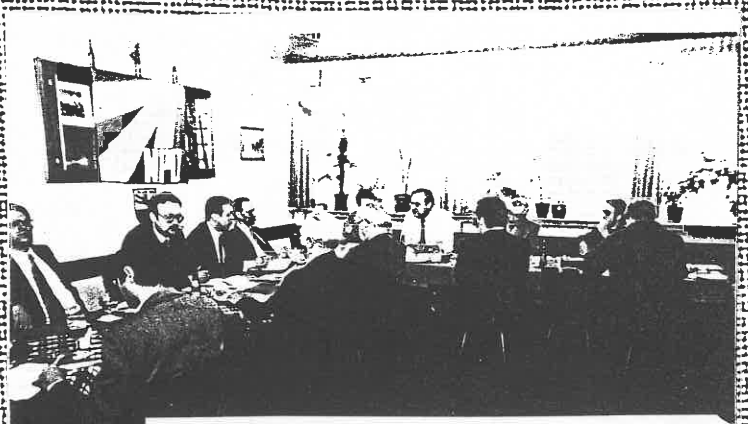
Gerhard Tempel

Gerhard Tempel
stellvertr. Landesvorsitzender

Verteilstation von Neonazi- Propaganda: Kiosk Am Stern (oben), Kiosk Altenbrücker Torstraße



Solingen: F. Schönhuber antwortet N. Blüm und der BILD-Zeitung



NPD LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Fernruf: (0 41 31) 37326 + 37321
Postfach 2303, 2120 Lüneburg

Telefax:
(0 41 31) 3 49 67

Landesvorstandssitzung am 23.08.92
in Dorfmark, Hotel "Zur Post"

Sitzungsprotokoll

(Anwesenheit lt. anliegender Anwesenheitsliste)

Eröffnung um 10.10 Uhr durch den Landesvorsitzenden.

TOP 1)
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden. Die Beschlußfähigkeit der Sitzung wird festgestellt.
Ulrich Eigenfeld berichtet vom Parteivorstand: Die Strategiekommission hat inzwischen getagt. Mit der Leitung wurde Karl-Heinz Vorsatz (Bremen) beauftragt. Von dem in Gorleben beschlo[illegible] Manifest wurde zunächst ein Vorabdruck in [illegible] druckt. Die "Deutsche Stimme" [illegible] die PV-EDV-[illegible] Öffentlichkeiten machen. Tre[illegible] "rechte" Parteien an?
Eigenfeld und Dammann: Teilnahme der NPD an der Landtagswahl schon jetzt ankündigen.
TOP 11)
Eigenfeld hat mit Bunge (ex DVU) gesprochen. Kontakte werden fortgesetzt. Hoffmann wird Wiegräbe (DVU) und Tempel (REP) "abklopfen".
TOP 12)
Die LGS kann jetzt mit einem neuen Programm Transparente

Lüneburg, 24.08.1992

Protokollführer:

(Nolte) Landesgeschäftsführer

Landesverband Niedersachsen Bundesdeutsche Partei Deutschland NPD 03

Gerhard Tempel, REP- Chef Schönhuber, REP-Ratsherr (Hannover) Gerhard Wruck

gen - auch Studenten der Universität Lüneburg waren bei diesem verzweifelten Versuch "Opfer" seiner einschlägigen Agitation - nicht erreichen, sieht man einmal von dem absolut unbekannten Kandidaten Peter Krause ab.

Bei den Kommunalwahlen jedenfalls überließen die REPs in Lüneburg der NPD (bzw. der Tarnorganisation UWL-"Unabhängige Wählergemeinschaft Lüneburg ") das Feld - wie im übrigen überall dort, wo den Republikanern lediglich eine dünne personelle Funktionärsbasis zur Verfügung stand und im Gegenzug auch die NPD bereit war, ihrerseits auf bestimmte Kandidaturen zu verzichten.

Abgesprochen wurde dieser Polit- Deal zur arbeitsteiligen Bündelung des neofaschistischen Wahlangebots zwischen den REPs und der NPD zwischen dem NPD- Multiaktivisten Klaus Hoffmann aus dem benachbarten Bad Bevensen und dem damaligen Landesgeschäftsführer der niedersächsischen REPs, Gerhard Tempel, den Auftrag zum Vollzug dieser Arbeitsteilung erhielt Hoffmann auf der NPD- Landesvorstandssitzung am 23.8.1992 in Dorfmark.

REP- Mann Tempel, ist heute stellvertretender Landesvorsitzender und machte sich bis vor kurzem neben seiner Parteitätigkeit noch für die Rechtsabspaltung von der ÖDP- (Ökologisch- Demokratische Partei), nämlich der " Unabhängigen Ökologen " stark, bei deren Vierteljahreszeitung " Ökologie " er Autor war. Diese Organisation mit nationalrevolutionär- regionalistischem Einschlag setzt auf völkische Ökologie (" Patriotismus ist bester Umweltschutz ! ") und ökologischen Rassismus (u.a. auf die These, daß Deutschland aus ökologischen Gründen - Belastung der Natur - für eine Ausweisung der Ausländer sorgen müsse, eine These, die heutzutage nicht nur im neofaschistischen Bereich Anklang findet).
Derzeit ist Gerhard Tempel auch damit

beschäftigt, den militanten Flügel der niedersächsischen Republikaner zu sondieren, was eine recht schwierige Aufgabe ist, weil immer mehr Informationen über die Zusammenarbeit der REPs mit dem militanten Flügel des Neofaschismus an die Öffentlichkeit gelangen, wie etwa die Vorabveröffentlichung des Niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes von 1993, worin bestätigt wird, daß die REPs in Niedersachsen auch Mitglieder der Neonazi- Gruppe " Freie Kameradschaft " (eine Nachfolgeorganisation des verbotenen " Deutschen Kameradschaftsbundes ") bei sich beschäftigt hatten. Zudem kam Mitte des Jahres 1994 durch die Nordwest-Zeitung heraus - und auch hier wurde Tempel tätig als Leserbriefschreiber in der örtlichen Presse - daß es eine enge Zusammenarbeit zwischen REPs und militanten Neonazis gibt, wie am Einsatz von Tim Binar und Thorben Stecker für die REPs im Oldenburger Raum deutlich wird. Binar und Stecker können als Neonazis der härteren Sorte bezeichnet werden mit ihren Beziehungen zu und gemeinsamen Aktionen mit Christian Worch am 31.10.92 , am Hess- Gedenkmarsch im August 1993, beim Kampftag des DKB am 23.5.92 in Wilhelmshaven, beim Hess- Gedenkmarsch im thüringischen Rudolstadt im August 1992, am 20.3.93 mit dem Ex-Mitarbeiter des MAD, Wolfgang Juchem, der sich gerne als Gesamtführer der deutschen Neofaschisten feiern läßt, beim "Führer-Geburtstag" am 20.4.94 oder am 22.5.94, als beide zusammen mit den Spitzen der FAP, Friedhelm Busse und Thorsten Heise, dem "Sängerknaben" Frank Rennicke (Wiking-Jugend) sowie dem stellvertretenden NPD- Bundesvorsitzenden und Wikinger- Chef Wolfgang Nahrath durch das Wiking- Jugend Lager Hetendorf tingelten.
Hier den Überblick zu behalten über das, was sich am militanten Rand der Republikaner tut, politische Gespräche zu führen, Aktionen zu koordinieren - keine leichte Aufgabe also für stellvertretenden REP- Chef Tempel.

Reichlich versierter, mit wesentlich stärkerer Organisationserfahrung auch

Deutscher Kameradschaftsbund

VEREINIGTE RECHTE

Deutschlands Zukunft geht uns alle an! II.

Unheimliches geht in Deutschland vor !

Immerzu werden von den Gerichten nur Deutsche verfolgt, gehetzt und gejagt. Ausländer genießen stets Straffreiheit, wenn sie Deutsche als Nazischweine oder nur als Schweine beschimpfen und bespucken. So ausländerfreundlich und deutschfeindlich sind 'deutsche' Gerichte! Der pure Deutschenhaß zeigt seine Fratze.
Dabei sind Ausländer nur Gäste auf Zeit in Deutschland und haben sich als Gäste wohlzuverhalten. Asylschwindler haben jedoch hier nichts zu suchen.
Raus mit ihnen !
Keinen Pfennig aus deutschem Schweiß für diese Schmarotzer! Wenn nichts mehr zu holen ist, fallen sie wie die Blutegel ab. Die USA nehmen die Betrüger bestimmt begeistert auf, das Land ist ja groß genug für alle Asylschwindler der Welt - ganz im Gegensatz zu unserem kleinen, besiegten und amputierten Deutschland.

Deutsches Volk : Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott !

Um diese Arbeit wirkungsvoll zu gestalten, ist ein Zusammenschluß aller nationalgesinnten Deutschen und aller Freunde des deutschen Volkes geboten, denn:

Einigkeit macht stark !

Hier unser Ruf:
Deutsche, schließt euch zusammen!
Arbeitet mit an der Neugestaltung Deutschlands!
Kämpft für den Erhalt des deutschen Volkes!
Kämpft für die Zukunft unserer deutschen Kinder!
Kämpft für Deutschlands Zukunft !

Unsere Stimme wird lautstark überall hin dringen! Wir sind die neue nationale Kraft! Wir werden uns nicht bestechen oder kaufen lassen. Auch Drohungen oder Erpressungen werden uns nicht schrecken. Mächtig wird in Zukunft unser
Schlachtruf der Freiheit !

Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben!

NEIN ZUR MULTIKULTURELLEN, MULTIKRIMINELLEN GESELLSCHAFT AUF DEUTSCHEM BODEN!
NEIN ZU IMMER MEHR ÜBERFREMDUNG!
NEIN ZU IMMER MEHR ASYLANTEN UND ZUWANDERERN!

Deutscher Kameradschaftsbund

-Bundesführung-
Thorsten de Vries
Börsenstraße 37
2940 Wilhelmshaven

Thorben Stecker, links, beim "Rudolf-Hess-Marsch" 1993 in Fulda RR29

Tim Binar (links) beim Ausmarsch der WJ in Hetendorf, Pfingsten 94 RR29

Thorsten de Vries, der Wilhelmshavener Vasall des Neonazis Christian Worch.

Klaus Hoffmann

Bekanntmachung

des Kreiswahlleiters des Bundestagswahlkreises 31 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

Gem. § 26 Abs. 3 Bundeswahlgesetz (BWG) in Verbindung mit § 38 Bundeswahlordnung (BWO) gebe ich folgendes bekannt:
Der Kreiswahlausschuß hat in seiner Sitzung am 2. 11. 1990 die folgenden Kreiswahlvorschläge zugelassen:

8 REP DIE REPUBLIKANER von Gottberg, Friedrich-Karl, Dipl.-Ing. geb. 1943 in Woopen/Ostpr. An der Bundesstr. 11 3139 Karwitz

Bekanntmachung

des Kreiswahlleiters des Bundestagswahlkreises 31 Lüneburg/Lüchow-Dannenberg zur Bundestagswahl am 16. Oktober 1994

Gem. § 26 Abs. 3 Bundeswahlgesetz (BWG) in Verbindung mit § 38 Bundeswahlordnung (BWO) gebe ich folgendes bekannt:
Der Kreiswahlausschuß hat in seiner Sitzung am 19. 8. 1994 die folgenden Kreiswahlvorschläge zugelassen:

5. DIE REPUBLIKANER – REP –
Porth, Heinrich, Landwirtschaftsmeister
geb. 1951 in Laßrönne
wohnh.: Laßrönner Dorfstr. 27, 21423 Winsen/Luhe

zum und im militanten Bereich, muß da Tempels Wahlabsprachen- Partner der NPD, Klaus Hoffmann beschrieben werden, wie schon aus einer kurzen Skizze seines politischen Lebenslaufs hervorgeht.

Klaus Hoffmann,

- seit ca. 1965 in der NPD
- Mitgl. im Landesvorstand seit 1971
- 4 Jahre Mitgl. im Rat der Stadt Munster
- Mitglied im Kreistag Soltau-Fallingbostel
- 1991: Mitglied im Rat der Stadt Bad Bevensen
- 1990: Stellv. Landesvorsitzender, Organisationsleiter Niedersachsen
- Hauptabteilungsleiter Kommunalar beit beim Bundesvorstand NPD
- 1. Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in Munster
- Obmann der Arbeitsgemeinschaft Heimattreuer Verbände
- Organisator des jew. Frühlingsfestes der AHV am 1. Mai
- Obmann des Fördervereins Deutsche Einheit
- Mitglied in der " Bürgerinitiative gegen Asylmißbrauch "
- beste Beziehungen zu Deutsche Oberschlesische Jugend /DOJ
- Jugendreferent im Kreisvorstand des Bund der Vertriebenen
- Funktionär der Wiking- Jugend Niedersachsen
- Leiter eines WJ-Lagers 1976, bei dem ein Fernsehteam überfallen wurde,
- warf 1978 mit einem Hammer nach einem Journalisten, der einen Ausbildungshof der WJ fotografieren wollte
- Funktionär im " Deutschen Freundschaftskreis /DFK "

Das Ergebnis dieses gegenseitigen "Abklopfens ", wie Klaus Hoffmann seine Absprachen zwischen NPD und REPs nennt, ist bekannt: bei den Kommunalwahlen 1994 verzichteten die REPs in Lüneburg aus bekannten Gründen auf eine eigenständige Kandidatur.

Um Ausmaß und Umfang des REP-Unterstützerkreises in Lüneburg einzuschätzen, muß deshalb ein Blick auf das Ergebnis der Landtagswahlen vom selben Tage geworfen werden.

Zwar erreichten die Republikaner im Landesdurchschnitt lediglich 3,7 % der gültigen Wahlstimmen, und es gelang

ihnen nicht, in den niedersächsischen Landtag einzuziehen - ein Anlaß zur Beruhigung ist allerdings nicht gegeben.

Im Gegenteil: Es zeigte sich auch bei dieser Wahl die allgemeine Tendenz, daß das Wahlergebnis sehr stark abhängig ist von der regionalen funktionierenden Infrastruktur dieser neofaschistischen Partei, von der besonderen Rolle, die regionalen REP- Führer spielen, von dem Maß an Öffentlichkeit, welches die REPs für sich interessieren kann und von dem Grad an rassistischer Potenz, die regional - auch unabhänhig von dieser Partei - zum Ausdruck gebracht wurde.
Beste Beipiele für diese Tendenz sind etwa die Wahlkreise Hannover- Nordwest (7,8 %), Celle (5,7), Soltau (5,0 %).

Auch ein Blick auf den Nachbarkreis Harburg- Land zeigt diese Tendenz relativ klar:
Hier verfügen die REPs über einen relativ funktionierenden Funktionärskörper, sind mit Helga Klafeld (Dolmetscherin aus Asendorf) und Dietmar Neumann (Verwaltungsbeamter aus Neu Wulmstorf) im Kreistag vertreten, gehören mit Albert Block (Vorstandstätigkeit in mehreren namhaften Verbänden), dem genannten Dieter Neumann (seit 1990 Parteisekretär auf Bezirksebene und Stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen in Hamburg) und anderen Lehrern, Landwirten und Kaufleuten zur "ehrenwerten Gesellschaft" dieses Landkreises und befinden sich durch öffentliche Veranstaltungen, Informationsstände und nicht zuletzt auch durch das offensichtliche parteipolitische Kungeln des EX-CDU Bundestagsabgeordneten (zugleich und unbeschadet davon stellvertretender Landrat und Samtgemeindebürgermeister in Hanstedt) Franz Röhrs mit den REPs auf derem Bundesperteitag 1993 im laufenden kommunalpolitischen Gespräch. Das Landtagswahlergebnis '94 bestätigt dieses Bild : Im gesamten Landkreis bilden die REPs gleichstark mit der FDP (je ca. 5.700 Erststimmen) die vierte politische Kraft nach der

REP- Kandidaten/-in zur Kommunalwahl am 6.10. 1991 im Landkreis Harburg

Liste 6
Albert Block
REP
WA 24.9.

Zur Person: Albert Block (Stöckte), 40 Jahre alt, selbständiger Landwirt, verheiratet, vier Kinder. – Seit 1989 bei den Republikanern, vorher parteilos. In mehreren namhaften Verbänden im Vorstand tätig.

Liste 6
Helga Kaleveld
REP
WA 24.9.

Zur Person: Helga Kaleveld (Asendorf), geboren 1936 in Hamburg, verheiratet, drei Kinder, Dolmetscherin. Aufgrund der beruflichen Tätigkeit des Ehemannes 29 Jahre im Ausland gelebt. – Seit fast drei Jahren Mitglied und Schatzmeisterin bei den Republikanern.
Aussage: Die Republikaner fordern, daß keine weiteren Asylbewerber zuziehen. Asyl nur für politisch Verfolgte! Eine schnelle Abwicklung der Verfahren und eine sofortige Abschiebung der Asylbewerber, die nicht anerkannt werden, ist ein weiteres Ziel der Republikaner. Kriminelle Asylanten, die unsere Gastfreundschaft mißbrauchen, müssen sofort abgeschoben werden. Einreisestopp für Scheinasylanten an der Grenze! Die Scheinasylanten haben den Steuerzahlern im letzten Jahr fünf Milliarden Mark gekostet. Davon hätten rund 25 000 Sozialwohnungen gebaut werden können.

Liste 6
Martin Haase
REP
WA 24.9.

Zur Person: Martin Haase, geboren 1942, Kindheit in Mecklenburg, Jugend, Schule und Abitur in Hessen. Studium in Hamburg. Seit 1980 in Heidenau. Oberstudienrat für Französich und Spanisch. Verheiratet, eine Tochter. Häufig Reisen nach Schlesien, um dort Deutsch zu unterrichten.

Aussage: Als Lehrer sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben darin, mich für den Erhalt des gegliederten Schulwesens einzusetzen. Die Gesamtschule ist nicht in der Lage, den individuellen Fähigkeiten unserer Kinder gerecht zu werden. Deshalb wehre ich mich vehement gegen die Einrichtung von Gesamtschulen im Landkreis

Liste 6
Fritz Schoof
REP
WA 25.9.

Kein Foto eingereicht.

Zur Person: Fritz Schoof (Meckelfeld), geboren 1929 in Hoya an der Weser. Früher als Kaufmann tätig, sucht Erholung und Entspannung in der Natur und bei der Jagd. – Mitglied der Republikaner.

Liste 6
Dietmar Neumann
REP
WA 25.9.

Zur Person: Dietmar Neumann (Neu Wulmstorf), geboren 1942 in Villisaß (Westpreußen), geschieden, gelernter Schriftsetzer, tätig als Verwaltungsbeamter in Hamburg. – Mitglied der Republikaner seit 1989. Beisitzer im Kreisvorstand, seit 1990 Parteisekretär auf Bezirksebene. Stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen in Hamburg.

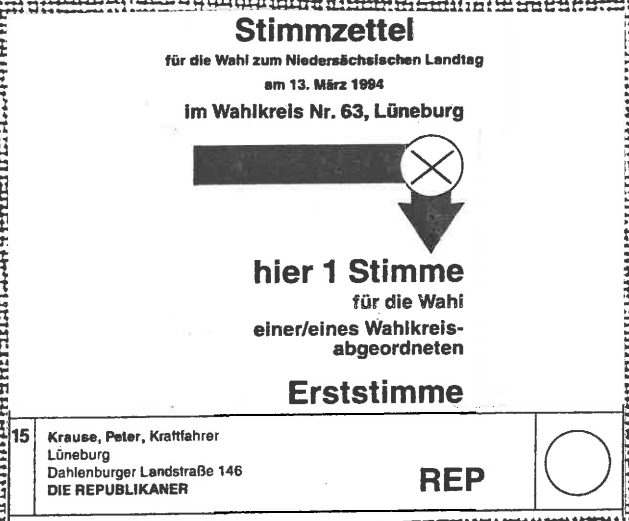
Liste 6
Ernst Kuhlmann
REP
WA 25.9.

Zur Person: Ernst Kuhlmann (Buchholz), Jahrgang 1933, gebürtiger Westfale, verheiratet, zwei Kinder, Pharma-Kaufmann. – Republikaner seit 1987, vorher keine politische Tätigkeit. Sorge um die Identität und Freiheit Deutschlands führte zu der Erkenntnis, daß eine Demokratie jeden Bürger zu politischer Verantwortung verpflichtet.

Nazi-Anwalt Jürgen Rieger (Hamburg) mit Freund und Verleger Uwe Berg (Toppenstedt/ Salzhausen) auf einer zentralen Nazi-Demo in Wunsiedel Antifa-Info-Blatt 27

Die Funktion der REPs als Wahlpartei aus der Sicht des militanten Neofaschismus:

" REPs sind also die Rechten, die man gerade mal so wählen kann. Nur: Wenn Sie sich einmal dazu verstanden haben, so eine Partei, die als nazistisch gilt... zu wählen, dann wählen Sie später auch weiter rechter stehende Parteien, weil einmal das Tabu gebrochen ist. Insofern haben die REPs durchaus auch eine vernünftige Funktion." (J. Rieger in: Das braune Netzwerk, ZDF v. 24.11.1993)



Stimmzettel

für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag

am 13. März 1994

im Wahlkreis Nr. 63, Lüneburg

hier 1 Stimme

für die Wahl

einer/eines Wahlkreis-abgeordneten

Erststimme

15 Krause, Peter, Kraftfahrer
Lüneburg
Dahlenburger Landstraße 146
DIE REPUBLIKANER

REP

CDU, der SPD und den Grünen, in einem der drei Wahlkreise, nämlich im Wahlreis 64 (Winsen) liegen die REPs mit Erst- und Zweitstimmen sogar deutlich vor der FDP, bilden also einen realen politischen Faktor nicht zuletzt dadurch, daß sie ihre Wahlstimmen im Vergleich zur Landtagswahl 1990 mehr als verdoppeln konnten, bei den Zweitstimmen von 2,2 % auf 5,1 %. Im Durchschnitt aller drei Wahlkreise (64, 65 und 66) lagen die REPs bei ca. 5 %, wobei sie in ihren kommunalpolitischen Schwerpunktgebieten und jenen Gegenden, in denen der Rassismus sich auch gewalttätig Bahn brach durch Überfälle auf Migrantenwohnungen u.a. und/oder auch eine militante Neonazi-Szene organisiert ist, deutlich mehr als 5 % der Wahlstimmen erreichen konnten, z.B. in den (Samt-) Gemeinden Hanstedt, Tostedt, Stelle, Neu-Wulmstorf, sowie im gesamten Wahlkreis (65) Seevetal.

Ein ähnliches Bild ergibt sich in den anderen benachbarten Landkreisen Uelzen und Lüchow- Dannenberg.
In Uelzen stiegen die Republikaner-Stimmen trotz der traditionell starken NPD- Konkurrenz von 1,9 auf 3,5 % an (die FDP erreichte 3,7 %), in Lüchow- Dannenberg steigerten sich die REPs von 2,4 auf 4,3 % und wurden somit gar vor der FDP (4,0 %) und der Statt- Partei (1,2 %) zur viertstärksten politischen Partei gewählt.

Was das Landtags-Wahlergebnis der REPs im Bereich Lüneburg angeht, so ist höchste Aufmerksamkeit angebracht. Und das aus mehreren Gründen:

1. Die Republikaner haben in Stadt und Landkreis Lüneburg eine Wählergruppe von knapp 3.000 wahlteilnehmenden Menschen für sich mobilisieren können.

2. Die REP konkurrieren deutlich mit der FDP und der STATT- Partei um den Status der vierten Partei (hinter SPD, CDU und Grünen): Liegt im Landesdurchschnitt die FDP mit 4,4 % noch vor den REPs (3,7 %) und der

STATT- Partei (1,3 %), so kehrt sich dieses Bild in Lüneburg um. Hier liegt die STATT- Partei mit 5,4 % (Lüneburg - Stadt) und 4,5 % (Lüneburg - Land) vor der FDP mit 4,6 % / 3,8 %, dicht gefolgt von den REPs mit 3,6 % / 3,7 %.

In einigen Gemeinden des Landkreises wurden die REPs allerdings stärker noch als die Statt- Partei gewählt (Samtgemeinde Amelinghausen, Stadt Bleckede, Gemeinde Amt Neuhaus) oder reichten knapp an die STATT-Partei heran (Samtgemeinde Ostheide, auch Samtgemeinde Scharnebeck). In einigen Gemeinden des Landkreises auch erzielten die REPs bessere Stimmenergebnisse als die FDP, nämlich in der Gemeinde Adendorf, in der Stadt Bleckede, in der Samtgemeinde Ostheide, oder reichten knapp an die FDP heran (Samtgemeinde Amelinghausen, Samtgemeinde Dahlenburg, Samtgemeinde Scharnebeck).
In der Sadt Bleckede gar wurden die REP als viertstärkste Partei gewählt.

3. Bei diesen 3.000 REP- Wähler/-innen handelt es sich nicht (wie es von einigen Wahlforschungsinstituten, besonders aber von bekannten Politikern/-innen mit durchsichtiger Absicht ausgelegt und in Lüneburg von Leserbrief- Vielschreiber Albert Alten mehrfach formuliert wurde) um sog. "Protestwähler/-innen", die lediglich eine Alternative zu den etablierten Partein suchten, um einen "diffusen" Protest auszudrücken, und dabei eben bei den REPs gelandet sind, denn mit der Kanidatur der Statt- Partei stand dieser Wähler/-innengruppen eine solche Protestpartei zur Verfügung.
Mit anderen Worten : Diese etwa 3.000 Wähler/-innen haben sich bewußt und vorsätzlich für Programm und Politik des populistischen Neofaschismus in Gestalt der REPs entschieden.

4. Diese knapp 3.000 Wähler/-innen entschieden sich für die Republikaner, obwohl diese Partei auf kommunaler Ebene im Wahlkampf nicht in Erscheinung getreten ist. Im Gegensatz etwa zum Nachbarkreis Harburg- Land,

LZ 23.4.92

Protestwählern Motiv entziehen

Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg

Die Landtagswahlergebnisse haben die großen Volkspar[illegible] enttäuscht und e[illegible] hoffen[illegible]

Die wenigsten REP-Wähler sind Rechtsradikale

Protest aus Enttäuschung

Betr.: Bürgerschaftswahl in Hamburg

Die Hamburger Landtagswahl hat auch für die anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen eines deutlich gezeigt: Die Wähler der Republikaner haben bei vergangenen Wahlen SPD oder CDU gewählt und wenden sich von diesen ab, weil sie sich mit konkreten Mißständen nicht mehr abfinden können.

Von der Mobilisierung diffuser Angst- und Protestgefühle durch die Republikaner kann keine Rede sein. Denn was ist daran „diffus", wenn Menschen sich gegen eine verfehlte Ausländerpolitik, gegen Versäumnisse in der Wohnungs- und Gesundheitspolitik wehren? Die Bindungs- und Orientierungslosigkeit der Republikaner-Wähler sollte von den etablierten Parteien, zu denen auch die Grünen mittlerweile gehören, ernst genommen werden. Ein formaler Widerstand gegen die Republikaner wäre falsch, immerhin sind sie durch ihre Wähler demokratisch legitimiert und die wenigsten REP-Wähler sind Rechtsradikale, sie sind einfach enttäuschte Protestwähler, die „denen da oben" einen Denkzettel verpassen wollen.

Albert Alten
Vögelser Kamp 8
Bardowick

LZ 29.4.92

Wa[illegible] temb[illegible] wurt[illegible] Schleswig-Holstein gutfindet: Die Wähler haben demokratisch entschieden, das soll und muß man akzeptieren. Ich sehe in den rechtsradikalen Wählern keine Nazis (von wenigen Dummen und Unverbesserlichen abgesehen), sondern Protestwähler. Sie sollten nachdenklich stimmen.

Die Grünen begannen vor zehn Jahren als Systemverände-

rer, sie wollten (oder wollen?) eine andere Republik, heute sind sie begehrte [illegible] nspartner. Die [illegible] ähler (sie [illegible] von CDU [illegible] egriffen, [illegible] regs ka- [illegible] fer for- [illegible] en Ge- [illegible] n den [illegible] n Zu- [illegible] issen [illegible] diese [illegible] lere [illegible] und [illegible] können. Wichtige [illegible]ere Probleme (Asylantenproblem, zunehmende Kriminalität z.B.) wurden weder gelöst noch angepackt. Auch in diesen Punkten müssen SPD und FDP umdenken. Verteufeln wir also nicht den Wähler, sondern handeln wir endlich dort, wo Handlungsbedarf besteht. Das entzieht den Protestwählern das Motiv.

Klaus Harries, MdB
Schillerstraße 35
2120 Lüneburg

DIE REPUBLIKANER

Parteiprogramm

Präambel

Unser Programm heißt Deutschland

Wir bekennen uns zu Deutschland. Das Vater[illegible] nicht »Bundesrepublik« und nic[illegible] land. Wi[illegible]

Deutsche Interessen haben Vorrang

Die Dinkelsbühler Erklärung der REPUBLIKANER zur Europawahl

[illegible] machen Politik überholt wie alle [illegible] Europa und wollen [illegible]

REPUBLI[illegible] Deutschla[illegible] Politik [illegible]tschland. [illegible] ideins laut [illegible]nschen [illegible] nser eigen[illegible] r."
Diese Über[illegible] tischen Ans[illegible] Europa aus[illegible] Grundgese[illegible] Deutschla[illegible]

Deshalb: REPUBLIKANER wählen!

Wir REPUBLIKANER können diese Politik nur verwirklichen, wenn wir den langen Marsch durch die Parlamente antreten, also auch im Europäischen Parlament in Straßburg vertreten sind und in ihm mitwirken.

Der Wähler am 18. Juni 1989 kann sicher sein, mit uns REPUBLIKANERN engagierte Verfechter deutscher Interessen dorthin zu delegieren, die nicht kriechen und zahlen, sondern die handeln nach ihrer Devise:

Deutschland zuerst!

Gegen Ausländer-Wahlrecht

Wir REPUBLIKANER wehren uns gegen den unter dem Begriff 'europäischer Freizügigkeit' drohenden weiteren Kriminellen-Import und den weiteren Zustrom von Ausländern aus EG-, EG-assoziierten oder anderen Staaten ins Bundesgebiet, was die sozialen Spannungen, die technischen Gegensätze und die finanziellen Belastungen für die Haushalte des Bundes, der Länder, Bezirke und Kommunen ins Unerträgliche steigern und unser Volk überfremden wird. Wir wollen nicht in eine »multikulturelle Gesellschaft« münden.

Wir REPUBLIKANER lehnen gleichermaßen das durch die EG initiierte Ausländer-Wahlrecht für kommunale Parlamente ab, wie es vom EG-Parlament in Straßburg gefordert wurde. Die »Einheitliche Europäische Akte« des italienischen kommunistischen Abgeordneten Altiero Spinelli ist verwerflich und unpraktikabel.

in dem die Republikaner nicht nur über einen aktiven Funktionärskörper verfügen, sind die REPs in Lüneburg öffentlich seit mehreren Jahren nicht präsent. Es ist also zwingend davon auszugehen, daß diese 3.000 Lüneburger REP- Wähler/-innen diese Partei nicht aufgrund kommunalpolitischer Aktivitäten gewählt haben, sondern aufgrund ihrer mindestens landesweiten, wahrscheinlich aber eher bundesweiten Darstellung.

5. Trotz des Wissens (oder auch gerade deshalb) über die neofaschistische Orientierung und Praxis der Republikaner und trotz der kommunalpolitischen Bedeutungslosigkeit dieser Partei wuchs der Stimmenanteil für die Republikaner bei den Landtagswahlen im Bereich von Stadt und Kreis Lüneburg von 1.104 Stimmen im Jahre 1990 auf 2.954 im Jahre 1994 und stieg somit auf über das zweieinhalbfache an. Zur " Entwarnung " (wie u.a. von der LZ in ihrer Berichterstattung v. 14.3.94 verlautbart) besteht angesichts dieser großen neofaschistisch orientierten Bevölkerungsgruppe Lüneburgs wahrlich kein Anlaß.

Obgleich die Wahlergebnisse zu den Wahlen der Europäischen Union am 12. Juni 1994 im Bereich Lüneburg- Stadt und Lüneburg- Kreis wegen der geringen Wahlbeteiligung von nur etwa 50 % keine eindeutigen Schlüsse und differenzierende Analysen zulassen, kann doch gesagt werden, daß die FDP noch deutlich das Rennen um den Status einer vierten Partei für sich entscheiden konnte. Die Republikaner landeten auf Platz 5. Allerdings war es jetzt nicht die Statt- Partei, die den sechsten Platz belegte, sondern der Bund freier Bürger (ein Kongromerat mit Zielsetzungen aus dem Bereich der FDP, der Statt- Partei und der Republikaner) wurde das mit 1.550 Stimmen. Bei diesem Stimmenergebnis ist allerdings zu berücksichtigen, daß durch das Angebot einer Vielzahl von kandidierenden Parteien (im Gegensatz zu den Kommunalwahlen) und vor al-

lem auch durch das Auftreten einer weiteren Anti- EU- Partei (Bund freier Bürger) sich auch die neofaschistischen Wähler/-innenstimmen aufsplitten konnten. Wenn weiter das desolate Bild der REPs in Rechnung gestellt wird, welches sich im Frühjahr 1994 zeigte und das öffentlich ausschließlich vom Streit der Führungsriege untereinander bestimmt war, so wiegt die große Anzahl der REP- Wähler/innen noch schwerer.

Von erheblicher Bedeutung für das Abschneiden der REPs bei diesen Wahlen war weiterhin das kurz vorher erfolgtes öffentliches Outen dieser Partei als gewalttätig und antisemitisch nun auch von offizieller Seite:

Als wenn nicht die Zusammenarbeit der "Salon- und Stiefelfaschisten", der REPs und der diversen militanten Neonazis bereits seit längerem bekannt wäre, wurden erst jetzt - zu diesem "geeigneten " Zeitpunkt - der Medienöffentlichkeit Vorgänge benannt, die bereits länger zurücklagen, und zwar durch den Leiter der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen, Dr. Achim Baumann im April 1994 im Rahmen eines Pressegesprächs:

Hierbei wurde eine Scheinhinrichtung benannt, bei der zwei Mitglieder der REPs in Mühlheim einen türkischen Staatsangehörigen zum Anschein hinrichteten, wobei dieser einen Herzinfarkt erlitt, an dem er verstorben ist. Es wurden weitere Straftaten benannt, zu denen Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, gegen das Waffengesetz (REP-Kreisverband Wuppertal), wegen gefährlicher Körperverletzung nach einer Messerstecherei mit ausländerfeindlichem Hintergrund durch Mitglieder des Kreisverbands Dortmund, wegen Nötigung und anderer Straftaten gehören.

Weiterhin wurde bekannt, daß u.a. mehrere führende Parteifunk-

Der Bund Freier Bürger mit Manfred Brunner sagt:

Das ist doch Wahnsinn!

Bonn zahlt in diesem Jahr 31 Milliarden Mark netto an die Europäische Union in Brüssel. Für über 16.000 höchstbezahlte Bürokraten. Für Subventionen an andere Länder.

Das ist doch Wahnsinn!

Ein Zehntel dieser Summe würde reichen, um unsere Bundeswehr vor dem Verschrotten zu bewahren. Standorte wie in Lüneburg wären zu retten.

Aber Brüssel befiehlt, und Bonn gehorcht und zahlt. Unsere Bauern mußten rund eine Million Schweine abschlachten, weil Brüssel es befahl und keine Impfung erlaubt.

Das ist doch Wahnsinn!

Aber das Machtkartell der Bonner Altparteien läßt das zu. Brüssel bestimmt über unsere Finanzhilfen für Werften, für Kraftwerke, für Kohle und Stahl. Europa ja, aber nicht so! Schluß mit dem Faß ohne Boden!

Die Europa-Illusionisten in Bonn wollen gleichzeitig die Wiedervereinigung und Europa bezahlen. Darum werden nach der Wahl im Oktober die Steuern weiter erhöht.

Das ist doch Wahnsinn!

Bürger, stoppt die Auslieferung Deutschlands. Wir sind nicht der Zahlmeister Europas. Wir müssen auch an uns denken.
Darum am Sonntag Liste 13. Wählt den Bund Freier Bürger.!

V. i. S. d. P.
Peter M. Ranke

LZ 11.6.94

Auszüge aus einem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 13. Januar 1994 (Rechtsstreit REP- NRW gegen Land- NRW), zit. nach: Verfassungsschutzbericht 1993 Nds. :

In dem Propagandamaterial der Partei „DIE REPUBLIKANER" nimmt der Aufenthalt von Ausländern – insbesondere von Asylbewerbern – in der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Bedeutung ein. Die Stellungnahmen des Antragstellers zu diesem Thema sind gekennzeichnet durch pauschale Diffamierungen und Hetzparolen, die die Ausländer als unterwertig, Sozialbetrüger, Nichtsteuer und Kriminelle behandeln. Beispiele hierfür sind

- *das vom Ortsverband Plettenberg als Flugblatt verbreitete „Neue Deutschland-Lied von heute" mit folgendem Text:*

  „Deitschland, Deitschland iber alles, iber alles in der Welt.
  Polen, Türken, Libanesen, alles lebt von unserem Geld!
  Dann die Perser, Jugoslawen, auch die Schwarzen noch dazu.
  Deitschland, Deitschland iber alles, denn Du bis die beste Kuh.
  Nix verstehen, weil ich Türke, aber Kasse immer stimmt.
  Deitschland, Deitschland iber alles, zahlt serr gutt für jedes Kind.
  Wozu soll ich hier noch schaffen, das erledigt doch mein Glied.
  Deitschland, Deitschland iber alles, ach, wie schön ist dieses Lied.
  Ja, die Roten und die Grünen machen es uns wirklich leicht.
  Was die REPs verwehrten, haben wir jetzt schnell erreicht.
  Wenn wir erst zur Urne schreiten mit dem Zettel in der Hand.
  Deitschland, Deitschland iber alles, bald gehört uns dieses Land."

der vom Kreisverband Mark – nach Darstellung des Antragstellers nicht als Flugblatt veröffentlichte, sondern von dem Kreisvorsitzenden, der nach Presseberichten mittlerweile in den Landesvorstand des Antragstellers gewählt worden ist – als Leserbrief verfaßte Text mit dem Teil „Asylyrik":

„Herr Asylbetrüger, nach wie geht's?
Oh, ganz gut: Bring' Deutschen Aids.
Komm' direkt aus Übersee
hab Rauschgift mit, so weiß wie Schnee; ..."

das vom Kreisverband Herford verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:

„Wollt Ihr daß Eure Kinder rauschgiftsüchtig werden?
Wollt Ihr daß Eure Frauen vergewaltigt werden?
Wollt Ihr daß Ihr abends nicht mehr über die Straße gehen könnt?
Wollt Ihr zusammengeschlagen und Opfer eines brutalen Überfalls werden?
Ist das die Wohnqualität für die Ihr Eure Mieten zahlt? ...
Keine Scheinasylanten in unseren Wohngebieten ...";

das vom Kreisverband Mark verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:

„... Zigeunermassen, die sich heutzutage durch Deutschland wälzen ... Die Verfolgung, die sie in ihren Heimatländern in der Tat nicht selten erlitten, hat aber in vielen Fällen keinerlei politische Hintergründe, sondern stellt sich bei näherem Betrachten als die Ahndung krimineller Handlungen heraus ... Erleichtert wird Zigeunern ihr kriminelles Handwerk dadurch, daß in vielen Zeitungen nicht klipp und klar vor ihnen gewarnt wird und sie nicht als das bezeichnet werden, was sie nun einmal sind: Zigeuner! ...

das vom Kreisverband Oberberg verfaßte Flugblatt mit folgendem Text:

„Kindergartenplätze
Das Thema ist so alt, wie unsere Großeltern. Die Kindergarten-Laus (Mehmet-Anoplura) hält die Plätze besetzt. Woher diese Laus kommt? Dumme Frage. Sie sucht Asyl! Woran erkennt man Kindergarten-Läuse?! Sie haben eine Vorliebe für Knoblauch."

das ebenfalls vom Ortsverband Plettenberg verbreitete Flugblatt mit folgendem Inhalt:

„... Noch mehr Ausländer in unser Land – bedeutet gleichzeitig noch mehr Kriminalität! Mehr Verbrechen! Mehr Rauschgift! Mehr Mord! Mehr Erpressung! Mehr Diebstahl! ... Wir REPUBLIKANER haben für Russen und Polen ein Rezept: Bleibt hier weg! Ihr habt in Deutschland nichts zu suchen!

tionäre des Bezirks Mittelrhein an einem Brandanschlag im rheinischen Bergheim- Zieverich auf ein Flüchtlingsheim am 6. Oktober 1991 beteiligt waren. Von ihnen wurde der Brandanschlag geplant und durchgeführt. Hierüber waren führende Funktionäre der REPs informiert, aber anstatt zur zuständigen Polizeidienststelle zu schreiten und dieses Verbrechen zur Anzeige zu bringen, haben sie parteiintern versucht, diesen Fall zu unterdrücken. Ein REP- Parteimitglied soll zudem die Täter auf der Flucht vor der Polizei bei sich versteckt haben. Es wurde nun im April 1994 bekannt, daß in der REP- Organisation hinter verschlossenen Türen " über mögliche Urheberschaft, Mittäterschaft oder Verhinderung der Aufklärung von Straftaten diskutiert " wurde, daß REP- NRW-Landesvorsitzender U. Goller - hauptberuflich als Oberfeldwebel bei der Bundeswehr für die Verteidigung der Demokratie tätig - versucht habe, diesen Vorgang zu vertuschen, daß der Vorsitzende der Bundesschiedskommission, J. Mühlberger - im Hauptberuf Richter am Landgericht München - von dem Fall erfahren habe, ohne die Polizei zu informieren und daß schließlich Schönhuber selbst über diese Verbrechen seiner Parteifreunde informiert war, ohne etwas zu unternehmen.

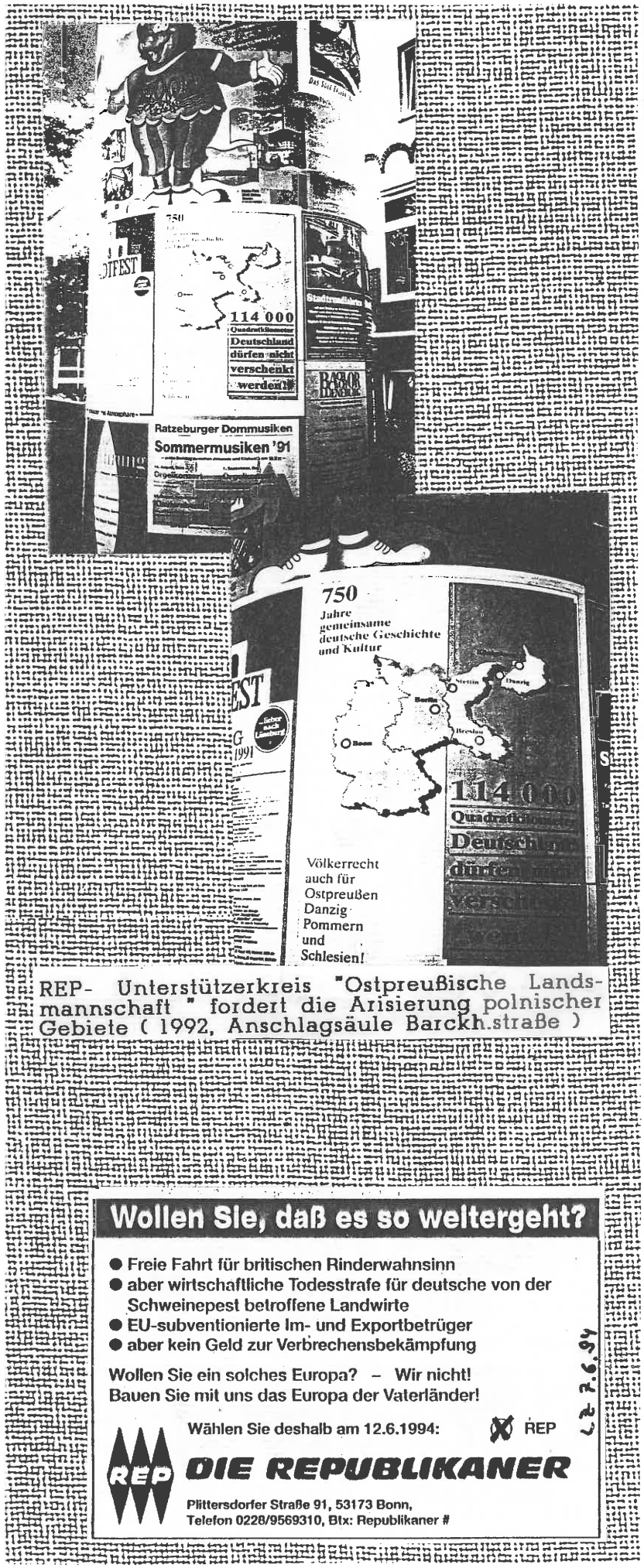
Dieser Sachverhalt wurde öffentlich sehr breit dargestellt - Fernsehen und Zeitungen berichteten darüber mehrere Tage lang - und blieb natürlich für die Partei der Republikaner ebenso konsequenzenlos wie die öffentliche Äußerung Schönhubers, der Ignatz Bubis als " einen der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands " betitelte - und dies natürlich mit Blick nicht auf einen Herrn Irgendwer, sondern auf Bubis als Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland. Über diese antisemitische Äußerung des REP- Vorsitzenden wurde anschließend in den Medien wochenlang entrüstet diskutiert, als wäre der Antisemitismus in Deutschland und speziell diese Grundhaltung im Rahmen und Dunstkreis der Republikaner etwas furchtbar Neues. Natürlich fanden sich sofort deut-

sche Staatsanwälte - nämlich die zuständigen aus Landshut -, die auf eine Anklageerhebung gegen Schönhuber verzichteten, weil sie in seiner Äußerung ebensowenig den Tatbestand der Volksverhetzung erkennen konnten wie jene Richter des Bundesgerichtshofs, die auch in der Leugnung des millionenfachen Mordes der deutschen Faschisten an den Juden keine Volksverhetzung sehen. Eine Rechtsprechung im übrigen, die auf Strafrechtsbestimmungen fußt, welche die Konservativen im Bundestag bis noch vor wenige Monate mit aller Macht verteidigten (und erst "im Tausch" mit der Strafbarkeit der Leugnung von Flucht und Vertreibung aus dem Osten änderten).
Auf dem Hintergrund dieser öffentlichen Brandmarkung der Partei der Republikaner als gewalttätig und antisemitisch muß konstatiert werden, daß im Bereich der Stadt und des Landkreises Lüneburg (wegen der geringen Wahlbeteiligung: mindestens) trotzdem oder gerade deshalb 2.210 Menschen dieser neofaschistischen Partei ihre Stimme mit eindeutigem Auftrag gaben.

4 Monate später, bei den Wahlen zum Bundestag am 16. Oktober 1994, änderte sich dieses Bild kaum: Die Lüneburger REPs, die nun nicht nur keinen Wahlkampf machten, sich auch mit Werbeanzeigen zurückhielten und quasi ihre Existenz am Ort fast gänzlich leugneten, erreichten im Wahlkreis 31 (Lüneburg/ Lüchow- Dannenberg) mit 1.826 Erst- und 1.733 Zweitstimmen (1,44/1,36 %) zwar einen leichten Rückgang im Vergleich zu den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen des gleichen Jahres, allerdings eine Vergrößerung ihrer Wähler-/innengruppe im Vergleich zur Bundestagswahl von 1990.

Selbst bei dieser Wahl, deren Voraussetzungen für die REPs nicht ungünstiger hätten sein können, erreichten die Republikaner in einer ganzen Reihe von Wahllokalen eine deutlichere Zustimmungsquote als die FDP, etwa in

1993: Ein Besucher einer "Republikaner"-Veranstaltung in Wunstorf/Niedersachsen



REP- Unterstützerkreis "Ostpreußische Landsmannschaft " fordert die Arisierung polnischer Gebiete (1992, Anschlagsäule Barckh.straße)

Lüneburg im Wahlbezirk 206 (Sonderkindergarten Breite Wiese), 210 (Fa. Lucia, Pulverweg) und 411 (Kaltenmoor Schulzentrum), im Landkreis in Alt Garge (Wahlbezirk 009) , Brackede (015), Amelinghausen (Drögenindorf, 509), Ostheide (Neetze II, 635), Dahlenburg (Ventschau, 583), Ilmenau (Melbeck I, 626), Scharnebeck (Artlenburg, 661). In einer ganzen Reihe von Wahlbezirken konnten die REPs die Wähleranzahl der FDP erreichen, in der Stadt im Bereich 313 (Gaststätte "Zum Sonneneck"), im Landkreis in 6 weiteren Wahlbezirken, die allerdings wegen der geringen absoluten Stimmenzahl kaum Bedeutung haben.

Bei der Beantwortung der Frage, woher denn diese mehrere tausend Personen umfassende REP- Wähler/-innengruppe in Lüneburg kommt, welches ihre Interessen sind, welche Themen/Ideologien/Aktionen diesen Interessen Richtung und Form geben und wie diese parteipolitisch gebündelt werden, stellt man sehr schnell fest, daß es weder nötig ist, am Ort mit einer funktionierenden eigenen Parteiorganisation aufzuwarten, noch als Partei die Diskussion zu beeinflussen, um dennoch an dieses Wähler/-innenpotential zu gelangen. Der traditionelle grundsätzliche Konsensus zwischen dem Rechtskonservatismus als geistig-politische Grundstimmung und dem Neofaschismus in einer ganzen Reihe von Fragen und zwar nicht nur im Bereich der Parteipolitik von CDU/CSU und REPs etwa, sondern darüber hinaus im Bereichen des staatlichen Handelns, der Justiz, des Alltagslebens, führt nicht nur - zumal in Krisenzeiten - zu einem regelmäßigen Erstarken neofaschistischer Tendenzen in der Regierungspolitik (Beispiele : Asylpolitik, innere Sicherheit), sondern auch zum Erstarken der neofaschistischen Parteien selbst, jedenfalls dann, wenn es der konservativen Regierungspolitik nicht gelingt, diese Teile an sich zu binden, was aufgrund von außenpolitisch notwendigen Rücksichtnahmen (Großdeutschlandpolitik,

EU- Politik) immer mal wieder der Fall ist.

Insofern bedarf es keiner aktiven populistischen neofaschistischen Partei am Ort - die lokale Tagesdiskussion der Rechtskonservativen treibt den REPs die Wähler zu, jedenfalls solange, wie ein lediglich taktisches Verhältnis der Konservativen zu den REPs vorherrscht.

Dieses nicht grundsätzliche, sondern von taktischen Erwägungen bestimmte Verhältnis wird nicht nur deutlich in bekannten Fällen wie etwa der Behandlung der REPs durch den Verfassungsschutz der CDU/CSU-regierten Länder, indenen sich die Konservativen beharrlich weigern, die REPs überhaupt mit " nachrichtendienstlichen Mitteln " beobachten zu lassen, während andererseits die CSU vor den EU- Wahlen im ersten Halbjahr 1994 die REPs gar verbieten lassen wollte und zwar zu einem Zeitpunkt, als abzusehen war, daß möglicherweise der CSU durch die REPs die notwendigen Stimmen zum Überschreiten der 5%-Grenze fehlen würden. Eine dritte Linie fand Bundesinnenminister Kanther im jüngsten Verfassungsschutzbericht 1993 durch die scharfzüngige Unterscheidung von " rechtsradikal " und " rechtsextremistisch " , die dafür sorgte, daß die REPs mit ihren immerhin ca. 23.000 Mitgliedern in diesem Jahresbericht nicht unter den als "rechtsextrem " eingestuften Organisationen auftauchen mußte, was im übrigen ebenso Teil des in diesem Verfassungsschutzberichts " geschönten " Bildes über Deutschlands neofaschistische Szene beiträgt wie die Tatsache, daß z.B. Brandanschläge gegen bewohnte Unterkünfte von Asylsuchenden und Immigranten/-innen nicht als Tötungsdelikte eingestuft sind, 2. die gesamte " Neue Rechte " nicht zur Kenntnis genommen wird und 3. zwar bei der Darstellung des "Linksextremismus" eine ganze Reihe von antifaschistischen Organisationen unter der Kategorie der " beeinflußten Organisationen " aufgelistet sind, eine solche Auflistung aber bei der Darstellung des Rechtsextremismus tunlichst unter-

" Allgemeine Jüdische Wochenzeitung " (Nov. 94)

zu den Ergebnissen des "Superwahljahres" 1994, den Positionen der " Mitte " und dem Fehlschluß, " der Rechtsextremismus spiele hierzulande keine Rolle mehr ":

„Es existiert in Deutschland weiterhin ein rechtsradikales Wählerpotential von konstanten 15 Prozent. Daß dieses Potential diesmal nicht zu Buche geschlagen hat, liegt daran, daß ihm zur Zeit der Kristallisationspunkt fehlt. Ein Teil der rechtsextremen Wähler ist deshalb am Sonntag zu Hause geblieben. Ein anderer Teil hat für etablierte Parteien gestimmt, nicht zuletzt deshalb, weil diese Wähler ihr Anliegen bei den Großen gut aufgehoben sehen. Denn - Schönhuber selbst hat es immer wieder beredt beklagt - die großen politischen Formationen haben in den letzten Jahren seine Themen aufgegriffen. Insbesondere Teile der Union verwenden bis in die Diktion hinein Vorgaben der Reps, vor allem in Sachen ‚Ausländerproblem' und Kriminalitätsbekämpfung. Friedbert Pflüger, selbst CDU-Abgeordneter, hat darauf hingewiesen, daß am rechten Rand seiner eigenen Partei die Trennungslinie zur extremen Rechten stellenweise unscharf ist. Aber auch die SPD hat versucht, sich populistisch an rechte Stimmungen anzuhängen. Etwa im Europawahlkampf, wo sie mit Plakaten warb, die dunkle ausländische Mächte á la Mafia zum Thema hatten - ein klassisches Topos rechten Ängsteschürens.

Zweitens: Es ist immer nur ein Teil der extremen Rechten gewesen, der auf wahlpolitische Strategien gesetzt hat. Die klügeren Köpfe innerhalb des rechtsextremen Spektrums verfolgen eine andere Linie: Sie haben die Bildungseinrichtungen, die Publizistik und die Medien ins Vi-

Zweitens: Es ist immer nur ein Teil der extremen Rechten gewesen, der auf wahlpolitische Strategien gesetzt hat. Die klügeren Köpfe innerhalb des rechtsextremen Spektrums verfolgen eine andere Linie: Sie haben die Bildungseinrichtungen, die Publizistik und die Medien ins Visier genommen - und zwar mit augenscheinlichem Erfolg. In Universitäten, Verlagen und Redaktionen hält die ‚Neue Rechte' mittlerweise Positionen. Nichts zeigt das deutlicher als die Tatsache, daß ein Ernst Nolte in FAZ und ‚Spiegel' Nazi-Apologetik verbreiten kann, wie sie vor ein paar Jahren nur am rechten Narrensaum der Republik Gehör fand.

Drittens: Die gewaltbereite rechte Szene mag in letzter Zeit weniger Aufsehen von sich gemacht haben - weniger gefährlich ist sie nicht geworden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in den ersten Monaten dieses Jahres 38 antisemitische Gewalttaten in Deutschland registriert. Das Bundeskriminalamt veröffentlichte Anfang Oktober einen Bericht, wonach allein im August 1994 insgesamt 169 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund registriert wurden. Daß das ein Rückgang gegenüber den Vergleichszeitraum vor einem Jahr ist, ist ein geringer Trost, zumal dieser Rückgang auch damit zu tun hat, daß die gewaltbereite rechte Szene nicht mehr wie früher spontaneistisch Randale macht, sondern inzwischen zielgerichteter arbeitet: Statt sich in kleinen Aktionen zu verzetteln, setzen die Neonazis auf organisierte, und damit gefährlichere Strategien."

Abschließend heißt es in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung": „Wer also meint, mit dem 16. Oktober sei das Thema radikale Rechte endgültig abgehakt, macht sich und anderen etwas vor. Der Bundesverband jüdischer Studenten hatte vor den Wahlen ein Plakat verbreitet, auf dem zu lesen war: ‚Haben die Lichterketten Sie beruhigt? Uns nicht!' Für das Ergebnis der Bundestagswahl gilt sinngemäß dasselbe."

schlagen wird, um nicht die diversen Vorfeld- und Bündnisorganisationen von den Revanchisten- über die Militaristenverbände bis zu den rechten Studentenvereinigungen nennen zu müssen - und damit Teile der konservativen Partei selbst.

Die vielfältigen Kontakte und die Zusammenarbeit von Konservativen und REPs auf der Ebene der Kommunen und der Landesparlamente und gar auf der Ebene der Parteiführungen - wie die Enthüllungen über ein geheimgehaltenes " Arbeitstreffen " des früheren Ministerpräsidenten und zu jenem Zeitpunkt Vorsitzenden des einflußreichen CSU- Bezirksverbandes Oberbayern, Max Streibl, mit dem REP- Chef Franz Schönhuber in seinem Privathaus in Wildsteig zeigen - deuten auf ein breites Feld von Gemeinsamkeiten hin, die CDU- Bundesvorständler Dregger, der sich bekanntlich damit rühmt, noch im Mai 1945 den deutschen Faschismus verteidigt zu haben, in die Worte faßt :" Von Rechtsextremismus könne keine Rede sein, denn die Republikaner hätten teilweise die gleichen programmatischen Aussagen wie die CDU/CSU. Es wäre ja selbstmörderisch, wenn wir einfach Teile unseres eigenen Programms deshalb nicht mehr vertreten würden."

Der seinerzeitige CDU- Landesvorsitzende W. Hasselmann(" Ich mache den rechten Flügel stark! ") bescheinigte den REPs zudem, sie ständen " eher auf dem Boden des Grundgesetzes als die Grünen " und weigerte sich noch vor einiger Zeit beharrlich - und mit ihm seine gesamte Landespartei auf dem Parteitag 1989 in Cuxhaven - vor den Landtagswahlen eine Koalitionsaussage gegen die REPs zu formulieren, denn - so das Kalkül der Konservativen - möglicherweise würden die REPs in den Landtag gewählt und als Koalitionäre und/oder Unterstützer einer CDU- Minderheitsregierung benötigt.

Dies alles wohlgemerkt in einer Phase, als die REPs mit ihren ursprünglichen, noch nicht durch einige prominente Staatsrechtslehrer gereinigten Programmvorstellungen auftraten und als

in Niedersachsen an der Spitze des REP- Landesvorstands mit Norbert Margraf ein bekannter NPD- Mann fungierte (heute ist er Funktionär der "Deutschen Partei").

In das gleiche Horn stieß auch der Lüneburger Bundestagsabgeordnete Harries.
Zwar noch als Frage formuliert, aber als alternative Handlunsmöglichkeit offenstehend, wird hier auch ein öffentliches Zusammengen von Konservativen und Neofaschisten angedient.

Dieses machtpolitische Verhalten der Konservativen nach taktischem Kalkül ist ebenso wie die Bandbreite der politischen Übereinstimmungen mit den REPs am Überläufertum von der CDU zu den REPs abzulesen

Dem CDU- MdL Vajen etwa, dem vielfältige Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen 1986 rechtskräftig nachgewiesen und der zudem in diesem Zusammenhang wegen der Abgabe von falschen eidesstattlichen Erklärungen verurteilt wurde, versicherte noch im April 1989 der CDU- Landesvorsitzende W. Hasselmann:" Mein Freund Vajen bleibt mein Mitglied.", obwohl darüber hinaus außerdem bekannt war, daß Vajen und REP- Landesvorsitzender Margraf bereits ein Gespräch über einen Parteienwechsel Vajens geführt hatten. Selbst nachdem enthüllt wurde, daß sich Vajen und Schönhuber im August 1989 treffen würden und als anschließend eine Schönhuber-Vajen- Erklärung veröffentlicht wurde, in der es heißt " K. Vajen bestätigte, daß er weitgehend die politischen Zielvorstellungen der Republikaner bejaht und die Partei für koalitionsfähig halte ", war dies kein Anlaß für die Konservativen, einzuschreiten, weil Vajen, so CDU- Generalsekretär H. Fischer, erklärt habe, in der CDU zu bleiben.
Hintergrund: Die damals CDU-geführte Landesregierung hätte ohne ihren Landtagsabgeordneten Vajen ihre hauchdünne Regierungsmehheit eingebüßt und Neuwahlen ausschreiben müssen.
Die Motivation der Konservativen

Liebe Lüneburgerinnen und Lüneburger
in Stadt und Land!

Ich könnte abends auch zu Hause bleiben, um zu warten, bis die Sonne für die CDU wieder scheint; das mache ich nicht. Ich fühle mich keineswegs als Schönwetterabgeordneter. Auch in einer für die CDU schwierigen Zeit stelle ich mich öffentlich Ihren Fragen.

BONNER POLITIK am ENDE?
WARUM KOMMEN DIE REFORMEN NICHT AN?
SOLLEN WIR MIT DEN REPUBLIKANERN KOALIEREN?

Zu einem
öffentlichen Ausspracheabend
am Mittwoch, dem 12. April 1989, 20 Uhr,
im Vortragssaal der Städtischen Musikschule
der Stadt Lüneburg, An der Münze,
lade ich Sie hiermit herzlich ein.

Ihr
Klaus Harries
Bundestagsabgeordneter der CDU

LP 6.4.89

HNP 3.7.89

Albrecht: Mit Rechtsradikalen ist punktuelle Zusammenarbeit möglich

Ministerpräsident ... und Rep weder Koalitionen noch eine Zusammenarbeit in anderer Form geben. Als „nicht klar genug ... wertete Albrecht die CDU-Landeschef ... reagierte darauf mit dem Vorwurf, die niedersächsische CDU ebne den Rechtsextremisten den Weg zu den Machthebeln, um selbst machtfähig zu bleiben. Eine Zustimmung zur Zusammenarbeit von CDU und ...extremisten in der Kommu... öffentliche Mei...

HNP 4.7.89

Proteste gegen Hasselmann
REP unter Betrugsverdacht

HANNOVER. Während gegen führende Politiker der Republikaner (REP) die Staatsanwaltschaft ermittelt, stoßen die Äußerungen des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Wilfried Hasselmann, der ein Zusammengehen der CDU mit den Rechtsradikalen nicht ausgeschlossen hat, auf heftige Kritik.
Nach der niedersächsi... Vorwurf erhob ...

Rand" zu tolerieren, „Befremdet und empört" kritisierte der niedersächsische Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden, Mi... Fürst, Hasselmanns Äußer... Landesvorsitzen... und ...

hat Albrecht allerdings Koalitionen auf Bundesebene abgelehnt. ... ermitteln die Anklagebehörden und Berlin gegen die REP. ... Betrugsverdacht sind von der ...chaft in München gegen den ...enden der REP, Franz Schön... ...ungen eingeleitet worden. In ...die Justiz wegen Betrugs und ...den dortigen Landesvorsit... ...rd Andres. Während die ...aft in Berlin „von Amts we... ..., war es in München eine ... das Verfahren ins Rollen ... Fällen geht es um das Fi... ...etroffenen im Zusammen... ...s der Wahlkampfkosten...

FR 15.2.80

Schönhuber bläst zum Angriff

Vorwürfe der „Republikaner" gegen Galinski und Weizsäcker

wtr ROSENHEIM, 14. Januar. Die „Republikaner" wollen ... noch mal An...

sein Treffen mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow stabilisiert. Richard von Weizsäcker warf er „Anbiederung an den Zeitgeist" vor. Anstatt den Deutschen ... Weltmeinung ... zu interpretie... besinnen.

Schwarzer Peter bei der CDU

Vajen nach Etat-Billigung für „Republikaner" freigegeben?

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

FR 28.11.89

HANNOVER, 27. November. Der niedersächsische SPD-Vorsitzende Johann Bruns hat den in Hannover regierenden Christ- und Freidemokraten vorgeworfen, Jürgen Trittin, kommentierte die erstmalige Präsenz eines „Republikaners" im Landtag mit dem Verdacht, es sei „exakt kalkuliert", daß Vajen nun wenige Tage

Ex- CDU- MdL und REP-Parteigänger Kurt Vajen

O-Ton Republikaner

»Wir sind so, wie Churchill einmal gesagt hat: 'Entweder die Deutschen sitzen einem dauernd an der Gurgel oder sie lecken die Stiefelsohlen.' Derzeit sind wird beim Stiefelsohlenlecken. Aber die Republikaner wollen das nicht mehr.« (Schönhuber)

»Mit Autonomen diskutiert man nicht, die sperrt man ein« (Schönhuber)

»Wir wollen, daß Deutschland deutsch bleibt. Dazu gehören auch das Sudetenland, Ostpreußen und Westpreußen.« (Schönhuber)

»Erhalt des Bauzaunes der WAA Wackersdorf? »... denn der ist stabil und da hinein sollte man diesen Abschaum treiben für mindestens zehn Jahre; denen Pickel und Schaufel in die Hand drücken und den Zaun von außen gut bewachen.« (Franz Glasauer, REP-Bezirksvorsitzender, Oberbayern)

»Wenn ein paar von diesem Gesindel (hungerstreikende Gefangene) verrecken, dann ist es doch nicht schade darum. Dann sind endlich wieder ein paar Zellen frei für dieses erbärmliche Mischpoke (Demonstranten) da draußen auf der Straße.« (Glasauer)

Zur KZ-Gedenkstätte Dachau: »Ein würdiges Denkmal mit der KZ-Gedenkkirche müßte nach einem halben Jahrhundert aureichend sein.« Eine Jugendbegnungsstätte »würde einer weiteren Diskriminierung des deutschen Volkes dienen«. (Gernot Jellinek, REP-Kreisvorsitzender)

»Die Spenden an arme Negerlein werden doch von den Häuptlingen an der Cote d' Azur verfressen, versoffen und verhurt.« (Schönhuber)

Ex-CDU-MdL und REP-Parteitagsgänger Franz Röhrs

brachten Schönhuber und Vajen in der bereits genannten Erklärung auf den Punkt: " Beide Politiker waren sich in der Auffassung einig, daß alles zu vermeiden sei, was in Niedersachsen zu einer rot-grünen Koalition führen könne." (Was alles " zur Abwehr der roten Gefahr " im Jahre 1933 von den Rechtskonservativen unternommen wurde, steht in den Geschichtsbüchern.)
Bekanntermaßer konnte dies trotz der gemeinsamen Anstrengung von CDU und REPs ein Jahr später nicht vermieden werden - allerdings aus Gründen des Landtagswahlergebnisses.

Der Fall Vajen wurde im übrigen - nach seinem schließlichen Übertritt zu den REPs zu einem Zeitpunkt, als er für die CDU machttaktisch nicht mehr relevant war - von den Konservativen wie von der Presse lediglich unter strafrechtlichen Gesichtpunkten bewertet und zwar nicht etwa im Rückgriff auf seine Wahlfälschung für die CDU, sondern wegen eines Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung. Die Frage nach der politischen Moral der Konservativen wurde ebensowenig gestellt wie die grundsätzliche nach den Schnittlinien und Gemeinsamkeiten von konservativer und neofaschistischer Politik.

Nicht anders erging es einem anderen prominenten CDU- Mann: Franz Röhrs aus dem benachbarten Landkreis Harburg, immerhin nicht nur Landtagsabgeordenter, sondern auch stellvertretender Landrat und Samtgemeindebürgermeister in Hanstedt, trat am 1.11.1993 aus der CDU aus, nachdem er am Wochenende zuvor auf dem Bundesparteitag der REPs in Rastatt - gemeinsam mit seinem CDU-Parteifreund und MdB Krause - von Schönhuber als Gast begrüßt wurde. Und schon war die LZ , die ansonsten in der Vergangenheit nicht müde wurde, erhobene Vorwürfe gegen Röhrs als unbegründet darzustellen, am 2.11.1993 mit einigen Hintergrundinformationen zur Stelle:" Die Staatsanwaltschaft hat zweimal Ermittlungen wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug und unzulässiger Tiertransporte eingeleitet..."

Das taktische Strickmuster ist in beiden Fällen das gleiche: Die CDU legitimiert solange eine Rechtsaußenpolitik, wie sie sich in den eigenen Reihen ausdrückt. Die Plakatierung dergleichen Position unter einem anderen Firmenschild hat keine inhaltliche Distanzierung zur Folge (geht ja auch nicht), sondern wird durch einen Kriminalisierungsvorwurf abgedeckelt.

Durch die Produktion und Legitimation einer Rechtsaußenpolitik schafft die CDU zugleich ein Ideologiefeld und eine politische Basis, welche/s - zumal in Krisenzeiten - unter bestimmten Bedingungen einer Radikalisierung eine Wähler/-innenbasis für eine neofaschistische Partei wie die REPs regelrecht produziert. Schnittstellen und Gemeinsamkeiten deutsch-nationaler und neofaschistischer Politik sind breit gefächert und reichen von der Groß-Deutschland-Politik bis zum völkischen Nationalismus, vom Rassismus über den Militarismus bis zum Geschichtsrevisionismus.

Einige Beispiele sollen ausreichen, diese Politik zu illustrieren:

Die von Anfang an verbrecherischen Taten der faschistischen deutschen Wehrmacht werden abgestritten oder nivelliert oder relativiert ebenso - in verschiedenen Varianten - wie die Kriegsschuld Deutschlands. Gezeichnet wird das Bild eines "sauber kämpfenden deutschen Soldaten", der den Befehlen gehorchen mußte, doch dabei anständig blieb, Kameradschaft entwickelte, etc.pp..
Dieser positiven Besetzung der faschistischen Täterschaft, die zumeist noch durch ein entsprechendes Bild des damaligen Deutschlands angereichert wird, entspricht notwendigerweise eine Ablehnung all jener Menschen, die diesem Deutschland ab 1933 Widerstand leisteten. Dies zeigt sowohl die Diskussion um die Rolle der sog. Fahnenflüchtlinge wie etwa die langwierigen Auseinandersetzungen im Rat der Stadt über die Errichtung eines antifaschistischen Mahn- und Gedenkmals. Zwar wurden bereits in den fünfziger Jahren die bekannten und

LZ 28.9.89

Deserteure

... gibt es zahlreiche Initiativen, „Denkmäler für den unbekannten Deserteur" aufzustellen. Die LZ berichtete jetzt über entsprechende Bestrebungen der „Grünen" für Bonn.

Man kann — so meine ich — nur abweisend den Kopf schütteln über diese Absichten. Wie wollen wir eigentlich vor den Spldaten der Bundeswehr, die gelobt haben, sich für die Freiheit unseres Landes einzusetzen, derartige „Denkmäler" rechtfertigen?

Sicher hat es auch Deserteure gegeben, die durch ihren Schritt Widerstand gegen die Nazis im letzten Weltkrieg leisten wollten. Unseren Widerstandskämpfern wird in der Bundesrepublik ehrend gedacht. Ein weiteres, besonderes Denkmal für Deserteure brauchen wir nicht. Es wäre abwegig.

Ich selbst bin davon überzeugt, daß sich die meisten Deserteure aus persönlichen Gründen aus der Gemeinschaft der Soldaten „abgesetzt" haben. Diese Entscheidung konnte und kann nicht Vorbild und Maßstab für andere sein oder werden. Ein allgemeines öffentliches und zustimmendes Gedenken darf es nicht geben.

Klaus Harries,
CDU-Bundestagsabgeordneter,
Schillerstraße 35,
Lüneburg

... ist die am Volkstrauertag auf dem Lüneburger Zentralfriedhof gehaltene Gedenkrede meines Erachtens ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Ich hatte das Gefühl, auf der falschen Veranstaltung zu sein. Den gefallenen deutschen Soldaten nur kurz, in Nebensätzen und mit Scham zu gedenken, war für mich enttäuschend.

Wir Deutschen tragen aus der Vergangenheit eine große Verantwortung, vielleicht auch eine größere als andere Länder, aber Schuld immer wieder einzuimpfen, kann nicht richtig sein. Unseren gefallenen Soldaten schulden wir Dank und Respekt, wir brauchen uns ihrer nicht zu schämen.

Gräber erhalten Sinn, wenn sie mahnen und versöhnen.

Klaus Harries,
Schillerstraße 35,
Lüneburg

LZ 28.11.91

Kriegerdenkmal des Lüneburger Kampfgeschwaders 26 der Nazi-Wehrmacht in der Lindenstraße

Heute auf Seite 3: Ostpreußen gerettet!

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

27. August 1994 C 5524 C

Parteien:

Schönhuber doch auf dem Rückzug?

Dr. Rolf Schlierer, Arzt und Rechtsanwalt, gilt als möglicher Nachfolger

Franz Schönhuber (71), Vorsitzender der Republikaner, wird im Falle eines Einzugs seiner Partei in den Bayerischen Landtag oder den Deutschen Bundestag nicht mehr für den Bundesvorsitz der Partei kandidieren. Schönhuber, seit 1985 Bundesvorsitzender der Republikaner, tritt auch als Spitzenkandidat der Partei zu den Bayerischen Landtagswahlen an.

Im Falle eines Einzugs der Partei ins Maximilianeum würde Schönhuber den Fraktionsvorsitz übernehmen. Schönhuber steht auch weiterhin zu seiner Aussage, Fraktionsvorsitz und Bundesvorsitz zu trennen, da er eine Doppelfunktion unter den derzeitigen Umständen nicht für machbar hält. Das würde bedeuten, daß Schönhuber auf dem kommenden Bundesparteitag nicht mehr für den Bundesvorsitz zur Verfügung stünde. In Bayern rechnen die Republikaner mit einem Wahlergebnis von über 5 Prozent.

Zu Gerüchten in Teilen der Presse, daß die Partei durch die Nachfolgeregelung vor einer Zerreißprobe stünde, hieß es aus der Parteiführung, daß davon keine Rede sein könne. Auch die Vorgänge um den nordrhein-westfälischen Landesverband, dem ein Aufbegehren gegen Schönhuber nachgesagt wird, dementierte die Parteiführung. Dort gebe es nur eine Reihe von Funktionären, die gern mit der Presse kungelten.

Als mögliche Nachfolger Schönhubers sind die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Rolf Schlierer und Alexander Hausmann sowie der bayerische Landesvorsitzende Wolfgang Hüttl im Gespräch. Beiden letzteren werden jedoch weniger Chancen nachgesagt, die notwendige Stimmenmehrheit auf dem kommenden Parteitag zu erreichen.

Die Nachfolge Schönhubers beschäftigt die Republikaner, seitdem dieser auf dem Bundesparteitag in Deggendorf vor zwei Jahren verkündete, er werde beim kommenden Parteitag das Amt des Bundesvorsitzenden in jüngere Hände übergeben. Weder hat jedoch bisher eine offene Diskussion über die Nachfolgeregelung stattgefunden, noch hat Schönhuber selbst erkennen lassen, wen er als seinen Nachfolger für geeignet hält. Schönhuber hatte immer wieder verlautbaren lassen, daß er noch weitermachen wolle.

J. Martin

unzähligen Soldaten- Traditionssteine in Lüneburg errichtet und dort alljährlich am Volkstrauertag von der Prominenz geschichtsrevisionistische Reden gehalten, einen Beschluß, eine Stätte in zentraler Lage zu finden, an der an die Lüneburger Widerstandskämpfer/-innen gedacht werden kann, folgte erst in den achtziger Jahren. Und es sollten dann noch einmal etliche Jahre ins Land gehen, bis schließlich - gleich neben dem Kriegerdenkmal des Löwengeschwaders in der Lindenstraße und ohne an den Lüneburger Widerstand zu erinnern - ein Mahnmal errichtet wurde. Auch die nun bereits über zehn Jahre andauernde Weigerung der Konservativen, einen Gedenkstein in Alt - Garge zu errichten an jenem Ort, wo unzählige KZ- Häftlinge arbeiten, leiden und sterben mußten, zeigt die Dominanz geschichtsrevisionistischer Vorstellungen in den Reihen der Konservativen. Diesem Bild entspricht außenpolitisch die Großdeutschland-Politik. Die Formulierung eines Gebietanspruchs auf Teile der östlichen Nachbarländer ist nur möglich bei entsprechender Selbstentlastung unter Bewahrung eines Menschen- und Politikbildes, das dem des deutschen Faschismus zumindest nahekommt.

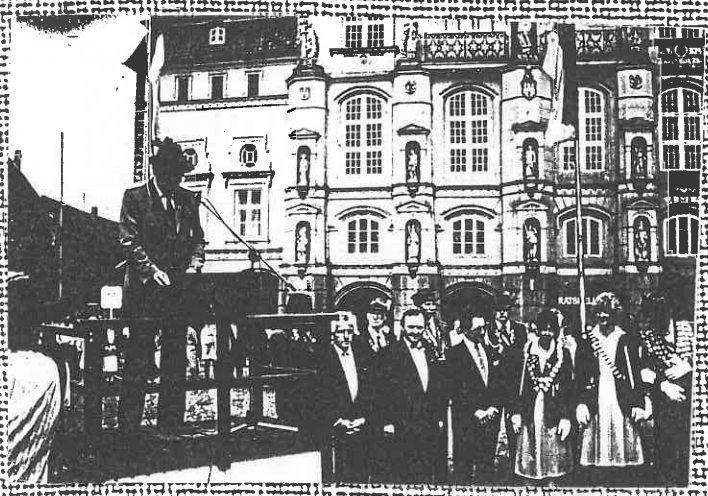
Diese Ideologie und Politik wird von konservativer Seite nach Kräften unterstützt:
Etwa durch die Errichtung des Ostpreußischen Landesmuseums in der Ritterstraße, dessen Zustandekommen ohne die tatkräftige Unterstützung des ehemaligen SS- Hauptsturmführers und späteren CDU- MdB Freiherr Otto von Fircks nicht möglich gewesen wäre, ein Mensch, von dessen faschistischer und politischer Tätigkeit sich die örtliche CDU bis zur Eröffnung des Museums nicht distanzieren wollte.

Heute noch wird bei bestimmten Anlässen am Empfangstresen dieses Museums kostenlos das Wochenblatt der Ostpreußischen Landsmannschaft, das "Ostpreußenblatt", verteilt, ein Blatt, das offen zur Wahl der REPs auffordert und wegen dessen braunem Inhalt sich nun schon mehrfach der Bundes-

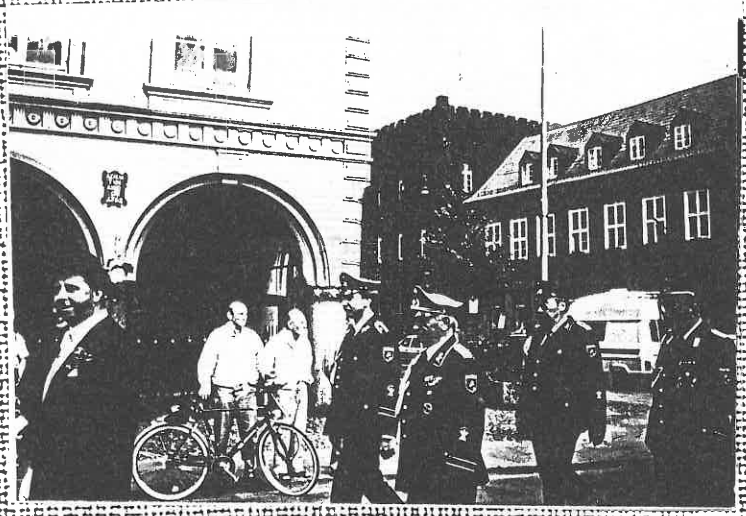
tag mit diesem Blatt beschäftigen mußte.

Ein zweites Beispiel: In Lüneburgs Schützenhaus wurden schon seit Jahr und Tag die diversen "Heim-ins-Reich"- Massenveranstaltungen unter der Verantwortung des CDU- Geschäftsführers und Präsidenten der Allgemeinen Schützengesellschaft Lüneburg (Hans Wehdemeyer) durchgeführt, die nicht nur REPs, Revanchistenorganisationen und Neue Rechte Platz boten, sondern ebenso miltanten Alt- und Neonazis wie etwa dem Verfasser der " Auschwitz-Lüge" Thies Christophersen und dem Juppie- Nazi-Star Ewald Althans. Über seinen ASL unterhielt Wehdemeyer zudem die engsten Kontakte zum stellvertretenden Vorsitzenden der örtlichen REPS, A. Sierig, welcher gleichzeitig Vorsitzender der "Lützower Jäger " ist und um dessen kooptierende Mitgliedschaft im ASL sich Wehdemeyer ebenso bemüht wie um eine Mitgliedschaft von Rußland-Deutschen, ganz im Gegensatz zu den Türken, die nämlich möchte der Schützen- Präsident in seinen Reihen nicht sehen.

Daß es sich hier keineswegs um Politik, Ideologie und Selbst- Verständnis mit lediglich historischer Bedeutung handelt, zeigt die rassistische Diskussion um das Asylrecht und die Rolle der Migranten der letzten Jahre auch in Lüneburg. Das immer wieder betonte " Wir sind kein Einwanderungsland" , die Weigerung, den in der BRD lebenden Nicht- Deutschen das Wahlrecht zuzuerkennen und das Beharren auf dem völkischen Abstammungs- Staatsbürgerschaftsrecht etwa sind nicht nur konsequente Aktualisierungen - und zwar während einer Phase nach dem Anschluß der DDR und des sich nationalistisch formierenden neuen Deutschlandbildes - faschistischer Politik, sondern ebenso Voraussetzungen rassistischer Gewalt gegen alles Nicht- Deutsche.
Insofern - und das sollen diese Beispiele zeigen - ist der Neofaschismus hausgemacht. Er wurzelt nicht am Rand und in politischen Sekten, sondern besteht als breiter politischer Konsens vor allem - aber nicht aus-



Eröffnung des Schützenfestes durch Wehdemeyer (CDU). Prominente Gäste: Martens (CDU, Landrat), Hartwich (FDP, Bürgermeister), Faulhaber (CDU, Oberstadtdirektor) (oben, v.l.n.r.)..... ...mittendrin in Lüneburgs Schützenparade: Sierig (REP) und seine Lützower Jäger.



Allgemeine Schützengesellschaft der Stadt Lüneburg e.V.

Am Schützenplatz 1 · 2120 Lüneburg · Telefon (0 41 31) 5 78 32

Lieber Kurt-Hilmar,
nachstehend mein Beitrag für das nächste Mitteilungsblatt:

Liebe Schützenschwestern und Schützenbrüder,
liebe Jungschützinnen und Jungschützen,
liebe Spielleute,
liebe Kameraden des Feldartilleriebataillons 31,
liebe Lützower Jäger!

Die Schützenfeste dieses Jahres - unser eigenes eingeschlossen -liegen hinter uns. Nach unserem Kompanie-Vergleichsschießen und dem Korpskönigsschießen sowie der Proklamation der Korpskönige auf dem Korpskönigsball neigt sich das Schützenjahr 1989 dem Ende zu.
Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Mitgliedern, die durch ihre Teilnahme und die Mitgestaltung der [illegible] beschlossen, noch in diesem Jahr - voraussichtlich Mitte November - einen "Tag der offenen Tür" durchzuführen und dazu über unsere örtliche Presse die Neubürger unserer Stadt einzuladen.
Der Vorstand hat deshalb in seiner letzten Sitzung

Einbeziehen in diese Mitglieder-Werbeaktion wollen wir unsere deutschen Landsleute, die als Aussiedler aus den Ostblockstaaten oder als Übersiedler aus der DDR zu uns gekommen sind.
Viele von uns haben nach dem 2. Weltkrieg als Vertriebene oder Flüchtlinge in Lüneburg und in der ASL eine neue Heimat und Freunde gefunden.
So sollten auch wir jetzt unserer traditionellen Vergangenheit gerecht werden und versuchen, unseren Landsleuten das Einleben durch unsere Aufgeschlossenheit und unsere kameradschaftliche Unterstützung zu erleichtern.
Zur Verdeutlichung möchte ich noch einmal anmerken: Unsere Aktion richtet sich an deutsche Landsleute und nicht - um allen Mißverständnissen vorzubeugen - an Ausländer, die um Asyl bitten.

Der Vorstand und ich hoffen sehr auf Eure Unterstützung bei diesem Vorhaben.
Anregungen und Wünsche für die Gestaltung des "Tages der offenen Tür" nehme ich gern entgegen.
Helft bitte mit, deutschen Landsleuten, die wegen ihres Deutschtums schwere Jahre durchleben mußten, zu helfen.

In Erwartung Eurer Anregungen und Wünsche verbleibe ich
Euer
Hannes Wehdemeier

Rechtsextreme Gruppe geschützt

Gericht verbietet Niedersachsen öffentliche Kennzeichnung

Von unserem Mitarbeiter Matthias Brunnert FR 8.8.91

GÖTTINGEN, 7. August. Das Land Niedersachsen darf die Göttinger „Schüler- und Studentenunion Ostpreußen" (SUO) nicht mehr als rechtsextremistischen Zirkel bezeichnen, obwohl die SUO seit langem als rechtsextrem bekannt ist. Nach jahrelangem Verfahren ist jetzt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Lüneburg rechtskräftig geworden, mit dem das Innenministerium zum Widerruf einer entsprechenden Aussage im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1983/84 verpflichtet wird. Das Gericht begründet seine Entscheidung mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das auch politische Gruppen für sich in Anspruch nehmen könnten (Az.: 1006/85/282/C).

Der Sprecher des Innenministeriums, Volker Benke, ist nach eigenen Worten „stinksauer" über das Lüneburger Urteil. Damit werde den Rechtsextremisten eine Art „Persilschein" ausgestellt.

Die Richter hatten in ihrem Urteil darauf verwiesen, daß im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz die Rechtsgrundlage dafür fehle, observierte Gruppen im jährlichen Verfassungsschutzbericht namentlich zu erwähnen. Benke sagte jetzt, das Gericht stelle sich offensichtlich vor, daß der Verfassungsschutz nur fürs Archiv arbeiten solle. Er sei jedoch der Ansicht, daß der Öffentlichkeit keine Informationen vorenthalten werden dürften, die zur Abwehr extremistischer Bestrebungen nötig seien; also sei es auch notwendig, verfassungsfeindliche Gruppen beim Namen zu nennen. Mit dem neuen niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz, das jetzt im Entwurf vorliege, werde es auch rechtlich einwandfrei möglich sein, solche Namen zu veröffentlichen.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wird die „Schüler- und Studentenunion Ostpreußen" ebenso wie der „Studentenbund Schlesien" und die „Hochschulgruppe Pommern" vom langjährigen Göttinger NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler geleitet. Der heute 48jährige Fiedler ist seit den 60er Jahren sowohl in der NPD als auch in diversen deutschnationalen „Studentenverbänden" in führenden Positionen tätig.

schließlich - im Konservativismus fort, wird dort tradiert, und es hängt lediglich vom Beziehungsgefüge aktueller Problemlagen ab, ob er sich radikalisiert und auch in Form der REPs sich parteipolitisch verselbständigt.

Daß auch der Justiz eine bedeutsame Rolle bei der Stützung neofaschistischer Politik zukommt, ist bekannt (erinnert sei an das BVerfG- Urteil zum Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, an das " Deckert- Urteil ", das Hamburger Urteil von Ende Januar 95 u.a.), ebenfalls die Rolle der Lüneburger Justiz an der "Asylfront".
Weniger bekannt sind die Urteile des Lüneburger OVG, die eine extreme Begünstigung neofaschistischer Gruppen und Parteien zum Ziel haben wie etwa jenes von Anfang August 1991(Az: 1006/282/C), in dem nach einem jahrelangen Verfahren rechtskräftig entschieden wurde, daß das Niedersächsische Innenministerium verpflichtet sei, einen Widerruf zum Verfassungsschutzbericht 1883/84 zu formulieren. In jenem Verfassungsschutzbericht nämlich wurde die "Schüler- und Studentenunion Ostpreußen" (SUO) als rechtsextremer Zirkel bezeichnet und das - so die Lüneburger Richter - verstoße gegen das Recht auf informelle Selbstbestimmung. Solch ein Entgegenkommen der Justiz hat seinerzeit selbst dern Leiter dieser SUO, den langjährigen Göttinger NPD-Funktionär und heutigen NPD- Landesvorsitzenden Hans- Michael Fiedler überrascht.

Zwei Beispiele für den typisch deutsch-nationalen vorauseilenden Gehorsam des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts in Richtung "Republikaner" sollen hier jedoch genannt werden, zeigen sie doch sowohl das eigene Demokratieverständnis auf, welches schon traditionell den Neofaschismus mit einschloß, wie auch die politische Anpassungsfähigkeit der Lüneburger Justiz:

Im Regionalprogramm des N 3 - Fernsehens sollte in der Woche vor den Landtagswahlen '94 im Abendprogramm ein Wahlhearing mit Vertre-

tern/-innen der künftigen Landtangsparteien life ausgestrahlt werden, der Termin war bekannt, die Parteienvertreter/-innen waren eingeladen. Wegen des Teilnahmemodus' nun klagten die niedersächsischen REPs gegen den NDR vor dem Lüneburger OVG. Sie forderten, zu dieser Fernsehdiskussion ebenfalls eingeladen zu werden, nämlich mit ihrem Spitzenkandidaten und REP- Niedersachsen- Vorsitzenden Haase, um sich ebenfalls einem Milionenpublikum präsentieren zu können - und das Unfaßbare geschah : Das OVG entschied für die REPs:

- Obwohl eine Selbstdarstellung der REPs auf keinen Bildschirm gehört, endschied das OVG für die REPs,
- Obwohl es in der Vergangenheit und nach bisheriger Praxis lediglich den - durch Wahlen legitimiert - bereits im Landtag vertretenen Parteien vorbehalten war, bei einer solchen tv- Sendung aufzutreten, entschied das Lüneburger OVG für die REPs,
- Obwohl nach der Logik des OVG (voraussichtlicher Einzug der REPs in den Landtag) der Statt- Partei nach allen Meinungsumfragen viel eher die Chance eingeräumt wurde, in den Landtag gewählt zu werden, entschied das Lüneburger OVG für die REPs.
- Obwohl alle seriösen Wahlprognosen übereinstimmend den REPs lediglich 3 - 4% der Wahlstimmen zubilligten und somit kein Anlaß war, einen Einzug der Republikaner in den Landtag anzunehmen, entschied das Lüneburger OVG für die REPs.

Offensichtlicher kann eine Kumpanei der Justiz mit dem modernisierten Neofaschismus kaum praktiziert werden.

Die Haltung des Ministerpräsidenten Schröder, an einer Diskussion unter Einbeziehung der REPs nicht teilnehmen zu wollen führte schließlich dazu, daß die gesamte Diskussionsrunde abgeblasen wurde. Dies war dann zwar Anlaß für die konservative und freidemokratische Landesparteienspitze, den Sozialdemokraten ein "undemokratisches Verhalten" vorzuwerfen, weil Schröders Demokratieverständnis - entgegen ihren Vorstellungen - die verschiedenen Formen des Neofaschismus

OVG begründet Entscheidung

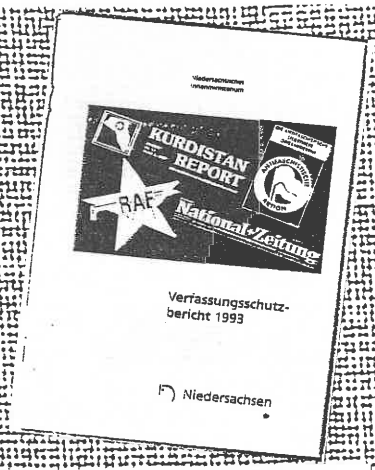
„Gleiche Chancen auch für Reps"

dpa Lüneburg. Eine verfassungsgemäß anerkannte Partei darf nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg nicht von einer Wahlsendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgeschlossen werden.

Mit dieser gestern vorgelegten Begründung verfügte das OVG am Dienstag abend die Teilnahme des Landesvorsitzenden der rechtsradikalen Republikaner, Werner Haase, an einer geplanten Fernsehdiskussion im Norddeutschen Rundfunk (wir berichteten). Der Sender hatte daraufhin sein für 21 Uhr vorgesehenes Wahlhearing mit den Spitzenkandidaten für die niedersächsische Landtagswahl kurzfristig aus dem Programm genommen.

Die Republikaner, denen das Gericht eine Chance auf den Einzug in den niedersächsischen Landtag einräumte, wären durch einen Ausschluß von der Sendung gegenüber den anderen Parteien benachteiligt worden. Damit sei die im Grundgesetz verankerte Chancengleichheit nicht gegeben. Diese habe jedoch in diesem Fall Vorrang vor dem ebenfalls in der Verfassung geschützten Recht des NDR auf Freiheit der Programmgestaltung, meinte das Gericht.

LZ 10.4.94



Das Innenministerium hatte für die rechtliche Auseinandersetzung mit den REP ein sprachwissenschaftliches Gutachten „Sprachwissenschaftliches Gutachten zu Texten der Partei DIE REPUBLIKANER im Verwaltungsrechtsverfahren REPUBLIKANER ./. Land Niedersachsen, vorgelegt von Prof. Dr. Franz Januschek, Oldenburg, unter Mitarbeit von Sonja Bredehöft, Oldenburg, Helmut Kellershohn, Duisburg, November 1993" in Auftrag gegeben.

Die Zusammenfassung dieses Gutachtens wird nachstehend auszugsweise wiedergegeben..

Dokumentation

„Die Ganztextanalyse konnte ... exemplarisch belegen, daß diese diskursiven Verfahren nicht nur zufällige „Ausrutscher" sind, sondern im Zusammenhang einer Textstrategie stehen, die den gesamten Inhalt des Textes bestimmt und ihn als eine deutliche Anknüpfung an nationalsozialistische Konzeptionen erweist.

Die Nähe zur NSDAP zeigte sich nicht nur in den theoretischen Auffassungen, sondern im propagandistischen Handeln der REPUBLIKANER. Insofern kann auch die ausländerfeindliche Haltung der REPUBLIKANER – von der „ethnopluralistischen" Argumentation bis hin zur offenen Hetze – nicht als bloß verbale Meinungsäußerung betrachtet werden, sie ist vielmehr auf dem Hintergrund des historischen Vorläufers zu verstehen, bei dem Propaganda und Praxis eine Einheit bildeten.

ausdrücklich ausschloß, honoriert wurde ihnen diese Empörung mit durchsichtiger Zielsetzung (nämlich zum Zwecke der Anbiederung an die REPs) allerdings nicht, wie das Wahlergebnis für CDU und FDP zeigt.

Bleibt noch nachzutragen, daß bei den Republikanern dieses Urteil natürlich bejubelt wurde. Im DESG- inform 4/94 (ein Blättchen, was sich zunehmend als Koordinationsorgan sämtlicher Abteilungen des Neofaschismus - von der Wiking-Jugend bis zu "Junge Freiheit" - profiliert) erklärt REP- Bundesorganisationsleiter Udo Bösch mit Blick auf Lüneburg: " Die Republikaner stellen befriedigt fest, daß von den drei Säulen unseres Staates...die richterliche Gewalt noch `intakt` ist."

Ein zweites Beispiel zeigt das Eintreten des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts für die Sache der REPs ebenso deutlich:
Zur Vorgeschichte: Bereits vor 1993 wurde von den zuständigen Stellen in Nordrhein- Westfalen und Hamburg verfügt, die REPs mit "nachrichtendienstlichen Mitteln" beobachten zu lassen, das Land Niedersachsen schloß sich dieser Praxis an, der REP- Landesvorstand Nds. legte dagegen Rechtsmittel ein.
Die Beschwerdeverhandlung fand daraufhin vor dem OVG (Beschluß v. 21.9.93) statt mit dem Ergebnis, daß dem Land Niedersachsen von den Lüneburger Richtern eine nachrichtendienstliche Beobachtung der REPs untersagt wurde.
Dasselbe OVG, daß in den 70er/80er Jahren keinen Fall ausließ, Lehrer, Briefträger und andere Beamte wegen selbst einer vermuteten Mitgliedschaft in einer kommunistischen Gruppe sofort aus dem Dienst zu entfernen und auf die Straße zu setzen, sieht durch die Bestrebungen der Republikaner die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" grundsätzlich nicht gefährdet.

Daß es das Lüneburger OVG auch sehr eilig hat, den REPs "Recht" angedeihen zu lassen, wurde im Hauptsacheverfahren (Beschluß v. 24.8.94) deutlich: Eine vom Innenministerium Nie-

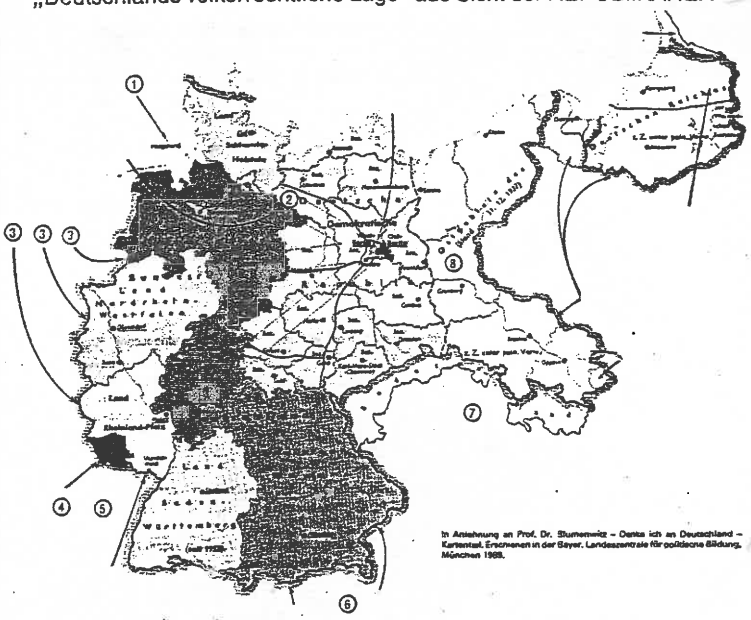
dersachsen dem OVG vorgetragene Bitte um Fristverlängerung, um neue politische Ermittlungsergebnisse und Materialien, die von anderen Verfassungsschutzbehörden übermittelt wurden, auswerten und dem Gericht vortragen zu können, wurde von den Lüneburger Richtern abgelehnt - und so auf die Schnelle das eigene Urteil vom 21.9.93 bestätigt.
Vielleicht befürchtete die Lüneburger Richterschaft zum selben Ergebenis kommen zu müssen wie das OVG Münster im Urteil v. 13.1.94, wenn dem nds. Innenministerium genügend Zeit zur Vorlage einschlägiger REP- Materialien bliebe. Dieses OVG nämlich sah " ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte" dafür , daß die Partei der Republikaner tragende Prinzipien des Grundgesetzes (wie die Achtung der Menschenwürde und das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse und der Nationalität) fortlaufend mißachte und damit gegen den Mittelpunkt des Wertesystems der Verfassung verstoße.
In ähnliche Richtung urteilte auch der Bayrische Gerichtshof (7.10.93) und der Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg (11.3.94).

Inzwischen wurde das Lüneburger Eil-Urteil vom Bundesverwaltungsgericht kassiert (Anfang Februar 95): Das BVerwG entschied, daß das OVG Lüneburg dem Innenministerium des Landes Niedersachsen kein ausreichendes rechtliches Gehör gewährt habe.
Man darf gespannt sein, was sich die Lüneburger OVG- Richter nun einfallen lassen im Kampf um die uneingeschränkte Wirkungsmöglichkeit des populistischen Neofaschismus.

Ein letztes Beispiel soll aber auch zeigen, daß das Fehlen einer klaren Abgrenzung zu den REPs nicht nur auf konservativer Seite anzutreffen ist:

Die Graudenzer Vereinigung, ein Zusammenschluß von Menschen, die früher im von ihnen Graudenz genannten Landstrich wohnten, hält bereits seit langer Zeit in Lüneburg ihr jeweiliges Regionaltreffen ab, eine Vereinigung mit typisch revanchistischem Anspruch, jeweils begleitet mit Groß-

„Deutschlands völkerrechtliche Lage" aus Sicht der REPUBLIKANER



In Anlehnung an Prof. Dr. Stumenwitz – Danke ich an Deutschland – Kartenteil. Erschienen in der Bayer. Landeszentrale für politische Bildung, München 1988.

Die Deutsche Frage bleibt bis zu einem Friedensvertrag offen!

① Helgoland ist seit 1.3.1952 wieder deutscher Gebietshoheit unterstellt.

② Die deutsch-deutsche Grenze bleibt trotz Grenzprotokoll vom 29.11.1978 rechtlich offen. Der Elbe-Grenzbereich ist ungeregelt.

③ 1949 an der Westgrenze vorgenommene Änderungen konnten zum Teil durch Verträge in den Jahren 1956–1960 mit den Beneluxstaaten wieder rückgängig gemacht werden.

④ Nach Saarabstimmung am 23.10.1955 wird das Saarland durch deutsch-französische Verträge vom 27.10.1956 wieder deutsches Bundesland.

⑤ Das Mundat-Waldgebiet wird durch deutsch-französische Verständigung am 18.2.1986 wieder deutsch.

⑥ Laut österreichischem Staatsvertrag vom 15.5.1955 besteht zwischen Deutschland und Österreich Anschlußverbot. Diese Regelung gab es schon nach dem Ersten Weltkrieg.

⑦ Eine Gesamtdeutsche Regierung wird zu prüfen haben, welche völkerrechtliche Bedeutung der Prager Vertrag vom 11.12.1973 bezüglich des Münchner Abkommens vom 29.9.1938 hat.

⑧ Die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bleibt bis zum Friedensvertrag bestehen. Sie umfaßt alle Statusfragen Deutschlands. Daher ist die Deutsche Frage absolut offen. Das gilt für die Memelland-Problematik, für die deutschen Ostgebiete insgesamt und auch für Berlin. Die Friedensvertragsvorbehalte bezüglich aller Grenzen Deutschlands können durch einseitige Verzichtserklärungen der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Politiker nicht berührt werden.

Quelle: Die Republikaner — Parteiprogramm 1990

Heimattreffen der Graudenzer

lz **Lüneburg.** Der Heimatkreis Graudenz-Stadt und -Land hält an diesem Wochenende sein Regionaltreffen Niedersachsen in Lüneburg, Hotel Wellenkamp, ab. Nach einem gemütlichen Abend mit Tanz am Sonnabend, geht es am Sonntag von 10 Uhr an weiter im Programm. Staatssekretär Professor Dr. Johann Diedrich Hellwege hält einen Vortrg zum Thema „Gedanken zum Tag der Heimat". Den musikalischen Part der Veranstaltung übernimmt der Silcher-Chor.

Treffen der Graudenzer

lz Lüneburg. Das Graudenzer Regionaltreffen wird am kommenden Sonntag, 20. September, in Wellenkamp's Hotel gefeiert.
Die offizielle Feierstunde beginnt um 10 Uhr im Spiegelsaal. Eröffnet wird die Veranstaltung von Dr. Max Truderung, Heimatkreisvertreter Graudenz-Stadt, Wilfried von Koerber, Heimatkreisvertreter Graudenz-Land, und dem Lüneburger Landrat Wolfgang Schurreit.
Musikalisch umrahmt wird die Feierstunde vom Lüneburger Augustus-Chor unter Leitung von Egon Kretzer. Es schließt sich dann ein gemütliches Beisammensein der Teilnehmer an. LZ 18.8.92

Forderung beim Graudenzer-Treffen:

LZ 17.9.84

Tugenden erneuern!

nn Lüneburg. „Die arroganten Äußerungen aus Richtung Ost und jüngst sogar aus Italien gegen die Wiedervereinigung Deutschlands sind Ohrfeigen gegen unseren Friedenswillen", sagte gestern der Heimatkreisvertreter Graudenz-Land/Westpreußen, Diplom-Landwirt Wilfried von Koerber aus Eckernförde, beim 10. Regionaltreffen der Graudenzer in Lüneburg. Alle auf dauerhafte Teilung und Trennung gerichteten Tendenzen seien scharf zu verurteilen.

Knapp 150 Landsleute, viele mit Familie, waren aus Norddeutschland in Wellenkamp's Hotel gekommen. Einer, Heinz Seibert, war sogar aus Kärnten angereist. Schon Sonnabend abend wurde bei Wein und Tanz im Hotel Wiedersehen gefeiert und „plachandert", über alte Zeiten geplauscht.

Zur Hauptveranstaltung gestern berichtete Oberbürgermeister Horst Nickel, selber Westpreuße, von Erinnerungen an Graudenz, wo er in seiner Jugend oft gewesen sei. Dr. Max Truderung, Heimatkreisvertreter der Stadt Graudenz und der frühere Bundessprecher der Westpreußen, Ernst Coelle aus Barendorf, drückten in kleinen Ansprachen ihre Verbundenheit aus.

Positive Lehren, so der Kieler Journalist Uwe Greve in seinem Vortrag über Friedrich den Großen und seine Verdienste um die wirtschaftliche und kulturelle Erneuerung Westpreußens, müßten aus der Geschichte gezogen werden.

Preußische Tugenden wie Sparsamkeit, Redlichkeit, Duldsamkeit stünden auch Politikern von heute wohl an, seien aber oft zu vermissen. „Selbstverwirklichung", zur Tugend erhoben, lege den Untergang an. Ein Staatswesen mit Zukunft brauche auch Staatsmänner, die preußische Tugenden erneuern, sie der Jugend bewußt machen und sie vorleben.

Ein Auftritt des Silcher-Chores und Dia-Vorträge rundeten das Treffen ab.

EG-Parlamentarier referierte beim Graudenzer-Treffen

Europa im Wandel

hdr Lüneburg. Der Zusammenbruch des Kommunismus' hat gezeigt, wie sehr Geschichte und Politik im Fluß sind. Daher sei auch die Frage „völlig offen", ob für immer „Deutschlands Osten Polens Westen" bleibe, meinte gestern der Abgeordnete des Europaparlaments, Professor Dr. Emil Schlee, in Lüneburg. Der Politiker sprach vor dem Norddeutschen Regionaltreffen des westpreußischen Heimatkreises Graudenz in Wellenkamp's Hotel. Nicht die Umkehrbarkeit sei Geschichte und Politik gemein, sondern der Wandel.

Der Prozeß des Zusammenwachsens Eunropas beziehe mehr und mehr die östlichen Länder mit ein, sagte Schlee. Das Ende des Sozialismus' sei nur der Anfang neuer, in ihren Auswirkungen nicht abzusehenden Entwicklungen. Hier habe Deutschland eine Schlüsselfunktion mit seiner jahrhundertealten Tradition der Zusammenarbeit mit den Ländern im Osten Europas. Es gehe jetzt um einen offenen, fairen Dialog.

Der gebürtige Ostpreuße und Lünburger Landrat Wolfgang Schurreit hatte die Graudenzer zu ihrem Treffen begrüßt. Die Orientierung nach Osten sei wichtig auf dem Weg zu einem Europa ohne Grenzen, sagte er. Schurreit stellte den Graudenzern den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen mit einer Samtgemeinde des Landkreises in Aussicht, was die Gäste erfreut zur Kenntnis nahmen.

LZ 21.9.92

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Oktober '92

Geburtstag:

Eloquenter Anwalt der Nation

Professor Emil Schlee 70 Jahre alt – Rastloses Engagement

Ein eloquenter Patriot feierte in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag: Professor Emil Schlee, Mitglied des Europäischen Parlamentes und stellvertretender Vorsitzender der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (swg), wurde am 21. Oktober 1922 im mecklenburgischen Schwerin geboren. Für seine Heimat setzt er sich seit vielen Jahren engagiert ein, vor allem im Rahmen der Landsmannschaft Mecklenburg, deren Bundesvorsitzender Schlee von 1981 bis 1986 war und deren Ehrenmitglied er heute ist. Doch der frühere Geschichts-, Erdkunde-, Deutsch- und Politiklehrer, der außerdem als Sportpädagoge tätig war, hat darüber hinaus immer sein ganzes Vaterland im Auge. Als ehemaliger Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in Kiel, als hessischer Landtagsabgeordneter, als früherer Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen und als bis heute rast- und ruheloser Vortragsreisender in Sachen Deutschland, ist der fröhlich-agile Schlee ein Anwalt gerade auch der vertriebenen Ostdeutschen.

Die nationale Haltung von Schlee, der Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und verschiedener landsmannschaftlicher Auszeichnungen ist, läßt sich auch in seinen Büchern nachlesen. 1985 veröffentlichte er „Wissen um Deutschland" (Mut-Verlag, Asendorf) und „Deutsche Frage – Deutsche Antworten" (Arndt-Verlag, Kiel). Seine Aussage darin: Die Deutsche Einheit wird kommen. Die Entwicklung bestätigte ihn.

Es lohnt sich also, auch weiterhin zuzuhören, wenn Emil Schlee publiziert oder referiert.

A. G.

deutschland- Aussagen und Referenten aus der Braunzone.

Da werden - wie etwa beim 10. Treffen 1984 - alle Anerkennungsabsichten der Staatsgrenzen Polens scharf verurteilt, Warnungen des damaligen italienischen Ministerpräsidenten vor revanchistischen Strömungen in den Bundesrepublik werden als " arrogante Äußerungen " klassifiziert, und der Kieler Uwe Greve (Mitarbeiter im REP- orientierten Ostpreußenblatt und im Neonazi-Verlag Arndt in Kiel, seit jüngster Zeit auch mit der Ansiedlung von "Volksdeutschen" in der Gegend um Kalinigrad beschäftigt) darf einen Vortrag über den drohenden Untergang deutscher Kultur und die Rettung vor derselben durch preußische Tugenden und Werte halten.

Im Jahre 1992 nun luden diese Graudenzer einen weiteren prominenten Rechtsaußen zum Vortrag ins Wellenkampsche Hotel, nämlich Emil Schlee, einen ehemaligen hochrangigen schleswig- holsteinischen CDU- Funktionär, der es dort unter CDU- Regierungsführung bis zum Staatssekretär im Vertriebenenministeriums brachte, und der anschließend bei den REPs Karriere machte.

Vom damaligen Ministerpräsidenten Stoltenberg von Hessen - wo er 1967 in die CDU eintrat und Abgeordneter des Hessischen Landtages war - nach Schleswig- Holstein geholt und als Ministerialrat ins Sozialministerium gesetzt, war Schlee 10 Jahre lang Anlaß für besorgete Anfragen an das dortige Parlament,

- etwa wegen seines Auftretens am 2.6.77 bei einer Veranstaltung des " Stahlhelm ", wo er über " Deutschland heute-das vergessene Vaterland " referierte. Sein Vortrag - so die Nazi-Zeitung "Mut" - "wurde immer wieder von lange anhaltendem Beifall unterbrochen ". In der Ausgabe 4/78 wurde dieser Vortrag schließlich auch zur Erbauung dieser Leserschaft veröffentlicht,
- etwa wegen seiner Forderungen: "Deutschland ist...Memelland und Danzig",
- etwa wegen seiner Ausfälle gegen die vorsichtige Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesre-

gierung (Schlee:" Welch eine Schande und nationale Würdelosigkeit ").

Die Berufung Schlees zum "Vertriebenen-Beauftragten" Schleswig-Holsteins 1979 (dieses Amt wurde eigens für seine Person eingerichtet) kommentierte die SPD- Landtagsfraktion damals mit den Worten:" Die Berufung eines landesweit bekannten Rechtsradikalen..."
Dieser Mann nahm auch kein Blatt vor den Mund, wenn es darum ging, "nationale Interessen" zu formulieren und es den Polen und anderem Gesocks mal so richtig zu geben. So berichtete das "Wiesbadener Tagesblatt" über das 15. Bundestreffen der Landsmannschaft Thüringen in Mainz im Oktober 1984:" Beifall bekam der Ministerialrat aus Kiel für kernig formulierte Kritik am politischen Gegner:' Sollen wir uns die Butter vom Brot nehmen lassen von denjenigen, die des Lesens und Schreibens nicht kundig sind? Ich denke nicht daran.'' Man muß den Schrumpfgermanen wieder Haltung beibringen, indem man sagt, was ist.' Und:' Wer ein guter Europäer sein will, muß zuerst ein guter Deutscher sein - oder noch werden...' "
Natürlich blieben solche Ausfälle nicht ohne Folgen: Vom Ex-NSDAPler und Bundespräsidenten Karl Carstens erhielt Schlee für seine Verdienste eine hohe Auszeichnung: das Verdienstkreuz erster Klasse.
Nebenbei war Schlee im übrigen noch in weiteren Funktionen einschlägig rechtsaußen engagiert, nämlich als Bundessprecher der "Landsmannschaft Mecklenburg", als Vizepräsident des " Bund der Mitteldeutschen" und als Vorsitzender der "Union der Vertriebenen und Flüchtlinge".
1985 schließlich trat Schlee aus der CDU aus, suchte im Rechtsaußenlager Anschluß und landete schließlich bei den REPs, wo er zwar bei seinem ersten Versuch scheiterte, Bundesvorsitzender zu werden - das Rennen machte bekanntlich Schönhuber -, sich aber im Mai 1987 mit dem Stellvertreterposten begnügte, zumal er 1989 zum REP- Abgeordneten im Europaparlament gewählt wurde, wo er aber - jedenfalls nach Angaben der Studie

DEUTSCHE STIMME

Nationaldemokraten:

DS-Interview mit Professor Schlee

Der Chefredakteur der DEUTSCHEN STIMME sprach mit Professor Emil Schlee, zuletzt Ministerialrat im Kieler Sozialministerium, der im März 1985 auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand trat, weil er die von der CDU verfolgte Ostpolitik und den Verzicht auf gesamtdeutsche Positionen nicht mehr mitvertreten wollte.

Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V.

- L E I T S T E L L E N O R D -

An alle Kameraden und Freunde des BHJ e.V.

Betrifft Teilnahme an Norddeutschen Forum der Arbeitsgemeinschaft für Kultur und Politik vom 4.4. - 6.4.1986 in Lüneburg

Alle Jugendlichen ab 14 Jahren sind ganz herzlich zu der diesjährigen Veranstaltung des Norddeutschen Forum eingeladen.
Eine Übernachtungsmöglichkeit für Euch wird zur Verfügung gestellt.
Mitzubringen sind: Schlafsack, Kochgeschirr, festliche Kleidung und natürlich Euer Interesse!
Ein Selbstkostenpreis von DM 35,- muß erhoben werden für alle Tage.
Der Tagespreis beträgt DM 15,- incl. Verpflegung

In dieser Zeit

(Kürzungen bei Leserbriefen vorbehalten)

LZ 20.9.85

Neue Rechte

...ist Lüneburgs Polizei ebenso ahnungslos wie die Schützengesellschaft, wer am letzten Wochenende unter dem unverfänglichen Namen „Norddeutsches Forum" getagt und eine Gegendemonstration auf den Plan gerufen hat.

Ein Blick ins Tagesprogramm hätte gezeigt, welch obskurer Verein da hinter verschlossenen Türen zusammengekommen war. Alain de Benoist, laut Selbsteinschätzung „Chefdenker und Theoretiker der 'Neuen Rechten' in Frankreich" sprach über „Die Deutsche Frage aus französischer Sicht"; ein Autor und Journalist namens Dr. Vogt hat sich Gedanken gemacht über die „Neutralität als politisches Tabu".

Und so geht es weiter, drei Tage lang: von der „Reise in ein geschundenes Land", das hier immer noch Sudetenland heißt, bis zur Zukunft Südtirols — „auch ein Teil der Deutschen Frage". Oder „Vierzig Jahre nach der Stunde Null — ist Deutschlands Uhr für immer stehengeblieben?" Der Referent zu letzterem Thema trat jüngst aus der CDU aus, weil sie „die Aufgabe Ostdeutschlands zum politischen Ziel mache" — zitiert laut Tagungsprogramm. Da fehlt auch nicht die stimmungsvolle Morgenfeier nach Hoffmann von Fallersleben.

Stinkbomben und zerschlagene Fensterscheiben sind gewiß nicht die richtige Art, sich mit solchen Gruppierungen wie dem „Norddeutschen Forum" auseinanderzusetzen. Mich macht allerdings sehr betroffen, daß Lüneburg als Tagungsort offensichtlich eine magische Anziehungskraft für Vereine und Grüppchen aus der politisch extremen rechten Ecke besitzt. Die Schützengesellschaft und ihr neugewählter Präsident sollten sich ernsthaft Gedanken darüber machen, ob sie solchen Organisationen ihr Haus öffnen, die unter dem Deckmäntelchen von „Kultur und Politik" lediglich eine deutsche Zukunft von Südtirol nachdenken.

Wilfried Pankow,
Graf-Schenk-von-Stauffenberg-Str. 76,
2120 Lüneburg

NORDDEUTSCHES FORUM

12.–14. April 1985

im Schützenhaus zu Lüneburg

2. NORD… FO…

4.–6. April

im Schützenhaus z…

Kulturp…

Arbeitsk…

Kulturpolitische Veranstaltung

Das Buch zum Norddeutschen Forum

In dieser hervorragenden Arbeit hat der verdienstvolle Deutschland-Politiker Prof. Emil Schlee die Ergebnisse des "1. Norddeutschen Forum 1985" zusammengestellt. Aus dem Inhalt: Absage an den Europastaat – Aktive Wiedervereinigungspolitik – Das Ende des Neutralismus-Tabus – Liebe zu Deutschland.
Zur Weiterverbreitung dringend empfohlen!

100 Seiten, Autorenfotos, Pb., DM 14,-

ARNDT

Die gebetenen Gäste des "Bundes heimattreuer Jugend (BHJ)" der Herren Schlee (REP) und Wehdemeyer (CDU) vor dem Lüneburger Schützenhaus....

...und die ungebetenen Gäste.

Ein Fall von Selbstjustiz

LZ 8.1.87

lz Lüneburg. Vier Mitglieder des als rechtsextrem eingestuften Bundes Heimattreuer Jugend sind gestern vom Jugendschöffengericht Lüneburg wegen gemeinschaftlichen Raubes zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden.

Die vier 19 bis 22 Jahre alten Männer aus Friedland, Hamburg, Herdecke und Wildeshausen hatten im April 1986 am „Norddeutschen Forum" im Lüneburger Schützenhaus teilgenommen, das der rechtsextreme Bund mitgestaltet hatte.

Bei einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe von Gegendemonstranten ließen sie durch die Polizei die Kamera eines Fotografen aus Hamburg beschlagnahmen. Als der Fotograf dann die Kennzeichen ihrer Fahrzeuge notierte, baten die vier erneut um das Einschreiten der Polizei. Da diese keinen Anlaß zum Handeln sah, zerrten sie den Hamburger aus seinem Wagen und griffen sich den Zettel mit den notierten Autonummern. Aus Sicht des Lüneburger Gerichtes war das Verhalten der vier fast ein klassischer Fall von Selbstjustiz.

Wer tagte im Schützenhaus?

LZ 15.4.85

Fenster eingeworfen

dt Lüneburg. Eine 170 mal 80 Zentimeter-große Fensterscheibe ging klirrend zu Bruch, dann stank es im Lüneburger Schützenhaus nach Buttersäure. „Vor Schreck fielen ein paar Gäste im Schützenhaus vom Stuhl", bemerkte einer der Teilnehmer jenes „Norddeutschen Forums", das sich am Wochenende in Lüneburg zu einer „kulturpolitischen Versammlung zur Deutschen Frage" getroffen hatte. Dann kam die Polizei.

„Politisch motivierte Sachbeschädigungen", notierten die Kriminalbeamten im Protokoll angesichts des Stinkbomben-Attentats. Später wurde die Liste noch ergänzt durch den Zusatz „vier Autoreifen zerstochen".

Jene 170 persönlich geladenen Gäste im Schützenhaus ließen sich durch den Vorfall nicht stören, lauschten weiter den „hochrangigen Experten aus Ost- und Westdeutschland sowie Südtirol" (so Versammlungsleiter Gernot Mörig). Die Störaktion jener etwa 35 Demonstranten, seinen Angaben zufolge „mit Eisenstangen bewaffnet und vermummt", war ihm „unverständlich".

Das 7. Fachkommissariat der Kripo Lüneburg (zuständig für politisch motivierte Straftaten) hat sich des Stinkbomben-Falls inzwischen angenommen. Aus welchen Kreisen sich das „Norddeutsche Forum" zusammensetzt, ist der Polizei bisher allerdings ebenso unbekannt wie die Motivlage der Fenster-Zerwerfer.

Hans Wehdemeier, Präsident der Allgemeinen Schützengesellschaft, der das Schützenhaus gehört, weiß auch nicht, wer da zu Gast war. „Alle Veranstaltungen unterliegen der Regie des Pächters", sagte er, „wir von der ASL haben keine Einwirkungsmöglichkeiten."

Stinkbomben galten der „Neuen Rechten"

Störer unbekannt

LZ 16.4.85

dt Lüneburg. Noch keine Anhaltspunkte dafür, wer die Versammlung des „Norddeutschen Forums" am Wochenende im Schützenhaus mit Stinkbomben und „Fenster-Einwürfen" stören wollte; hat die Kriminalpolizei Lüneburg. Wer da fast unbemerkt im „Schützenhaus" drei Tage lang tagte, ist jetzt allerdings bekannt.

Hauptredner des „Norddeutschen Forums" war Alain de Benoist, Chefdenker und Theoretiker der „Neuen Rechten" in Frankreich. Auch Dr. Franz Pahl, Abgeordneter des Südtiroler Landtags, der „durch einen Hungerstreik gegen das faschistische Siegesdenkmal in Bozen Aufsehen erregte und „erfolgreich der Mißachtung der deutschen Sprache in Italien entgegenwirkte". (Ankündigung durch den Veranstalter) sprach in Lüneburg, ebenso Professor Emil Schlee, der 1985 aus der CDU austrat, „weil die jetzige Regierung die Aufgabe Ostdeutschlands zum Ziel machte".

"Republikaner und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament", hrsg. vom Bereich Forschung und Beratung der CDU-Konrad- Adenauer- Stiftung - ebenso wie seine REP- Europaparlamenrskollegen zwar zum Kassieren der Sitzungsgelder, weniger aber bei der anstrengenderen Diskussion in den Ausschüssen und im Plenum gesehen wurde.
Mit dem völligen Zerwürfnis der REP-Fraktion endete auch seine Zeit bei den Republikanern, und seither tingelt Schlee durch die Rechtsaußen-Parteienlandschaft:
Nach einem kurzen Gastspiel bei der high-tech-Sekte LaRouche , die unter verschiedenem Namen auftritt wie "Schiller- Gesellschaft", "Europäische Arbeiterpartei EAP", "Patrioten für Deutschland" (Lüneburger Funktionäre: Hedwig Blesse und das Ehepaar Bernd und Friederike Schmidt), ab 1993 auch: " Bürgerrechtsbewegung Solidarität ", ist Schlee nun beim " Aufbruch '94 " (Vorläufer : " Aufbruch '94 - Deutscher Freier Wählerbund " ,Bundesvorsitzender: E. Schlee, stellvertretender Bundesvorsitzender: Ex-Konteradmiral Günter Poser) angekommen, wurde dort sogleich auf dem ersten Bundesparteitag am 16. Oktober 1993 in Kaltenkirchen hinter seiner REP-Europaparlamentskollegin Johanna Grund auf Platz 2 der Kandidatenliste zur EU- Wahl für 1994 gewählt und scheiterte gerade erst bei seinem Versuch, für seinen neuen Verein beim Bundesverband der " Freien Wählervereinigungen " Unterstützung zu erlangen, kläglich. Deren Vorsitzender nämlich, Landrat Armin Grein, wies in der Beilage zur Zeitschrift " Der Gemeinderat " Schlees Ansinnen zurück mit dem Bedauern "...daß sich wieder einmal einer mit unserem guten Namen schmückt und als Trittbrettfahrer mitfahren will " und dem Hinweis, daß den Wählervereinigungen eine Kooperation mit Schlees " Aufbruch '94 " nur Schaden könne.

Als ersten Test nun versuchte Schlee mit seinem neuen Verein bei den Kommunalwahlen am 20. März 1994 in Schleswig- Holstein in die Wahl- Parteienlandschaft einzusteigen, allerdings

lediglich in zwei Ortschaften dieses Bundeslandes. Immerhin erreichte diese Gruppe in Kaltenkirchen eine Wahlunterstützung von 4,8 %, was in erster Linie am Bekanntheitsgrad des Kandidaten und örtlichen Hoteliers Jürgen Jäger und der Unterstützung durch die politisch höchst einflußreichen Revanchistenorganisationen gelegen haben mag.

Bundesweit in die Schlagzeilen der Presse gelangte E. Schlee in der letzten Zeit dadurch, daß aus einer Versammlung des " Aufbruch '94 " in Köln heraus, wo er als Redner fungierte, ein Anschlag auf örtliche Antifaschisten vermutlich geplant, auf jeden Fall aber von Versammlungsteilnehmern - vielleicht von Schlees Ausführungen inspiriert - durchgeführt wurde.

Bereits 1992 wurde bekannt, daß Schlee auch eindeutige Verbindungen zum militanten Flügel des Neofaschismus unterhalten muß: Das seinerzeit vom Revisionisten und Altnazi Otto Ernst Remer herausgegebene pseudowissenschaftliche sogenannte Rudolf-Gutachten, in dem Rudolf (29 Jahre, war als Student Funktionär des REP-Studentenbundes "Republinaischer Hochschulverband", heißt seit seiner Heirat im Mai 94 Germar Scheerer) zum wiederholten Male den Holocaust an den europäischen Juden leugnet und von " behaupteten Gaskammern von Auschwitz " spricht, nennt im letzten Kapitel in einer Danksagung für das Zustandekommen dieser Hetzbroschüre nicht nur bekannte Neonazis wie Jürgen Rieger, sondern eben auch Emil Schlee.

Der politische Skandal, daß in Lüneburg in gutbürgerlicher Umgebung des Wellenkamppschen Hotels ein solcher Rechtsaußen das Hauptreferat bei einer Veranstaltung der Graudenzer Vereinigung ohne ein Wort der öffentlichen Kritik halten durfte, wurde durch einen Leserbrief problematisiert.

Interessant wird dieser politische Sach-

Der Gastreferent kam aus der Neonazi-Szene

LZ 21.10.92

Betr.: Graudenzer-Treffen
LZ vom 21. 9. 92

Es ist ja nun schon mehrfach aufgedeckt und kritisiert worden, daß hier in Lüneburg Treffen von diversen Vertriebenenorganisationen nur vordergründig dem Zweck dienen, der sogenannten Erlebnisgeneration eine Möglichkeit des Zusammenkommens und des Sicherinnerns zu bieten.

In Wirklichkeit aber wird dort knallharte Politik betrieben, die z. B. durch die Forderung nach Annektion u. a. polnischen Territoriums auch heute noch unseren östlichen Nachbarn Angst und Schrecken einjagt.

Daß bestimmte Vertriebenenfunktionäre nun aber ganz offiziell eine Führungsperson des organisierten Neonazismus nach Lüneburg einladen, um diese Forderungen zu verbreiten, ist schon recht dreist. Bei dem Referenten Professor Schlee handelt es sich nämlich nicht um einen x-beliebigen Abgeordneten, sondern um den Landesvorsitzenden der neonazistischen Partei „Republikaner" Schleswig-Holsteins, der zudem maßgeblich mit an der Formulierung des Parteiprogramms der Reps beteiligt war und der 1990 gar Bundesvorsitzender dieser Partei

Recht dreist

werden wollte (bekanntlich machte Schönhuber das Rennen).

Dieser „EG-Parlamentarier" referiert und wird gefeiert von allen möglichen Neonazi-Gruppen wie etwa von der „Gesellschaft für freie Publizistik" (gegründet von SS- und NSDAP-Mitgliedern), der neu-rechten Kaderschmiede „Nationaleuropäisches Jugendwerk", vom „Kampfbund Deutsches Schlesien" bis zur braunen Kulturvereinigung „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes".

Im Europaparlament kassiert er zwar fleißig Diäten, ist aber kaum zu sehen — mit wenigen Ausnahmen. Etwa dann, wenn er mit seiner Republikaner-Fraktion eine Nichtanerkennung der Grenze zwischen der Bundesrepublik und Polen sowie eine Ostverschiebung Polens fordert.

Landrat Schurreit jedenfalls ist ganz schlecht beraten, wenn er nun ausgerechnet für diese Graudenzer-Vereinigung eine Samtgemeinde im Landkreis zwecks „Partnerschaft" suchen will.

Peter Asmussen
Barckhausenstraße 26
Lüneburg

Pamphlet eines DKP-Funktionärs

LZ 8.10.92

Betr.: Leserbrief zum Graudenzer-Treffen
LZ vom 1. 10. 92

Daß in einer Zeit, in der weltweit das kommunistische System wegen Lug und Betrug, Rassismus, Völkermord und Diktatur am Zusammenbrechen ist, im Kernland Rußland sogar verboten wurde, als SED durch die Vereinigung in Deutschland endlich verschwand, womit auch die hiesige DKP ihre SED-Fördermittel verlor, daß sich in

Recht dreist

einer solchen Zeit noch ein DKP-Funktionär mit einem verlogenen Pamphlet im Leserforum zu Wort meldet, ist „recht dreist"!

Mit seiner Wortwahl „Neonazi-Szene", „aufgedeckt und kritisiert", „diverse Vertriebenenorganisationen", „sogenannte Erlebnisgeneration", „knallharte Politik", „Forderung nach Annektion u. a. polnischen Territoriums", „Führungsperson des organisierten Neonazismus", „gefeiert von allen möglichen Neonazi-Gruppen", „neu-rechte Kaderschmiede", „braune Kulturvereinigung" stellt Herr Asmussen sich ja zur Genüge selbst vor. Daß das Europaparlament nicht über deutsch-polnische Grenzen oder über die Ostverschiebung Polens zu entscheiden hat, scheint Herr Asmussen noch nicht zu wissen. Als ein Abgeordneter, der seine parlamentarischen Pflichten regelmäßig erfüllt, habe ich Herrn Asmussen als „Anwesenheitszähler" im Parlament noch nie gesehen. Als Referent mit langjährigen Erfahrungen und Kenntnissen in und über Deutschland und Europa stehe ich grundsätzlich allen Deutschen und ihren Organisationen kostenlos und frei, wenn sie an solidem Wissen interessiert sind, zur Verfügung.

Die Graudenzer luden einen Referenten ein, der nie Mitglied der NSDAP war, dessen Vater (ebenfalls nie Mitglied der NSDAP) im Ostzonen-KZ Fünfeichen bei Neubrandenburg umkam, der sechs Jahre sowjetische Kriegsgefangenschaft überlebte, in drei Kommunalparlamenten, im Hessischen Landtag und jetzt im Europaparlament am Aufbau der Bundesrepublik, der Demokratie in diesem Lande als Pädagoge in Schulen und Hochschulen und in Landesministerien mitwirkte und dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Auch jetzt gehöre ich keiner Partei und keiner Fraktion an.

Der gebürtige Ostpreuße und Lüneburger Landrat Schurreit weiß besser als Asmussen, wer die Graudenzer sind und welches Schicksal sie hatten. Ihm ist ehrlich zu danken, wenn er den Graudenzern den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen mit einer Samtgemeinde des Landkreises ermöglicht.

Prof. Emil Schlee
Danziger Straße 4
2313 Raisdorf/bei Kiel

An die
Landeszeitung
Am Sande
2120 Lüneburg
- Lokalredaktion -

Sehr geehrte Damen/ Herren!

Ich bitte um den Abdruck des nachfolgenden Leserbriefs.

Natürlich war damit zu rechnen, daß der Referent der Lüneburger Graudenzer- Versammlung vom 20.9.92, der Europaabgeordnete der Neonazipartei "Republikaner", Emil Schlee, auf die Aufdeckung des braunen Hintergrunds seiner politischen Beziehungen und seines Standortes (mein Leserbrief v. 1.10.92) eine Erwiderung formulieren wird, in der er uns Lüneburger/-innen die pure Unwahrheit sagt, etwa indem er behauptet, noch nie einer Partei oder Fraktion angehört zu haben (Leserbrief Schlees v. 8.10.92), obwohl doch den amtlichen Wahlunterlagen zu entnehmen ist, daß er sowohl bei der Wahl für das Europaparlament als auch bei der Wahl für den Landtag in Schleswig -Holstein (hier sogar auf Listenplatz 1) für diese braune Partei kandidierte. Schlees Argument, er sei kein Rechtsaußen, sondern lediglich Experte in Sachen Deutschlandpolitik, ist genauso überzeugend wie ein Hinweis, sein Europarlamentskollege Schönhuber sei kein ausgewiesener Nationalist, sondern lediglich Fachmann in Fragen der Asylpolitik.

Wichtiger aber noch als sich weiter mit diesem Professor aus Kiel zu beschäftigen (wer es dennoch tun möchte, dem/der sei der sozialdemokratische Pressedienst "Blick nach rechts" empfohlen, Heussallee 1 - 10, 5300 Bonn), ist die Frage, wie es hier in Lüneburg mit jenen Organisationen und Gruppen steht, die meinen, sich solch braune Referenten ins (in diesem Fall Wellenkamppsche) Haus einladen zu müssen und vor allem, warum nun auch noch diese Republikaner und andere Rechtsaußen eine Fürsprache durch den offiziellen Vertreter des Landkreises erfahren. Oder sollte den Verantwortlichen der politische Hintergrund des Hauptreferenten etwa nicht bekanntgewesen sein ? Das ist doch wohl kaum anzunehmen.
Eine Antwort sowohl von der Graudenzer- Vereinigung als auch vom Landrat Schurreit in diesen Leserbriefspalten steht noch aus.

Mit freundlichem Gruß

verhalt allerdings nicht nur durch das öffentliche Aufdecken der Zusammenarbeit von REP- Funktionären und Revanchistenorganisationen bei Anwesenheit eines sozialdemokratischen Landrates, sondern wegen des weiteren Verlaufs dieser Diskussion, insbesondere der Rolle der örtlichen Meinungsmacher und politisch Verantwortlichen : Diese Diskussion nämlich wurde unterbunden, sie fand nicht statt. Von der postulierten " scharfen Abgrenzung zu REPs und allen Rechtsaußen", von den Konservativen und Sozialdemokraten ansonsten vollmundig formuliert, ist anscheinend dann keine Rede mehr, wenn es gilt, es sich mit einem Teil des Wahlvolkes nicht zu verderben. Ebenso die örtliche Presse: Zum Zwecke der Auflagensteigerung wird schon mal eine Sonderseite über " Gewalt " publiziert, eine Diskussion über die praktischen Verbindungslinien der REPs zu machtpolitisch bedeutsamen Organisationen wird unterbunden. Publiziert wurde stattdessen eine Art Rechtfertigung des prominenten Rechtsaußen. Weder der betreffende Landrat äußerte sich zu diesem Skandal, noch die kritisierte Graudenzer Vereinigung, und eine weitere Diskussion wurde auch dadurch unterbunden, daß der Abdruck einer Erwiderung auf die Schlee- Rechtfertigung von der Chefredaktion der LZ untersagt wurde, letztlich also die neofaschistische Front unkommentiert das letzte LZ- Wort erhielt.

Derzeit ist der Kreisverband Lüneburg der Republikaner damit beschäftigt, im Landkreis Lüneburg und in den Nachbarkreisen Uelzen und Dannenberg stärker zu wirken. Da bislang im Stadtbereich Lüneburg die erhoffte größere Mitgliederresonanz ausblieb, versucht Benno Bernd (Maschinenschlosser aus Bad Bevensen) etwa, in Uelzen einen eigenen Kreisverband aufzumachen, oder aber die Lüneburger REPs ziehen zu einer öffentlichen Wahlkampfaktion (Info-Tisch) im Sommer 94 ins benachbarte Bleckede, wo sie mit etwa 10 Personen (Unterstützung erhielten sie von Mitgliedern aus dem KV Harburg) auftraten - allerdings mit nur mäßigem Erfolg. Da auch die weiteren Lüneburger Aktiven wie Erdmann (Adendorf), Bauer (Ochtmissen), Schmidt (Brackede) sowie Vorsitzender Pilz selbst (Scharnebeck) sämtlich nicht aus dem Stadtkern stammen und es ihnen anscheinend auch deshalb schwerfällt, die Mitgliederwerbung im Bereich der Innenstadt voranzubringen, orientieren sich die REPs nach außen. Nach wie vor unterhält Pilz rege Kontakte in die Amelinghausener Gegend (insbesondere zu Malte Holzer - NPD -, mit dem er wichtige Fragen "von gegenseitigem Interesse" bespricht) und auch seit neuestem in Richtung Landkreis Lüchow- Dannenberg, und auch nach Neuhaus.
Unabhängig von der Frage, wieweit die Mitgliedschaft der REPs im Lüneburger Bereich reicht (der oft erwähnte Hinweis, daß 50% der Bediensteten der Bardowicker Polizeistation Sympatisanten und Mitglieder der REPs seien, ist wohl ein Gerücht), kann doch angenommen werden, daß es gemeinsame konzertierte Absprachen zwischen REPs, staatlicher Politik, Unternehmen und Justiz (wie sie etwa in Berlin durch die Aufdeckung der "Dienstags-Gespräche" bekannt wurden), nicht gibt.
Auch wenn die REP- Partei in Lüneburg kaum in Erscheinung tritt, so stellt doch ihre schlichte Existenz eine kaum zu unterschätzende Bedrohung dar und zwar nicht nur wegen ihrer innerorganisatorischen Funktion, eine Diskussionsmöglichkeit für neofaschistisch orientierte Menschen am Ort zu bieten, diese also zusammenzuführen und ihnen einen Rahmen und Gelegenheit zum Finden von Gemeinsamkeiten mit weiteren "Gleichgesinnten" zu geben und so individuelle Problemlage im Gespräch klarer neofaschistisch zu orientieren. Auch ihre Funktion als Möglichkeit der Absprache und Koordination unterschiedlicher Fraktionen des Neofaschismus hält sich sicherlich noch in Grenzen.
Bedeutender schon ist ihre Funktion als Wahlpartei, gibt sie doch so dem gesamten Bereich - ansonsten passiver - neofaschistisch orientierter Menschen der Region die Möglichkeit, hier ihre Position und Meinung auch aktiv zum Ausdruck kommen zu lassen,sich eindeutig auch ohne politische und moralische Rücksichtnahmen anonym zu bekennen.

Die REP- Partei - zumal bei einer Intepretation als "Protestpartei" - wirkt hier zudem bei diesen Wählern/-innen als "Dammbrecher" zum offenen Neofaschismus: Sie gibt diesen Menschen die Möglichkeit, das traditionelle Parteiengefüge des nichtfaschistischen Lagers verlassen zu können, einer Alternative hierzu zustimmen zu können mit der Wirkung, unter bestimmten Bedingungen für weitere Alternativen auch des militant neofaschistischen Lagers offen zu sein.
Diese Funktion der REPs als Einfallsschleuse nach Rechtsaußen erfüllt die REP- Partei auch dann, wenn sie in Lüneburg als reine Wahlpartei auftritt, und zwar auch im tagespolitischen Raum: Der saubere und ordentliche Lüneburger, ansonsten eher unpolitisch oder in den Rechtskonservativismus integriert, darf wieder " die Sau rauslassen". Wo der völkische Nationalismus als REP- Partei ganz legal wüten kann, traut man sich wieder: etwa im Glockenhaus bei Belustigungsveranstaltungen " Gedichte " gegen Flüchtlinge vorzutragen, da verwandeln sich biedere Hausfrauen und Betreiber von Innenstadt-Läden bei ihrem "Kampf" gegen Barden, Bettler und Roma- Frauen und für eine saubere Bäckerstraße in wildgewordene Kleinbürger - und erhalten dutzendfachen Zuspruch in den Leserbriefspalten der Landeszeitung von Menschen, die sich vorher noch nie trauten, einen Leserbrief zu schreiben. Ob in der Fußball-,Schützen-,Kneipen- oder sonstigen Freizeitszene Lüneburgs : Neben den nachdenklicher gewordenen Menschen gibt es zunehmend solche Menschen, die sich irgendwo zwischen Gedankenlosigkeit und offenem Rassismus artikulieren, die sich nicht mehr - wie ehedem - zurückhalten und zunächst nachdenken.
Eine öffentliche Schamgrenze gibt es immer weniger im Alltag: Wurden z.B. vor einiger Zeit noch antisemitische Witze lediglich im Bekanntenkreis gerissen, so gilt heute diese sichernde Grenze der Intimität nicht mehr - die Schranken nach Rechtsaußen wurden geöffnet.
Eine ganz "spaßige" Variante dieser neuen Gedächtnislosigkeit zirkulierte vor einiger Zeit in der Fußballabteilung des TuS Reppenstedt in Form eines Papiers, welches die Idealbesetzung einer Fuball-Elf beschrieb: Die Stürmer- Reihe sollte mit Juden besetzt werden, weil sie einen

Lager völlig überbelegt

LZ 3.12.92

Betr.: Bericht „Das Inferno von Bergen-Belsen" (30. 11. '92)

Ihr Rückblick auf die Geschehnisse in dem Konzentrationslager Bergen-Belsen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges entspricht im wesentlichen dem heutigen Stand der geschichtlichen Kenntnis, und ich kann Sie in der heutigen Zeit, in der in nahezu allen Medien die fortdauernde Verbiegung zeitgeschichtlicher Zusammenhänge noch immer das „Normale" ist, zu dieser Objektivität nur beglückwünschen und Ihnen danken.

Vielleicht hätte man zur Verdeutlichung des damaligen Chaos in dem Lager noch erwähnen können, daß das Lager durch die Evakuierung aus anderen Lagern um 100 Prozent gegenüber seiner Planung überbelegt wurde, daß diese Evakuierungen ausschließlich aus Lagern im Osten Europas, vor allem aus Ausschwitz, erfolgte und daß durch diese Transporte versehentlich Typhus eingeschleppt wurde, dessen man dann nicht mehr Herr wurde. Die westlichen Alliierten nutzten ihre mittlerweile uneingeschränkte

• Typhus

Lufthoheit, um „auf alles, was sich auf den Landstraßen bewegte" (ein Zeitzeuge) zu schießen. Die Versorgung des Lagers mit Lebensmitteln wurde fast unmöglich, bei Bombenangriffen auf das Lager wurden die Wasserleitungen zerstört, niemand konnte sich mehr sauber halten — und der Typhus war der allgemeine Sieger.

Walther Burgwedel
Am Wildwechsel 5
2121 Reppenstedt

W I L L K O M M E N !!!

In der Bäckerstraße Groß- und Klein-
gibt man sich ein Stelldichein;
Menschen aus der ganzen Welt,
ihnen es hier wohlgefällt.

Sitzen hier am Straßenrand,
halten auf die braune Hand,
in dem Schoß, ein Kind, noch klein,
soll ein Grund zum Mitleid sein.

Und auch Penner, , gar nicht fein,
neben sich den roten Wein ,
auf dem Schilde steht geschrieben,
hat man herzlos sie vertrieben.

Sei gegrüßt, du Asylant,
hier, in meinem Heimatland!
Freue mich, daß du gekommen,
heiße herzlich dich: Willkommen!!!

Was du brauchst zum guten Leben,
gerne wollen es dir geben!
Auch ein Auto ist bestellt,
hoffen, daß es dir gefällt.

Und die Wohnung, nicht zu klein,
soll auch noch dein Eigen sein.
und das Fernsehn, bunt in Farbe,
ist die kleine Morgengabe.

Und das Geld darf auch nicht fehlen,
es gehört nun mal zum Leben,
die Behörde wartet schon,
gehe hin und hol den Lohn!

Antisemitische Straftaten

BONN. Die Zahl antisemitischer Delikte hat trotz des Rückgangs bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten im vergangenen Jahr zugenommen. Für 1994 werde mit rund 1 150 Straftaten eine im Vergleich zum Vorjahr doppelt so hohe Zahl antisemitischer Verbrechen erwartet, berichtete der SPD-Informationsdienst *Blick nach rechts* gestern unter Berufung auf das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Einen großen Anteil am Anwachsen antisemitischer Straftaten habe das Delikt Volksverhetzung. *(AP/jW)*

Herr gib uns den Moses wieder
daß er seine Glaubensbrüder
führe ins gelobte Land.
Noch einmal laß das Meer sich teilen
und stehn wie eine Wasserwand.
Dann, Herr, mach die Klappe zu!
Dann haben die Völker Ruh'!

Zur besseren Lesbarkeit:

Herr, gib uns den Moses wieder,
daß er seine Glaubensbrüder
führe ins gelobte Land.
Noch einmal laß das Meer sich teilen
und stehn wie eine Wasserwand.
Dann, Herr, mach die Klappe zu!
Dann haben die Völker Ruh'!

Das Ostpreußenblatt

Kriminalität: 17.8.94

Anteil ausländischer Täter steigt

Taschendiebstahl und Glücksspiel von Nichtdeutschen dominiert

„Drei Verletzte bei Messerstecherei", „Jugendlicher beraubte U-Bahn-Fahrgast", Frau im Park überwältigt", „Wohnungs- ... hellichten Tag" – Meldungen ... Landes- ... samtzahl aller Strafdelikte wird nach und nach größer.

Waren 1984 in der Gruppe jugendlicher Täter im Alter von 18–21 Jahren etwa 15 von 100 Verdächtigen Nichtdeutsche, machten der 208 040 ... ging ... 84,3

Sonnabend Sonntag, 19./20. September 1992 · Nr. 220

Nachweis von Straftaten macht der Polizei Problem

Diebesgut in Zeltstadt und Wohncontainern?

...kre Lüneburg. „Nix geklaut, ...haben wir auf Sperrmüll gefunden ..." Mit großen, unschuldigen Augen schauen die beiden Rumänen die Polizisten an. Vor ... sich Deos, Video-

Mehr Aufbrüche in Telefonzellen

...kre Lüneburg. Handtaschendiebstähle und Aufbrüche in Telefonzellen – das sind Delikte, die seit Wegfall der Mauer die Polizei in Atem halten. Diese Erfahrung bestätigen nicht nur Lüneburger Fahnder, sondern auch Detlev Ehrike, Pressesprecher des Landeskri... on Lüneburg wurden im zweiten Halbjahr 1991 35 Tatverdächtige ermittelt. Die alte Salzstadt und ihr Umland lagen damit in Niedersachsen mit an der traurigen Spitze, übertroffen nur noch von Hildesheim, wo in der zweiten ... ersten drei Quartalen des darauffolgenden Jahres bereits 208.

Besonders aktiv sind die Taschendiebe im Bereich der Schutzpolizei-Inspektion Lüneburg. Zu deren ...

entscheidenden Angriffsvorteil im Hinblick auf das Abwehrverhalten der gegnerischen Mannschaft böten: " Juden dürfen nicht mehr verfolgt werden."

Eine weitere Gefahr, die von der schlichten Existenz der REPs ausgeht - unabhängig von ihrer direkten parteipolitischen Möglichkeit der Einflußnahme - ist die Fähigkeit zur Aktualisierung von Motivation und Mobilisierung zu bestimmten Taten, liegt in der Ausstrahlung dieser politisch wirksamen Positionen auf die individuelle Motivationslage von neofaschistisch und antisemitisch orientierten Einzelpersonen und auch von Gruppen:
An der Fachhochschule im Munstermannskamp wurden - nun schon mehrfach - Flugblätter antisemitischen Inhalts bei Studenten/-innen mit jüdischen Vorfahren am entsprechenden KfZ angebracht (in diesem Zusammenhang ist wohl die Bezeichnung " Morddrohung" angebrachter) und zugleich Aufkleber der Republikaner innerhalb des Gebäudes - für den Antisemiten ist es bedeutungslos, welche Partei oder Gruppe seine Aktionen unterstützt.

Die größte Gefahr - und dabei mit den beschriebenen Tendenzen in Wechselwirkung stehend - aber besteht in der Verschiebung der politischen Koordinaten insgesamt weit nach Rechts:
Kaum nämlich war das "Asylschwemme"-Thema ausgereizt, in Wahlerfolge, zielgerichtete Taten und Aktualisierung völkischen Bewußtseins umgesetzt, stand das nächste Thema mit ähnlicher Zielsetzung an: "Innere Sicherheit/Kriminalität". Zunächst noch im Zusammenhang mit dem Asyl-Thema, anschließend unabhängig davon gab es bald kaum eine Woche, in der nicht die LZ über einen am Ort wirkenden sizilianischen Mafiosi berichtete, über rumänische Räuberbanden, die deutsches Geld aus örtlichen Telefonzellen klauten; umfangreiche Beutelager in Reppenstedter Flüchtlingslager wurden entdeckt;
Handtaschen und vieles mehr von umherstreunenden Polen geklaut, - kurzum:In Lüneburg ging (und geht) die Wahnvorstellung umher, keinen Schritt mehr vor die Wohnungstür setzen zu können, ohne

von Fremdländischen überfallen, ausgeraubt und vergewaltigt zu werden. Nach der Kampagne "Ausländer raus, denn sie nehmen uns künftige Arbeit und Wohnung !" die mehr auf einen Ausschluß der Konkurrenz bei einer angestrebten besseren Lebensgestaltung abzielte und mit dem Abschotten der deutschen Grenze zum einen, der europäischen zu anderen endete, hieß es jetzt gegen jene, die sich trotz florierender Abschiebepraxis im Innern befanden: "Ausländer raus, denn sie nehmen uns nun auch noch das weg, was wir bereits besitzen."
Zwar passierte den Konservativen am Ort bei dieser Kampagne ein kleiner Schnitzer, denn die Arbeitnehmerfraktion der Bezirks-CDU hatte für eine Veranstaltung einen Referenten geladen, der völlig danebenlag und alles mögliche über die in der BRD ohne deutschen Paß lebenden Menschen referierte (z.B. daß die Kriminalitätsrate bei diesen Menschen im Durchschnitt aller Delikte geringer sei als bei Menschen mit deutschem Paß; daß jene Menschen strafbar werden können für bestimmte Taten, nach denen auch bei größter Anstrengung die Menschen mit deutschem Paß gänzlich straffrei blieben,u.a.) - bloß nicht über die massive Bedrohung der Deutschen durch Ausländer.
Keine Woche später rückte der Chef der Lüneburger Polizei in einem LZ-Exklusivinterview die Verhältnisse wieder ins rechte Lot...

Der Ruf nach Recht, Ordnung und dem starken Staat durchzog in der Folgezeit die Diskussion am Ort wie ein roter Faden, und wenn es schon keinen wissenschaftlich haltbaren Beweis für die propagierte massiv gewachsene "Ausländerkriminalität" gab, so führte man den Terminus des " subjetiven Bedohungsgefühls" ein, um in der rechten Suppe zu löffeln.
Ganz oben in der Prioritätenliste bei der Wahlpropaganda der Konservativen Lüneburgs im Jahre 1994 stand denn auch die "Kriminalitätsbekämpfung". Die Spitzenkandidaten der CDU für die Kreistags- und Landtagswahl am 13. März, Udo Staacke und Bernd Althusmann überboten sich wechselseitig mit ihren Warnungen vor dem rot-grünen Kriminalitätschaos.

Montag, 7. September 1992 · Nr. 209 LOKALES

Professor Pfeiffer vor Christlicher Arbeitnehmerschaft in Winsen:

Ausländer sichern die Renten

Plädiert für Einwanderung: Professor Pfeiffer. Foto: kd

kd Winsen. „Deutschland kann nur überleben, wenn es in hohem Maße Ausländer integriert." Diese These formulierte Professor Dr. Christian Pfeiffer, Leiter der Kriminologischen Forschungsanstalt Niedersachsen, am Sonnabend auf der Regionalkonferenz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Winsen.
Nach Prognosen für die nächsten 30 Jahre, so Pfeiffer, müsse durchschnittlich 250 000 bis 300 000 Menschen erlaubt werden, einzuwandern. Andernfalls könnten die Renten nicht mehr bezahlt werden.
Gewaltkriminalität, so erklärte er den etwa 50 Zuhörern, tauche statistisch gesehen bei den Asylbewerbern vergleichsweise weniger häufig auf als bei Deutschen. Auch bei Eigentumsdelikten werde von Deutschen ein höherer Schaden angerichtet als von Ausländern. Der geringste Schaden entstehe durch Asylbewerber.
Bei Asylbewerbern sei lediglich eine Zunahme der „Bagatelldelinquenz" zu beobachten. Dieses Verhalten sei typisch für alle Gruppen der Bevölkerung, in denen die sozialen Bindungen fehlten.
Insgesamt gehe die Kriminalität zurück. Am deutlichsten sei dieser Trend, entgegen anderslautenden Meldungen, bei den Asylbewerbern. Der größte Teil von Straftaten von Asylbewerbern bestehe in Vergehen gegen das Asylgesetz.
Nachdrücklich sprach Pfeiffer sich für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus, die schon seit längerem in Deutschland lebten.
Ein weiteres Thema war eine mögliche Freigabe von Haschisch und Marihuana. Diese „leichten Drogen", so Pfeiffer, müßten entkriminalisiert werden, um den Konsumenten zu ersparen, sich in ein Umfeld zu begeben, in dem auch „harte Drogen" gehandelt werden. Hier könne die Drogenpolitik in Holland ein gutes Beispiel geben. Haschisch als „Einstiegsdroge" zu bezeichnen sei wissenschaftlich unhaltbar.

CDU-Bundestagsabgeordneter Harries erläutert Entwurf:

Gesetz schließt Lücken bei Verbrechensbekämpfung

lz Lüneburg. Als „notwendige Antwort auf die steigende Zahl an Straftaten" hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Harries den Entwurf für ein Verbrechensbekämpfungsgesetz begrüßt, den die Rechts- und Innenpolitiker von Union und FDP jetzt vorgelegt haben: „Das neue Gesetz, das im Januar in den Bundestag eingebracht wird, schließt Lücken, die vor allem durch veränderte Kriminalitätsstrukturen entstanden sind." Die Kernpunkte:

- Die Kronzeugenregelung wird auf organisierte Kriminalität ausgedehnt.
- Das beschleunigte Verfahren wird zum Instrument gegen kleine und mittlere Kriminalität ausgebaut.
- Das Haftrecht wird geändert. Die Hauptverhandlungshaft kann u. a. dann bis zu einer Woche dauern, wenn ein Täter auf frischer Tat verhaftet wird.
- Durch schärfere Strafe bei Körperverletzung soll Gewalt in unserer Gesellschaft noch deutlicher als bisher geächtet werden. Bei der Körperverletzung wird die Höchststrafe von drei Jahren auf fünf Jahre erhöht.
- Ausländische Dealer werden ausgewiesen, wenn sie ohne Bewährung verurteilt werden.
- Schlepperbanden werden härter als bisher bestraft. Bei gewerbs- oder bandenmäßiger Tatbegehung beträgt die Höchststrafe zehn Jahre.
- Das G-10-Gesetz (Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) wird erweitert. Extremistische Gruppen sollen durch den Verfassungsschutz überwacht werden könne.
- Die Verwendung Nazi-ähnlicher Symbole wird unter Strafe gestellt.
- Die Einrichtung eines zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters wird insbesondere bei reisenden Serientätern die Strafverfolgung deutlich verbessern.
- Der Täter-Opfer-Ausgleich wird erstmals im Strafgesetzbuch geregelt.

Das können Sie von einer CDU-Regierung sofort erwarten:

Neuanfang für Niedersachsen.

Am 13. März ist Landtagswahl: Wir brauchen Ihre Unterstützung.

Bürger-Sicherheitsbeiräte kommunaler Ebene

Zu unserer Sicherheits-Offensive gehört auch, daß wir auf kommunaler Ebene Sicherheitsbeiräte schaffen, in denen engagierte Bürger mitarbeiten können.

Die Kriminalität ist in Niedersachsen stärker gestiegen, als in allen anderen Bundesländern.

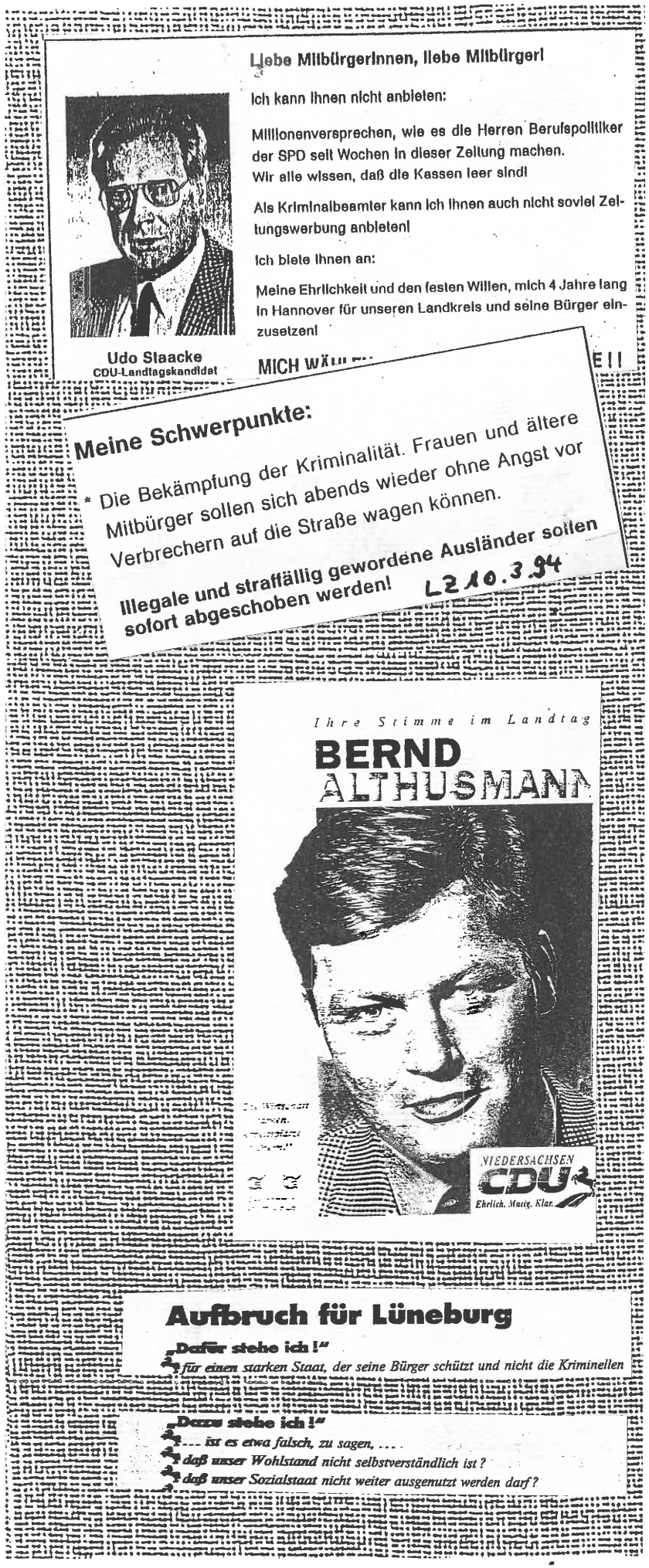
Wer unser Gastrecht zu Straftaten mißbraucht, muß unser Land verlassen.

35 % der kriminellen Delikte in Niedersachsen werden überwiegend von illegal eingereisten Ausländern begangen. Sie sind es, die Vorurteile schüren und unseren ausländischen Mitbürgern schaden. Wir werden jeden konsequent des Landes verweisen, der unser Gastrecht zu Straftaten mißbraucht.

NIEDERSACHSEN CDU Ehrlich. Mutig. Klar.

Die rot-grüne Koalition will eigenständige Kriminalkommissariate auflösen und setzt damit die Sicherheit der Bürger noch weiter aufs Spiel.

Rot-Grün verhindert wirksame Gesetze zur gezielten Kriminalitätsbekämpfung und trägt damit zur noch stärkeren Verunsicherung der Bürger bei.



Während Udo Staacke noch per LZ-Leserbrief den Rassismusmus legitimiert, sofern/ selbst wenn er von bestimmten "Ordnungskräften" (in diesem Fall: "Abschiebekräften") geäußert wird, seinen beruflichen Hinmtergrund als Kriminalbeamter über die Maßen wahl-werbewirksam einbringt als Mensch, der " ehrlich" und "willensfest" dafür Sorge tragen wird, daß die ausländischen kriminellen Elemente sofort das Land verlassen müssen - und somit eine klare Unterscheidung macht zwischen Volksdeutschen und Nicht-Volksdeutschen, wie sie bereits durch den historischen und aktuellen Faschismus bestens bekannt ist - , aktualisiert Althusmann eine neue Variante neofaschistischer Argumentation, auf deren Klaviatur in dem Maße gespielt wird, in der die Ausländerkriminalitäts- Diskusssion jedenfalls in ihrer Massivität merklich abnahm (nämlich nach der Sicherung konservativer Herrschaft im Lande): der starke Staat, der seine Bürger schützt - und nicht die Kriminellen. Die "Volksgemeinschaft", nicht mehr nur bedroht von volksfremden Elementen (wie bei Staacke zu finden), sondern nun auch von Kriminellen, die aber - im Unterschied zu "seinen Brügern", den Bürgern des Staates nämlich - nicht mehr Teil dieses Staates sind - eben "Volksschädlinge", die nicht dazugehören, denen die Mitgliedschaft im völkischen Staate entzogen gehört.

Was hier als reine Dämagogie (im Umkehrschluß: In der Bundesrepublik werden die Kriminellen stärker geschützt als die Bürger - wovor?) hinaus gefordert wird, ist ein Weltbild, welches in der Konsequenz der NPD- Propaganda von der "Todesstrafe für Schwerverbrecher" vergangener Zeiten nahekommt, nämlich das Ausgrenzen der "kriminellen Elemente" zur "Gesundung des Volkskörpers" durch die "biologische und völkische Lösung" : deutsche Kriminelle sind keine Deutschen mehr, sie haben sich durch ihr kriminelles Vergehen außerhalb des Deutschtums gestellt.

Was die REPs auf ihrem vergangenen Parteitag am 17./18. Dezember 1994 durch den neuen Parteivorsitzenden Schlierer für sich als künftiges Ziel formulieren (" Wir werden 1995 oder 96 wieder Erfolg haben, wieder als Ein-Punkt-Partei mit

dem Thema "Innere Sicherheit"") ist - nicht nur - in Lüneburg längst Bestandteil konservativer Politik geworden.
Ist aber erst einmal die Scheidelinie zwischen "Gut" und "Böse" von der geographischen Grenzlinie in den Bereich der Staatsbürgerschaft verlagert, sind erst einmal die "Kriminellen" als "Volksschädlinge" benannt, so bedarf es keiner größeren Anstrengung, weitere Gruppen zu finden, die ebenfalls dem Interesse des Volksganzen abträglich erscheinen. Der verschärfte ökonomische Verteilungskampf sucht sich die passenden ideologisch- politischen Auswege: Die derzeitige Diskussion über die "Ausnutzung des Sozialstaates" durch Menschen, die "unseren" Sozialstaat nicht nur nutzen, sondern ausnutzen, d.h. unverdientermaßen, zu "ihrem" Vorteil und "unserem" Nachteil, wird über Stichwörter wie "Sozialschmarotzer" etc. geführt, soll ein gemeinsames Interesse der Arbeit-habenden und somit "ehrlich Verdienenden" suggerieren gegenüber jenen Menschen, die sich "auf der sozialen Hängematte" ausruhen im "Freizeitpark Bundesrepublik".

Die mit der Stoßrichtung nach außen (Asylpolitik, etc.) und innen (Verweigerung von Grundrechten für Nicht-Deutsche) gekehrte Ideologie von der völkischen Einheit Deutschlands wird somit fortgeschrieben in Richtung auf Qualitätsmerkmale (und damit auf Ausschlußmöglichkeiten) des Völkischen selbst.
Wie schnell sich diese ideologisch-politischen Muster von Rechtsaußen - die sicherlich diese Diskussionen noch weitere Zeit beherrschen wird - in der örtliche Personalpolitik umsetzen und in der hiesigen Öffentlichkeit publizieren lassen, zeigt ein LZ- Bericht über die Amtseinführung des neuen Leiters des städtischen Sozialamtes.

Das schlichte Vorhandensein einer populistischen neofaschistischen Partei wie etwa die "Republikaner" - und das zeigten diese Beispiele - beeinflußt das politische Klima und Tagesgeschehen am Ort - natürlich im Kontext allgemeiner Diskussionen und Problemlagen -, auch ohne daß diese Partei nennenswerte Aktivitäten aus sich heraus entwickeln muß.

Mittwoch, 15. September 1993 · Nr. 215

Kreisdirektor Dr. Porwol mahnt: Leistungen kritisch überdenken

Zehn Millionen Mark mehr an Sozialhilfe ausgezahlt

mh Bleckede. Aus den Kassen der Kommunen fließt immer mehr Geld in die Sozialhilfe. Stadt und Kreis Lüneburg gaben 1992 dafür 47,88 Millionen Mark aus — im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um fast zehn Millionen Mark. Die Stadt trug mit 28,453 Millionen den Löwenanteil. So steht's im Sozialbericht '92 des Landkreises.

Enthalten sind in der Summe die Leistungen an Asylbewerber und „geduldete Ausländer". Für Asylbewerber hat das Land 8,78 Millionen Mark erstattet. Auch für den Aufwand in Alten- und Pflegeheimen müssen Stadt und Landkreis ständig mehr Geld aufbringen. Die Nettoaufwendungen betrugen 1992 im Landkreis 5,509 Millionen, in der Stadt Lüneburg 9,146 Millionen. Für die Altenpflege erstattete das Land 10,409 Millionen Mark.

Die zunehmende Zahl der Aus- und Übersiedler, Asylbewerber und Hilfeempfänger in Alten- und Pflegeheimen wirkte sich auch auf den Personalbestand aus: Seit 1988 sind neun neue Stellen geschaffen worden. Im Kreis-Sozialamt sind jetzt 37 Personen beschäftigt, im Sozialamt der Stadt sind es 36.

Kreisdirektor Dr. Stefan Porwol mahnte im Kreistag: „Wir müssen die Sozialleistungen kritisch überdenken." Er monierte etwa den Verein „Frauen für Frauen", der einen Zuschußantrag verdreifacht habe.

Reinhard Bock (SPD) führte die schwierige Situation auf die „radikalen Kürzungen" in Bonn zurück. Der Kreistag dürfe keine Einschnitte in das „Netz der unterstützenden Initiativen" im Landkreis zulassen. Ellen Buhy (Ständnis 90/Grüne) beklagte: „Dieser Sozialbericht zeigt, daß die Werte der Gesellschaft mehr und mehr verloren gehen." Erwin Fischer (CDU) hingegen meinte: „Sozialpolitik heißt Solidargemeinschaft." Fischer ließ sich über „Wildwüchse" aus, die abgestellt werden müßten.

Immer mehr Menschen in Stadt und Kreis beantragen Sozialhilfe. Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen nimmt die Zahl der Fälle besonders durch mehr Hauspflegefälle einschließlich Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes ständig zu. 1992 waren in Stadt und Kreis insgesamt 2681 Fälle registriert, im Jahr zuvor waren es 2212.

Auf die Einwohnerzahl gerechnet gibt es in Lüneburg die meisten Sozialhilfeempfänger: Dort entfällt auf 42 Einwohner ein Antrag auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die weitere Verteilung im Kreisgebiet: 2. Dahlenburg (1/62) Einwohner), 3. Bleckede (1/69), 4. Gellersen (1/94), 5. Amelinghausen (1/105), 6. Adendorf (1/111), 7. Ostheide (1/117), 8. Bardowick (1/125), 9. Scharnebeck (1/128), 10. Ilmenau (1/145).

Aufgaben wie die Unterbringung von Flüchtlingen schlugen 1992 im Stadt- und im Kreis-Etat erheblich zu Buche, wie der Sozialbericht dokumentiert. Auch die Zahl der Sozialhilfe-Fälle stieg kontinuierlich. Foto: A

LZ 1.12.93

Neuer Amtsleiter Rödenbeck zu seinem Arbeitsziel:

Sozialhilfe-Mißbrauch muß eingedämmt werden

nie Lüneburg. Dreizehn Jahre arbeitet Eckhardt Rödenbeck jetzt bereits für die Stadt Lüneburg. Seit heute ist der 45jährige der neue Leiter des Sozialamts. Der gebürtige Rendsburger begann seine Laufbahn in Lüneburg am 1. April 1980 als Leiter der Ausländerbehörde. 1987 wechselte er zum Ordnungsamt, blieb hier fünf Jahre.

Bei seiner Vorstellung im Ausländerbeirat mußte er gleich Rede und Antwort stehen. Wieso man ganze Asylbewerberfamilien aus ihren Wohnungen in Container umsiedele, obwohl sie in der Lage seien, sich selbst zu finanzieren ? Danach erkundigte sich Gerda Döhring, Mitarbeiterin im Landesflüchtlingsprogramm. Rödenbeck verwies einerseits auf die unsichere Gesetzeslage für die Asylbewerber, andererseits auf die Wohnungsnot in Lüneburg. Alle möglichen Faktoren würden bei einer solchen Umsiedlung berücksichtigt: „Die letzte Entscheidung trifft dann das Verwaltungsgericht. Wir haben nur die unangenehme Aufgabe der Exekutive."

Eines seiner wichtigsten Ziele wird es sein, „den Mißbrauch von Sozialleistungen einzudämmen". Rödenbeck: „Der Schaden, der da angerichtet wird, ist gar nicht abzuschätzen und wird auf dem Rücken der wirklichen Hilfe-Empfänger ausgetragen."

Eckhardt Rödenbeck (45) ist der neue Chef im Lüneburger Sozialamt. Foto: nie

»Mein Platz!« »Nein, meins!!!« »Quatsch, es gehört mir!!!«

Ob die Republikaner bundesweit die Jahre 1995 ff überhaupt für einen Neuanfang nutzen können, nachdem der "charismatische Führer" Schönhuber von der politischen Bühne abgetreten ist und mit den Ergebnissen des Wahljahres 1994 der Ruf der REPs als "Wahlpartei mit zunehmender Anziehungskraft" verlorenging, ist höchst zweifelhaft, zumal eine aktionistische Massenmobilisierung in Richtung Nationalismus/Rassismus nach dem Anschluß der DDR und der Abschaffung des Asylrechts als Individualgrundrecht derzeit nicht benötigt wird. Inwieweit es zur Durchsetzung künftiger politischer Ziele der Rechten (vom ungehemmten Bundeswehreinsatz in aller Welt über Gebietsansprüche an östliche Nachbarstaaten bis zur Radikalisierung der Politik um den "Standort Deutschland" mit allen sozialpolitischen und ökonomischen Implikationen) einer Partei wie der REPs bedarf, ist derzeit höchst unklar.
REP- intern jedenfalls wird heftig gestritten über den neuen Kurs: Zwar wurde mit Rolf Schlierer ein typischer Vertreter jener Richtung zum 1. Vorsitzenden gewählt, die auf "Seriösität" und "intellektuelle Reputierlichkeit" Wert legt, der die gehobenen Chargen des öffentlichen Dienstes und der kapitalfreundlichen Technologie-Fraktionen angehören bzw. primär diese als politische Zielgruppe ansprechen wollen (und im "Wirtschaftwunder-Ländle" Baden-Württemberg auch ihren personellen Rückhalt hat). Zugleich aber wurde mit Rudolf Krause - einem Ex- CDU MdL, der sich auf dem letzten Parteitag "mit einem geschlossen nationalsozialistischen Weltbild" präsentierte (taz v. 19.12.94) - ein "Mann fürs Grobe" mit der höchsten Stimmenzahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt, der auf das hetzerische Anstacheln und Vertiefen von neofaschistischen Ansichten setzt und für dessen Richtung Bündnisse mit der DVU, NPD, DL und weiteren traditionell neofaschistischen Parteien und Gruppen zur Bündelung der Rechtsaußenkräfte maßgeblich sind.
Ausschlaggebnd für das Überleben der REP- Partei ist sicherlich die Frage, ob es ihr noch einmal gelingt, im Rahmen politischer Tagesfragen zu einer derartigen Bedeutung wie ca. 1986 - 1992 zugelangen und dadurch auch der Gruppe der rechten Intellektuellen (wie seinerzeit u.a. den Professoren Rohrmoser und Diwald oder dem Ex-Bundeswehr- Kommandeur Uhle-Wettler, die an der Erarbeitung des 2. REP- Programms von 1990 maßgeblich mitwirkten) eine parteipolitische Heimat zu bieten, jenen Kräften also, die - obwohl noch in vielfältigen Arbeitsbeziehungen zu den REPs stehend - derzeit außerhalb der Partei effektiver wirken etwa im breiten Spektrum der Publizistik (von der "Jungen Freiheit" über "Mut" bis zu "Criticon ") und diverser Gesellschaften mit multiplikatorischer Funktion (von den Burschenschaften über das "Studienzentrum Weickersheim" bis zu den Berliner "Dienstagsgesprächen").
Betrachtet man nun dieses politische Spektrum genauer und bezieht zusätzlich die Absichten jener Kräfte an den rechten Rändern der traditionellen Parteien mit ein wie etwa das "Christlich-Konservative Deutschland- Forum in der CDU/CSU"(personell: Lummer, Gauweiler u.a.) oder die FDP- Rechte wie etwa jene des Unterzeichnerkreises der "Berliner Positionen für eine libarale Ernuerung" - eine Art rechter Putschversuch nach der Bundestagswahl von 1994 - (personell: v. Stahl, Zitelmann) oder die Gruppe "National-Liberale in der FDP", so blickt man auf ein Potential von nationalliberalen, rechtskonservativen bis neofachistischen Strömungen, das nicht nur derzeit fähig ist, einen Teil der öffentlichen Diskussion zu bestimmen wie etwa mit der Veröffentlichung des "Berliner Appells" (Warnung vor Antifaschismus) , sondern als strategisches Ziel auch einen Rechtsruck inner- und außerhalb dieser Parteien, auf jeden Fall eine Polarisierung zugunsten der Rechtsaußen wie etwa durch die Diskussion über und Veröffentlichung von " 8. Mai 19945 - Gegen das Vergessen" ("Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten") zu praktizieren in der Lage ist.
Für eine Option in Richtung "vierte Partei- rechts von der Union" - von Anti-Antifa-Oberlehrer Ernst Nolte seit Oktober 94 (Spiegel- Interview), von Rainer Zitelmann (FDP- Parteieintritt: August 1994) seit erscheinen seiner "Jungen Freiheit" und von Ex- FDPler Manfred Brunner ("Bund freier Bürger") seit eh und je öffentlich gefordert - stehen die "Republikaner" jedenfalls dieser Abteilung der "Neuen Rechten" zur Verfügung - möglicherweise in einer bundesdeutschen Variante des populistischen Neofaschismus nach dem "Modell Haider/FPÖ".

Text- und Fotonachweis / Abkürzungsverzeichnis

LZ : Landeszeitung für die Lüneburger Heide/ Niedersächsisches Tageblatt
LP : lünepost - Informations- und Anzeigenblatt für Lüneburg und Umgebung
ET : Extra Tip - Informations- und Anzeigenblatt für Lüneburg Stadt und Land
bnr : blick nach rechts
AI : Antifaschistisches Infoblatt
HAZ : Hannoversche Allgemeine Zeitung
AZ : Antifaschistische Kommunalzeitung Lüneburg
AN : Antifaschistische Nachrichten
DRR : Der rechte Rand
SP : Der Spiegel

Wer sich fortlaufend über die Entwicklungen im Bereich " Neofaschismus " informieren möchte, kann folgende Periodika abonnieren:

ANTIFAZ - antifaschistische kummunalzeitung Lüneburg
erscheint monatlich :
Antifaschistischer Presseverein Lüneburg e.V., Postfach 1121, 21335 Lüneburg

DER RECHTE RAND - Informationen von und für AntifaschistInnen
erscheint 2monatlich :
Postfach 1324, 30013 Hannover

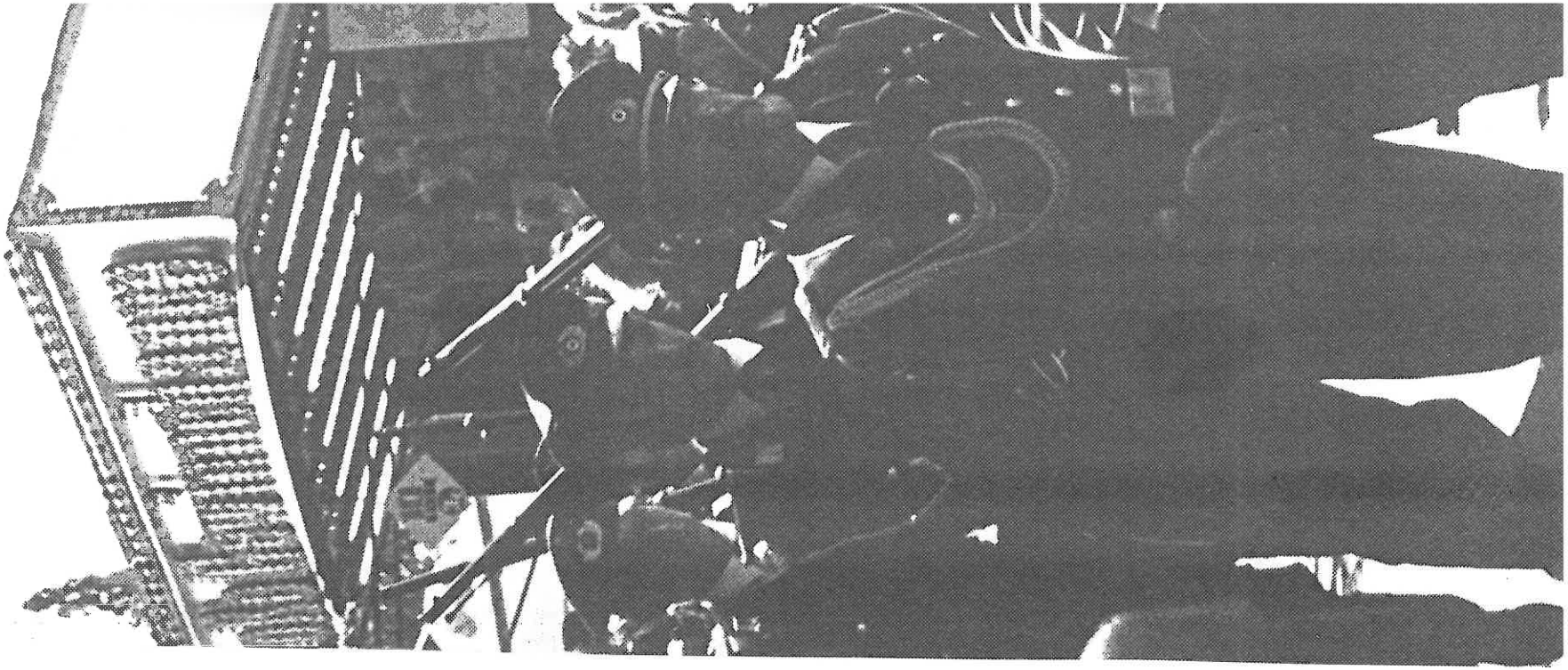
ANTIFASCHISTISCHE NACHRICHTEN
erscheint 14tägig :
GNN- Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln

ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT
erscheint 2 - 3monatlich :
Gneisenaustraße 2 a, 10961 Berlin

BLICK NACH RECHTS
erscheint 14tägig :
Vorwärts- Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn

ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG
erscheint 2monatlich :
Willi- Brandt- Allee 9, 23554 Lübeck

ANTIFA- RUNDSCHAU
erscheint vierteljährlich :
VVN- Bund der AntifaschistInnen, Frauenlobstr. 24, 80337 München



Neofaschismus in Lüneburg Teil 1

" Die Republikaner "